

## DONNERSTAG, 26. MÄRZ 2009

VORSITZ: LUISA MORGANTINI

Vizepräsidentin

### 1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 10.00 Uhr eröffnet.)

### 2. Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft (Aussprache)

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A6-0091/2009) von Herrn Sierkierski im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft (KOM(2008)0563 – C6-0353/2008 – 2008/0183(CNS)).

**Czesław Adam Siekierski, Berichterstatter.** – (PL) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, heute sprechen wir über ein extrem wichtiges Thema – das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft. Es ist wichtig, da es Millionen Menschen betrifft, die in Armut leben und besondere Hilfe benötigen. Wir unterstützen den Vorschlag der Europäischen Kommission, das Budget um zwei Drittel zu erhöhen, also von 305 Millionen Euro auf fast 500 Millionen Euro pro Jahr, und die im Rahmen des Programms verfügbare Produktpalette zu erweitern.

Natürlich löst das Programm nicht die Probleme der Mangelernährung und Armut unter den Bürgern der Gemeinschaft, kann jedoch sicher dazu beitragen, diese zu verringern. Wir sind gegen den Vorschlag einer sofortigen Einführung – ich wiederhole, sofortigen Einführung – der Kofinanzierung aus nationalen Haushaltsmitteln, da dies die Beteiligung einiger Länder an dem Programm einschränken oder diese sogar ganz von dem Programm ausschließen könnte. Länder mit geringem Pro-Kopf-Einkommen, in denen darüber hinaus Haushaltsprobleme bestehen, wären besonders betroffen. Dies ist insbesondere angesichts der aktuellen Krise von Bedeutung. Ich bin überzeugt, dass der Rat zu einem Kompromiss in dieser Angelegenheit kommen wird.

Wir unterstützen auch den Vorschlag, dass Nahrungsmittel, die zur Abgabe im Rahmen des Programms bestimmt sind, aus der Europäischen Union stammen. Abgegeben werden sollten weitestgehend frische lokale Produkte, was bedeutet, dass wir lokale Lebensmittelproduzenten durch steigende Nachfrage unterstützen. Außerdem stellen wir so sicher, dass die abgegebenen Nahrungsmittel die richtige Qualität haben.

Die Rechtsgrundlage des Programms wird sehr kontrovers diskutiert. Der Juristische Dienst des Rats hat, wie wir wissen, die Meinung der Kommission angefochten. Die Kommissarin kann in dieser Angelegenheit auf die Unterstützung des Parlaments zählen. Ich teile die Meinung der Kommission bezüglich der Setzung klarer Prioritäten und der langfristigen Planung. Eine Verlängerung des Programms um drei Jahre wird dazu beitragen, die Verwendung verfügbarer Mittel effektiver zu gestalten.

Durch die Annahme des Berichts wird das Parlament unseren Bürgern ein positives Signal geben. Da die EU die ärmsten Länder Afrikas unterstützt, was eine Selbstverständlichkeit ist, muss sie auch an ihre eigenen Bürger denken. Das EU-Ernährungsprogramm für die ärmsten Bürger der Europäischen Union, beispielsweise die Programme „Schulobst“ und „Schulmilch“, verändert die Einstellung zu der EU und der gemeinsamen Agrarpolitik, die von vielen stark kritisiert wird. Unsere Bürger sollten wissen, dass die Nahrungsmittel, die sie erhalten, aus EU-Programmen und EU-Mitteln stammen.

Das Programm zeigt, dass sich die EU für ihre bedürftigsten Bürger verantwortlich fühlt. Hierzu zählen insbesondere Obdachlose, Familien in Schwierigkeiten, Arbeitslose, Alleinerziehende, Migranten, Asylbewerber und ältere Menschen oder Bürger mit begrenzten finanziellen Mitteln. Oftmals handelt es sich dabei um Behinderte oder sogar Kinder.

Man sollte bedenken, dass die Umwandlungsprozesse, die in den Ländern stattgefunden haben, welche kürzlich der EU beigetreten sind, zu einer erheblichen Einkommensschichtung in deren Gesellschaften geführt haben. Hinzu kommt, dass in einigen dieser Länder die Ungleichheiten bezüglich Einkommen und Lebensstandard laufend zunehmen. Familien, die in Kleinstädten leben, und die Einwohner von Dörfern sind besonders von Armut betroffen. Immer mehr Menschen können ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken.

Wir haben eine Art Pattsituation im Rat, wo jeder auf die Meinung des Parlaments wartet, und ich bin überzeugt, dass die Annahme meines Berichts die Tschechische Republik, die derzeit den Vorsitz hat, überzeugen wird, die Diskussion wieder aufzunehmen, und einen vernünftigen Kompromiss im Rat zu finden. Hoffen wir, dass die Gesetzgebungsaufgaben diesen Mai oder Juni abgeschlossen sein werden. Ich möchte diejenigen Mitgliedstaaten, die nicht an dem Programm teilnehmen, ermutigen, dies zu tun. Schließlich möchte ich im Namen der Millionen Bürger, die von dem Programm profitieren, der gemeinnützigen Organisationen, die Nahrungsmittel abgeben, und in meinem eigenen Namen allen Abgeordneten danken, nicht nur denjenigen, die meinen Bericht unterstützt haben.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin, bevor ich detailliert auf den Inhalt dieses Vorschlags eingehe, möchte ich dem Berichtersteller, Herrn Siekierski, und den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung für ihre Arbeit an diesem Bericht danken.

Zunächst möchte ich den Zusammenhang der heutigen Aussprache darlegen, da der Vorschlag nicht Paragraphen, politische Macht oder Zusagen betrifft: es geht um Menschen. Millionen Europäer sind von den wirtschaftlich schwierigen Zeiten und dem rasanten Anstieg der Lebensmittelpreise, der seit 2007 festzustellen ist, betroffen. Es gibt mehr Menschen als wir denken, für die der Mangel an geeigneten Nahrungsmitteln Tag für Tag ein Problem darstellt: 43 Millionen Europäer können sich nicht jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch leisten. Ich denke, diese Zahl ist frapierend.

Das Programm für Bedürftige richtet sich an diejenigen Bürger unserer Gesellschaft, die Nahrungsmittelhilfe benötigen: Menschen, die sich Sorgen machen, ob sie ihre Kinder morgen ernähren können; Menschen, die nicht daran denken, was sie heute zu Abend essen, sondern ob Sie überhaupt irgendetwas Essbares haben; Menschen, die in kein Restaurant gehen außer in das *Resto du Cœur*.

Mit über 13 Millionen Armen, die über das Programm versorgt werden, mit 19 teilnehmenden Mitgliedstaaten und angesichts der Tatsache, dass das Programm eine stabile Absatzmöglichkeit für Interventionsprodukte ist, hat es seinen Nutzen sicherlich unter Beweis gestellt. Das Parlament hat dies bereits 2006 erkannt, als es den Rat und die Kommission aufforderte, das Programm in Zukunft auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen und die Abgabe von Nahrungsmitteln auszuweiten, ohne sich auf Interventionsprodukte zu beschränken.

Ich freue mich, festzustellen, dass der Bericht von Herrn Siekierski sich dem Ansatz der Kommission anschließt und ebenfalls zu dem Schluss kommt, dass es erforderlich ist, das Programm im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik zu belassen. Dies ist besonders zu einer Zeit von Bedeutung, in der einige behaupten, die Ernährung von Menschen habe nichts mit unserer Agrarpolitik zu tun.

Bisher wurde das Programm ausschließlich über das Budget der Gemeinschaft finanziert. Unser Vorschlag beinhaltet nun eine Kofinanzierung. Dies ist eine wesentliche Änderung, aber, wie ich denke, eine fundamentale Verbesserung des Programms. Die Kofinanzierung wird dafür sorgen, dass die gesamten für diese Maßnahme verfügbaren Mittel stärker den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen, und sie wird die Mitgliedstaaten bestärken, mehr Verantwortung für die Verwaltung des Programms zu übernehmen. Zudem ist sie eine Möglichkeit, das Kohäsionselement zu stärken, da die Kofinanzierung durch Kohäsionsländer geringer ist.

Gleichzeitig bin ich ebenfalls der Ansicht, dass wir nicht das Risiko eingehen sollten, dass Mitgliedstaaten aus dem Programm austreten. Daher haben wir eine stufenweise Einführung der Kofinanzierungsraten vorgeschlagen, um den Unterschied zwischen Mitgliedstaaten, die für Mittel aus dem Kohäsionsfonds in Frage kommen, und denjenigen, die nicht dafür in Frage kommen, beizubehalten.

Ich stimme zu, dass wir mehr unternehmen sollten, um die Qualität der ausgegebenen Nahrungsmittel zu garantieren. Wie der Berichtersteller erwähnte, könnte dies die Abgabe frischer Erzeugnisse bedeuten, die in den meisten Fällen aus der Region stammen. Es ist jedoch nicht angemessen, ausländische Produkte oder Produkte, die von außerhalb der Europäischen Union stammen, zu verbieten, wie es Ihr Bericht vorschlägt. Dies würde zusätzliche und mühsame Kontrollen bedeuten. Es könnte als Signal für einen Protektionismus der EU gesehen werden und sogar von unseren WHO-Partnern beanstandet werden. Angesichts dessen wird der Großteil der abgegebenen Nahrungsmittel in Wirklichkeit in der Europäischen Union erzeugt. Diese werden hauptsächlich aus Interventionsbeständen und sehr wahrscheinlich aus Angeboten stammen, die wir derzeit insbesondere im Milchsektor machen.

Da Wohltätigkeitsorganisationen in großem Umfang in das Programm eingebunden sind, bietet unser Vorschlag die Möglichkeit, die Transport- und Verwaltungskosten der Nichtregierungsorganisationen zu erstatten. Sie schlagen vor, dass auch die Lagerkosten abgedeckt werden sollten. Grundsätzlich begrüße ich diese Idee, ich kann Ihrem Vorschlag, die Festlegung der Erstattungssätze den Mitgliedstaaten zu überlassen,

jedoch nicht zustimmen. Wir müssen für alle teilnehmenden Länder einen einheitlichen Höchstsatz festlegen, nicht zuletzt um die Effizienz des Programms und seine Fokussierung auf die Lieferung von Nahrungsmitteln sicherzustellen.

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass der Rat auf das Ergebnis der heutigen Aussprache und Abstimmung wartet, bevor er seine Beratungen fortsetzt. Ich hoffe, dass die Minister die Wartezeit konstruktiv genutzt haben. Von der heutigen Aussprache sollte daher eine klare Botschaft ausgehen: Vergessen Sie nicht diejenigen, die an der Suppenküche anstehen oder auf das nächste Lebensmittelpaket warten. Warten Sie also nicht zu lange! Wir müssen das Nahrungsmittelhilfsprogramm in Zukunft auf eine dauerhafte Grundlage stellen.

**Florencio Luque Aguilar**, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung.* – (ES) Frau Präsidentin, die aktuelle Wirtschaftskrise in ganz Europa wird dazu führen, dass in den nächsten Jahren mehr Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Zahl der Betroffenen hat bereits 80 Millionen erreicht, mit anderen Worten, 16 % der Weltbevölkerung.

Angesichts der Krise ist es von zentraler Bedeutung, dass wir die Kontinuität der Versorgung der Bedürftigsten mit Nahrungsmitteln sicherstellen. Die Interventionsbestände waren bisher ein nützliches Instrument, um die ärmsten Menschen der Gemeinschaft mit Nahrungsmitteln zu versorgen und gleichzeitig die Preisstabilität für europäische Erzeuger sicherzustellen. Diese Bestände werden jedoch Schritt für Schritt abgebaut.

Es erscheint angemessen, dass das neue Hilfsprogramm für die Ärmsten auch als Absatzmöglichkeit für Erzeugnisse der Europäischen Gemeinschaft dient. So würden wir dazu beitragen, die Existenz von Landwirten in ländlichen Gebieten zu sichern.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission verlangt nicht, dass die für das Programm bestimmten Nahrungsmittel ausschließlich in der Gemeinschaft erzeugt werden, da er dies als Verstoß gegen die Regeln der Welthandelsorganisation betrachtet. Ich möchte die Kommission jedoch daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr und nicht weniger als 67 % ihres Agrarhaushalts für Ernährungsprogramme für Bedürftige verwenden, was zusätzlich den Vorteil bringt, dass sie bevorzugt ihre eigenen Landwirte und Viehzüchter unterstützen.

Dieser Anteil steht in starkem Kontrast zu den Ausgaben, die das neue Programm der Gemeinschaft vorsieht, und die nur 1 % des Budgets der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ausmachen.

**Agnes Schierhuber**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte Herrn Siekierski für seinen Bericht ganz herzlich danken. Ich erlaube mir zu sagen, dass er wirklich gute Arbeit geleistet hat.

Seit mittlerweile mehr als zwei Jahrzehnten gibt es in der Europäischen Union ein Programm für die Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige. So konnten beispielsweise im Jahr 2006 circa 13 Millionen Menschen aus 15 Mitgliedstaaten durch verschiedenste Hilfsmaßnahmen unterstützt werden. Für mich ist dieses Programm – und das haben sowohl die Kommissarin als auch der Berichterstatter schon gesagt – ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung und Förderung der Solidarität innerhalb unserer Europäischen Gemeinschaft. Denn meiner Meinung nach ist und bleibt die EU nicht nur ein wirtschaftlicher Gemeinsamer Markt, sondern vor allem auch eine Werte- und Solidargemeinschaft. Auch im Sinne einer modernen ökosozialen Marktwirtschaft mit den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales – die alle drei gleich wichtig sind, damit alle Mitgliedstaaten an diesem Programm teilnehmen können, – unterstütze ich die Auffassung des Berichterstatters, dass wie bisher die Finanzierung zu 100 % von der Europäischen Union übernommen werden soll.

Besonders hervorheben möchte ich, dass es zwar schon wichtig ist, dass primär in der Gemeinschaft produzierte Erzeugnisse eingesetzt werden, aber dass der Einsatz, wenn nötig, nicht ausschließlich darauf beschränkt bleibt.

Abschließend ist für mich persönlich festzuhalten, dass es nur selbstverständlich ist, den Ärmsten der Armen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu helfen. Ich hoffe sehr, dass heute – wie auch die Kommissarin gesagt hat – eine große Mehrheit diesem Bericht zustimmt, um wirklich ein Signal an den Rat zu geben.

**María Isabel Salinas García**, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kollegen, als Erstes möchte ich dem Berichterstatter gratulieren, dessen Ansichten bezüglich dieses Programms weitgehend mit unseren übereinstimmen. Zweitens möchte ich allen Beteiligten gratulieren, da es in diesen

Zeiten der Wirtschaftskrise von fundamentaler Bedeutung ist, ein solches Programm aufrechtzuerhalten, das offensichtlich eine positive soziale Wirkung entfaltet.

Obgleich wir nur in ein Beratungsverfahren eingebunden sind, müssen wir in diesen Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit eine klare politische Botschaft von dem Europäischen Parlament aussenden. Wir müssen von Brüssel und Straßburg die Botschaft aussenden, dass wir uns nicht nur mit der Erholung des Finanzsystems befassen, sondern dass wir uns auch voll und ganz der Notwendigkeit einer Entwicklung unserer Sozialpolitik bewusst sind, insbesondere zur Unterstützung der Bedürftigsten, der Ärmsten in der Europäischen Union.

Wir stimmen mit der Kommission überein, dass dieses Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln aus verschiedenen Gründen auch weiterhin Teil der gemeinsamen Agrarpolitik sein sollte: weil die europäische Landwirtschaft eine deutliche soziale Dimension hat, weil das Programm ein funktionierendes Instrument ist, weil wir es jetzt mehr brauchen denn je, und weil es weiterlaufen muss.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament sind, genau wie der Berichterstatter, dagegen, dass das Programm von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten kofinanziert wird, da dies eine Diskriminierung zwischen den Staaten entsprechend ihrer finanziellen Mittel bedeuten würde, was wiederum dazu führen könnte, dass sich das Programm in den am stärksten benachteiligten Ländern nicht umsetzen ließe.

Es ist schwer zu verstehen, warum die Kommission in einer Zeit, wo der Bedarf am größten ist, Gemeinschaftsmittel für die sozialsten Aspekte der GAP einsparen möchte – insbesondere angesichts der Tatsache, dass der Agrarhaushalt jedes Jahr einen Überschuss aufweist.

Für uns ist die volle Finanzierung durch die Gemeinschaft von fundamentaler Bedeutung. Wir müssen sicherstellen, dass dieses Programm alle Länder erreicht, insbesondere die Bedürftigsten. Für die 43 Millionen potenziellen Empfänger dieses Programms müssen wir eine große Anstrengung unternehmen und dürfen unter keinen Umständen Haushaltsausgaben vermeiden. Strenge, ja, aber nicht, wenn die Ärmsten betroffen sind.

Dieses Programm muss den gesamten Weg der verteilten Nahrungsmittel abdecken, um sicherzustellen, dass die Bürger aller Mitgliedstaaten erreicht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir von der sozialistischen Fraktion, für die ich als Schattenberichterstatterin arbeite, einen Änderungsantrag eingereicht, der vorsieht, dass sämtliche Ausgaben für Abgabe, Lagerung und Verwaltung aus Mitteln der Gemeinschaft finanziert werden.

Außerdem sind wir wie der Berichterstatter der Meinung, dass die Nahrungsmittel hochwertig sein und bevorzugt aus der Gemeinschaft stammen sollten. Dieser Ansatz stimmt mit dem Standpunkt des Parlaments zu anderen, ähnlichen Programmen überein, den wir kürzlich im Parlament besprochen haben, wie beispielsweise der Plan, Obst in Schulen zu verteilen.

Das ist alles, vielen Dank. Wir hoffen, dass die Kommission den Standpunkt des Parlaments bei der Abstimmung berücksichtigt und insbesondere, dass es den Plan innerhalb der Union schnellstmöglich umsetzt.

**Willem Schuth**, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines deutlich vorweg: Die Abgabe von Lebensmitteln an Bedürftige, gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, steht für mich in der kommenden Abstimmung über den Bericht unseres Kollegen Siekierski nicht zur Debatte. Deshalb möchte ich auch gleich zu Beginn deutlich machen, dass es nicht einfach war, eine gemeinsame Linie innerhalb unserer Fraktion zu finden. Ich respektiere deshalb die persönliche Entscheidung eines jeden Fraktionskollegen, davon abzuweichen und der von uns vorgesehenen Ablehnung des Berichts nicht zuzustimmen.

Wieso kann ich dem Ergebnis der Ausschussabstimmung in dieser Form nicht zustimmen? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die nichts, aber rein gar nichts mit der Hilfe für die Bedürftigen in der Europäischen Union in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu tun haben. Im Gegenteil, die von meinem Kollegen Niels Busk im Namen der ALDE-Fraktion eingereichten, aber leider nicht für zulässig befundenen Änderungsanträge sollten dazu dienen, das bestehende System auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen. Das bisherige System ist ein Anachronismus aus Zeiten der agrarischen Überproduktion, die zum Glück der Vergangenheit angehört. Dank der erfolgreichen Entkoppelung der Direktzahlungen sind in den vergangenen Jahren die Interventionsbestände stetig zurückgegangen, so dass heute bis zu 85 % der Lebensmittel auf dem freien Markt zugekauft werden müssen.

Das hat aber den Charakter des Programms im Kern verändert und dazu geführt, dass die agrarpolitische Dimension verlorengegangen ist. Da wir es aber nun mit einem Sozialprogramm zu tun haben, müssen wir dafür eine entsprechende rechtliche Grundlage schaffen. Hier teilen wir die Einschätzung des Juristischen Dienstes des Rates, der statt Artikel 37 des EG-Vertrags über die Gemeinsame Agrarpolitik lediglich Artikel 308 als Rechtsgrundlage für möglich hält. Denn sonst handelt es sich eindeutig um einen Eingriff in die nationalen Kompetenzen der Mitgliedstaaten. Die einzige Lösung kann angesichts der Unzulässigkeit unserer Änderungsanträge nur ein neuer Entwurf der Europäischen Kommission sein. Diese sollte auch weiterhin das Prinzip der Kofinanzierung beherzigen, denn nur vor Ort können Sinn und Unsinn solcher Programme im Sinne aller zufriedenstellend beurteilt werden.

**Andrzej Tomasz Zapalowski**, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, in der Europäischen Union stehen wir derzeit vor einer zunehmenden sozialen Schichtung. Millionen Bürger leben in Armut, und ihre Zahl steigt kontinuierlich. Diese Entwicklung lässt sich trotz der Tatsache beobachten, dass die Sozialisten in der Gemeinschaft und in zahlreichen Mitgliedstaaten seit Jahren an der Macht sind und als sensibel gegenüber Armut und Ungleichheit gelten. Die EU selbst sollte eine Region des allgemeinen Wohlstands sein. Viele Menschen waren naiv und haben daran geglaubt, doch jetzt ist eine Zeit des Nachdenkens gekommen.

Wir müssen den Menschen in Europa helfen, die die nicht allein gegen Armut und Ablehnung ankämpfen können. In den alten EU-Ländern gibt es viele Betroffene, in den neuen Ländern noch viel mehr. Neben der zerstörerischen Wirkung der Wirtschaftskrise können wir auch die Auswirkung des kolonialen Ansatzes erkennen, den die alten EU-Länder in der Vergangenheit im Hinblick auf Unternehmen und Banken in den neuen Mitgliedstaaten verfolgt haben. Noch immer werden Arbeitsplätze vernichtet, beispielsweise wurde der Schiffbau in Polen zerstört.

Der hervorragende Bericht von Herrn Siekierski zeigt auf, wie die Bedürftigsten mit Nahrungsmitteln versorgt werden können. Ich bin voll und ganz seiner Meinung, dass die Gemeinschaft als Ganzes die Hilfe für Bedürftige finanzieren sollte, und dass die Nahrungsmittel ausschließlich aus EU-Ländern stammen sollten. Die Hilfe sollte die Waisenhäuser, die Anlaufstellen für Obdachlose und hungrige Kinder in Schulen erreichen und hauptsächlich durch Kommunalbehörden verteilt werden, da diese am besten wissen, was und wie viel benötigt wird.

**Witold Tomczak**, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, das Nahrungsmittelhilfeprogramm ist heute von wesentlicher Bedeutung. Wie der Berichterstatter schreibt, litten im Jahr 2006 allein in den EU-25 43 Millionen Menschen an Unterernährung und 79 Millionen waren von Armut bedroht, was mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung der EU entspricht. Das Programm hat einem von sechs Bedürftigen geholfen. Wir haben also ein ernst zu nehmendes Problem, und das Phänomen der Armut hat sich nach der letzten Erweiterung der EU noch verschlimmert.

Die Statistik zeigt, dass das Programm das Problem der Mangelernährung lediglich abschwächt, nicht jedoch beseitigt. Das Programm behandelt die Auswirkungen, behebt aber nicht die Ursachen. Ist es nicht paradox, dass gerade die Einwohner ländlicher Gebiete von Armut und Mangelernährung bedroht sind? Diejenigen, die Nahrungsmittel erzeugen sollten, benötigen Nahrungsmittelhilfe. Das ist jedoch nicht ihr Verschulden, sondern die Auswirkung der Politik. Es sind die Auswirkungen einer schlechten Agrarpolitik, die zum Konkurs kleiner landwirtschaftlicher Familienbetriebe und zu einer Zunahme der Anzahl von Menschen, die Nahrungsmittelhilfe benötigen, führt.

Das nachhaltige europäische Landwirtschaftsmodell aus dem Jahr 1997 ist ein Propagandamythos. Kleine Familienbetriebe sollten ein Kernelement des Modells sein, tatsächlich ist es jedoch umgekehrt. Gerade diese landwirtschaftlichen Betriebe werden ausgeschlossen, obgleich sie mindestens 95 % aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union ausmachen. Ist es nicht paradox, dass wir die meisten Mittel des Agrarhaushalts an diejenigen geben, die teuer produzieren? An große Viehzuchtbetriebe, die die Umwelt schädigen, wohingegen kleine Betriebe, die günstig produzieren, eine symbolische Unterstützung erhalten? Die Handelspolitik der EU birgt das Risiko plötzlicher Preisanstiege, und die Wettbewerbspolitik hat zur Monopolbildung beim Verkauf und zu überhöhten Preisen geführt. Es wird höchste Zeit, dass diese Politik geändert wird. Diese Politik hat Nahrungsmittel verteuert, und diese Politik ist der Grund, warum die Zahl armer und unterernährter Bürger in der EU zunimmt.

**Jean-Claude Martinez** (NI). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, die Lissabon-Strategie ist in mindestens einem Bereich ein großer Erfolg: Die Europäische Union ist mittlerweile in puncto Schaffung von Armut eine der wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt geworden. Wir haben erreicht, dass

80 Millionen Menschen in Armut leben und 43 Millionen Europäer verhungern, wobei hierzu auch ältere Menschen zählen, die möglicherweise schneller sterben und so die öffentlichen Ausgaben reduzieren, so dass die Maastricht-Kriterien effektiver erfüllt werden können.

Allein in Frankreich werden pro Jahr 80 Millionen Mahlzeiten von der Wohltätigkeitsorganisation *Restos du Cœur* ausgegeben. Seit 1987 verfügen wir, um die Armen zu versorgen, über ein Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln mit einem Jahrsbudget von 300 Millionen Euro. 300 Millionen Euro, geteilt durch 80, geteilt durch 12, ergibt Nahrungsmittel im Gegenwert von 25 Cent, die pro Monat an jeden der 80 Millionen Armen abgegeben werden. Diese Nahrungsmittel stammten ehemals aus Interventionsbeständen. Seit der Reform im Jahr 1992, als die Butterberge, Milchseen und übervollen Kühllager in die Kritik gerieten, wurden diese Bestände jedoch aufgebraucht.

Für 2010-2012 sollen wir im Sinne der WHO und zur Bekämpfung des Protektionismus Nahrungsmittel auf dem Markt einkaufen, wo jedoch auch nicht europäische Waren auftauchen. Das bedeutet also, dass wir seit 1962 unsere Herden mit importierten Ölsaaten gefüttert haben und ab 2010 auch unsere Armen mit Importen versorgen. Und all das wird im Namen der Universalität kofinanziert.

Das Problem jedoch, Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kollegen – das echte Problem – ist die Tatsache, dass wir noch immer 80 Millionen Arme haben, nach nunmehr 22 Jahren, in denen es ein Ernährungsprogramm gibt.

**Albert Deß (PPE-DE).** - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Der Kollege Siekierski hat viel geleistet, um diesen Bericht vorzulegen. Dafür möchte ich mich bei ihm ausdrücklich bedanken. Ich teile auch seine Einschätzung, dass viele Menschen, gerade jetzt in der Wirtschaftskrise, von Armut bedroht sind. Es wäre ein Armutszeugnis für Europa, wenn hier in Europa Menschen Hunger leiden müssten.

Widersprechen muss ich jedoch, wenn der Eindruck erweckt wird, dass Nahrungsmittel teurer geworden sind. Das kann auf bestimmte Länder zutreffen, auf Deutschland mit Sicherheit nicht. Auch durch Fehlentscheidungen auf europäischer Ebene sind z. B. die Milch- und Butterpreise so niedrig wie schon lange nicht mehr und haben ein existenzbedrohendes Niveau für viele bäuerliche Betriebe erreicht.

Ich habe hier eine Statistik, in der Lebensmittelpreise aufgelistet sind. Ein Industriearbeiter musste 1970 für ein Kilogramm Schweinekotelett, ein Kilo Rindfleisch, ein Kilo dunkles Mischbrot, zehn Eier, 250 Gramm Butter, ein Kilo Kartoffeln und einen Liter Milch noch 243 Minuten arbeiten, um sich dieses Lebensmittelpaket kaufen zu können, im Jahr 2008 musste er nur noch 82 Minuten arbeiten. Das heißt, er musste ein Drittel seiner Zeit verwenden, um diese Lebensmittel kaufen zu können.

In der Begründung heißt es dann auch, allein in Deutschland seien 9 Millionen Menschen von Armut bedroht. Auch hier ist eine Richtigstellung notwendig. In Deutschland hat jeder Bürger, jeder Mensch Anspruch auf staatliche Mindestunterstützung. Es braucht also von diesen 9 Millionen niemand Hunger zu leiden.

Deshalb ist es wichtig, dass diese Gelder, die hier für die Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung gestellt werden, dort in Europa eingesetzt werden, wo auch wirklich Menschen von Hunger bedroht sind. Es wäre eine Schande für Europa, wenn wir dies nicht abstellen würden.

**Luis Manuel Capoulas Santos (PSE).** – (PT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kollegen, die Aussprache, an der ich mich gerne beteiligen würde, betrifft die Beendigung aller Hilfsmaßnahmen für die Bedürftigen, weil sie überflüssig geworden sind.

Leider ist dies derzeit in Europa und der Welt nicht der Fall. In der Europäischen Union müssen zahlreiche Familien, die von Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind, feststellen, dass ihr Einkommen nicht mehr reicht, um ihre einfachsten Grundbedürfnisse zu decken. Daher schulden wir ihnen unsere Solidarität.

Der Vorschlag der Kommission, den wir debattieren, verdient unsere Zustimmung, umso mehr als dass wir nun, wie schon in der Vergangenheit, wieder einmal eine Möglichkeit finden müssen, unsere Überschüsse einfach zu verwenden. Darum geht es heute nicht. Es ist sogar gerechtfertigt, dass die Mittelausstattung für dieses Programm erhöht wird.

Ich gratuliere der Kommission auch für den Vorschlag, dass diese Unterstützung aus dem Agrarhaushalt stammen sollte. Keine Gruppe zeigt mehr Solidarität als Landwirte, und keine Gemeinschaft unterstützt sich gegenseitig stärker als ländliche Gemeinden. Ich bin sicher, dass die europäischen Landwirte stolz sein werden, einen Teil des Agrarhaushalts mit den Bedürftigsten zu teilen.

Meine Fraktion wird daher die Vorschläge der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa zurückweisen, die die Rechtsgrundlage dieser Regelung infrage stellen. Der Vorschlag der Kommission kann und muss jedoch verbessert werden.

Der Siekierski-Bericht und auch der Antrag, den die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament im Plenum einbringen wird, sind gute Beiträge, die den Vorschlag verbessern, insbesondere hinsichtlich der Förderfähigkeit von Lagerkosten und der umfassenden Finanzierung des Programms durch die Gemeinschaft.

Ich appelliere daher an das Plenum, diesen Bericht anzunehmen, und an die Kommission, die Beiträge des Parlaments anzunehmen.

**Danutė Budreikaitė (ALDE).** – (LT) Der Bericht zum Änderungsantrag der Verordnung des Rates hinsichtlich der Nahrungsmittelabgabe an die Bedürftigsten der Gemeinschaft wird von dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vorgestellt.

Ich möchte jedoch betonen, dass die Unterstützung der bedürftigsten Bürger der Gemeinschaft angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue – sozialpolitische – Dimension erreicht.

Die Nahrungsmittelhilfe der EU ist in Zeiten der Krise, da die Zahl der Arbeitslosen steigt und das Existenzminimum sinkt, äußerst wichtig.

In Litauen war die Zahl der Arbeitslosen diesen Februar 16-mal so hoch wie die Anzahl verfügbarer Stellen. Derzeit gelten rund 20 % der Bevölkerung Litauens als arm.

Im Jahr 2006 erhielten 13 Millionen Bürger der Europäischen Union Nahrungsmittelhilfe. Man geht davon aus, dass in naher Zukunft 16 % oder 80 Millionen EU-Bürger unter der Armutsgrenze leben werden.

Der Bericht von Herrn Siekierski schlägt vor, dass die Verfahren zur Finanzierung des Nahrungsmittelhilfeprogramms derzeit in Kraft bleiben und nur Mittel aus dem EU-Haushalt verteilt werden. Er missbilligt den Vorschlag der Europäischen Kommission, die Programme aus dem Haushalt der EU und der Mitgliedstaaten zu finanzieren.

Der Vorschlag der Kommission entspricht absolut nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Für viele der ärmeren Länder der EU, die mit den Auswirkungen der Krise kämpfen, wäre es derzeit schwierig, zur Finanzierung des Nahrungsmittelhilfeprogramms beizutragen. Eine Finanzierung aus dem EU-Haushalt, wie es seit 1987 der Fall ist, wäre eine wirksame Unterstützung für ärmere Mitbürger und würde echte Solidarität zeigen.

**Giovanni Robusti (UEN).** – (IT) Frau Präsidentin, verehrte Kollegen, endlich realisieren die Menschen, dass die Lager dank der neuen Agrarpolitik leer sind und darüber hinaus sämtliche Mittel für direkte Hilfen transferiert wurden. Nun greifen wir auf das Budget zurück, um die Hungrigen mit Lebensmitteln zu versorgen.

Hätten wir darauf geachtet, etwas mehr von den gut versteckten Personen abzuschöpfen, die über 300 000 Euro pro Jahr an Direkthilfe erhalten, dann stünden uns heute vielleicht mehr Ressourcen für unsere bedürftigsten Bürger zur Verfügung. Müssten wir vor der Produktion entscheiden, was für die Bedürftigen bestimmt ist, würden wir vielleicht deutlich weniger ausgeben, als wenn wir diese Nahrungsmittel auf dem Markt kaufen, und wir würden eine Politik schaffen, die bestimmte Märkte in der Krise unterstützt, wie beispielsweise den Milchmarkt. Würden wir es schaffen, diejenigen Produkte zu verwenden, die weggeworfen werden, weil sie ihr Haltbarkeitsdatum fast erreicht haben, oder die auf den allgemeinen Märkten nicht verkauft werden, könnten wir vielleicht zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Ich möchte mir gar nicht erst vorstellen, dass sich hinter einer guten Sache ein großer Hilfsmarkt entwickelt, der den europäischen Steuerzahlern in die Taschen greift, und das trotz der armen Teufel, die vor Hunger sterben.

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** – Frau Präsidentin, die Versorgung der Hungrigen mit Nahrungsmitteln ist eine grundlegende Empfindung. Völlig zu Recht sprechen wir hierüber im Kontext von Drittländern, erkennen jedoch kaum den Hunger in Europa an. Bitterer Hunger und ernsthafte Mängel durch Fehlernährung, auch ohne Hunger, sind jedoch auch in den reichsten Mitgliedstaaten Realität.

Hunger mitten im Wohlstand ist und war immer schon ein Skandal, und in diesem Bericht versuchen wir, die Programme zu verbessern, um diesen Hunger effektiver zu bekämpfen. Als verarmte Mutter war ich

dankbar für die kostenlose Milch, die Familien mit kleinen Kindern in den 1970er Jahren in Irland erhielten, und auch für die preisgünstige Milch, die meine Kinder in den 1980er Jahren in der Schule bekamen.

Ich möchte jedoch einen Vorschlag hinzufügen, allerdings nicht im Rahmen der GAP. Infolge einiger Bestimmungen der gemeinsamen Fischereipolitik werden an unseren Küsten Tausende von Tonnen Speisefisch tot über Bord der Fischerboote geworfen. Es ist Zeit, diese Verschwendung zu beenden. Wir sollten diesen so genannten „Ausschuss“ aufbewahren und an diejenigen Menschen abgeben, die ihn benötigen, sich aber kein hochwertiges Eiweiß leisten können. Es lassen sich nur schwer bessere und nahrhaftere Produkte finden. Frau Kommissarin, können Sie mit dem Kommissar für Fischerei über die Ausdehnung des Programms auf Fisch sprechen?

**Luca Romagnoli (NI).** – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kollegen, ich schließe mich rückhaltlos dem Siekierski-Bericht zu einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und zu spezifischen Bestimmungen hinsichtlich der Nahrungsmittelabgabe an die Bedürftigsten der Gemeinschaft an. Dieses Thema ist umso wichtiger angesichts der Krise, deren Auswirkungen wir in der europäischen Wirtschaft derzeit zu spüren bekommen.

Das Europäische Parlament hat die dringende Notwendigkeit erkannt, den Nahrungsmittelbedarf der Bedürftigsten zu decken, und die Kommission und den Rat dringend gebeten, das europäische Nahrungsmittelhilfeprogramm auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Im Übrigen, verehrte Kollegen, haben wir in diesem Parlament letzten März, als eine Entschließung zur Erhöhung der Preise in der EU und in Entwicklungsländern angenommen wurde, festgestellt, dass das Recht auf eine ausreichende und abwechslungsreiche Ernährung, die ein aktives und gesundes Leben ermöglicht, ein wesentliches Recht ist, das jedem dauerhaft garantiert werden muss.

Ich bin überzeugt, dass das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige auch weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der gemeinsamen Agrarpolitik sein sollte, gerade weil die GAP die Preise stabilisiert und somit einkommensschwächere Bürger vor Preisschwankungen schützt.

Ich bin jedoch nicht mit dem in einigen Änderungsanträgen vorgesehenen Kofinanzierungsanteil einverstanden, da dieser dazu führen könnte, dass bestimmte Mitgliedstaaten nur begrenzt an dem Programm teilnehmen können. Aus diesem Grund lehne ich Änderungsanträge ab, mit denen die Rechtsgrundlage geändert werden soll. Ich würde betonen, dass wir eine vollständige Finanzierung des Nahrungsmittelhilfeprogramms durch die Europäische Union benötigen; daher unterstützte ich die Annahme des Entwurfs der legislativen Entschließung.

**Struan Stevenson (PPE-DE).** – Frau Präsidentin, Sie haben heute Morgen im Parlament unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema gehört. Selbstverständlich gratuliere ich Herrn Siekierski.

In Zeiten fortschreitender wirtschaftlicher Rezession, da Millionen Menschen in Armut leben und unter Hunger leiden, müssen wir als Parlament natürlich Wege finden, ihnen zu helfen und sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Aber, wie die Kommissarin dargelegt hat, sind an diesem Projekt 19 Mitgliedstaaten beteiligt. Das bedeutet, dass acht Mitgliedstaaten nicht teilnehmen. Einer dieser Staaten ist das Vereinigte Königreich. Der Grund liegt darin, dass das Land seine eigene Sozialpolitik nutzt, um den Armen zu helfen. Das Vereinigte Königreich ist vor Jahren aus dem Programm ausgetreten.

Die Frage, die sich zahlreiche Mitgliedstaaten und die Kommission stellen, lautet: Warum finanzieren wir Sozialpolitik über die GAP? Dieser Ansatz war absolut in Ordnung, als wir massive Überschüsse hatten – Milchseen, Butter- und Rinderfleischberge – und diese Nahrungsmittel mithilfe des GAP-Haushalts zur Finanzierung der Verteilung an Arme abgeben mussten. Heutzutage, wo nur sehr begrenzte Interventionen erfolgen – und wir hören, dass wir Nahrungsmittel sogar von außerhalb der EU beziehen und den GAP-Haushalt verwenden müssen, um diese Nahrungsmittel zu lagern und abzugeben – sollte das Programm sicherlich besser der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten unterstellt werden.

Bedenken Sie, dass in einigen der neuen Mitgliedstaaten wie Rumänien Menschen in absolutem Mangel leben und es sich bei vielen dieser Menschen im Übrigen um Subsistenzlandwirte handelt, dies sind die Ärmsten. Dennoch nehmen wir potenziell Geld von ihnen – Mittel aus dem GAP-Haushalt, mit denen ihnen geholfen werden könnte – um diese Nahrungsmittelhilfe abzugeben, wovon tatsächlich die alten Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien und Spanien am stärksten profitieren. Die Spielregeln für diese Abgabe von Hilfen sind somit nicht ausgewogen, und ich denke, dass wir in Zukunft sehr vorsichtig überlegen sollten, wie wir das Programm fortführen.



**Jean-Paul Denanot (PSE).** – (FR) Frau Präsidentin, ich bin überzeugt, dass die Frage der Nahrungsmittelabgabe an Bedürftige zur richtigen Zeit kommt, habe jedoch den Eindruck, dass der Vorschlag der Kommission das Problem am Ende nicht lösen wird.

Das Problem der Kofinanzierung beschäftigt mich, und ich habe das Gefühl, dass vielmehr die Frage des Liberalismus, welche die Bewertungen der GAP in den letzten Jahren bestimmt hat, infrage gestellt werden sollte. Nahrungsmittelaufstände und plötzliche Änderungen der Nahrungsmittelpreise sind konstante Indikatoren der Grenzen einer Liberalisierung des Agrarmarkts. Diese Liberalisierung gereichte stets zum Nachteil gefährdeter Bevölkerungsgruppen, gefährdeter Erzeuger und gefährdeter Gebiete.

Ich fordere daher, dass die Agrarpolitik ihre Rechte wiedererlangt, die Kontrolle auf europäischer und internationaler Ebene wieder aufnimmt, und dass der strategische Bereich der Landwirtschaft sowohl aus quantitativer als auch aus qualitativer Sicht nicht den strengen Marktkräften unterliegt.

Natürlich ist diese Angelegenheit dringend, und ich bin froh, dass der Siekierski-Bericht auf diese Dringlichkeit reagiert. Ich hoffe jedoch, dass im Rahmen der Beratungen, die hinsichtlich der Zukunft der GAP beginnen, aufgezeigt wird, dass das Hauptziel in einem strukturellen Ansatz zur Bekämpfung von Hunger und Armut besteht, die wir in der gesamten EU und weltweit feststellen. Die ländlichen Gebiete können unseren Nahrungsmittelbedarf mit ausreichenden Mengen hochwertiger Produkte decken; sie müssen die finanziellen und personellen Ressourcen erhalten, um diese große Verantwortung wahrzunehmen.

**Leopold Józef Rutowicz (UEN).** – (PL) Frau Präsidentin, Nahrungsmittel und Wohnung machen für viele Menschen mehr als 90 % ihres persönlichen Budgets aus. Die Preise für Nahrungsmittel so niedrig wie möglich zu halten, hat eine umfassende soziale und humanitäre Bedeutung. In der Europäischen Union waren 2006 neunundsiebzig Millionen Menschen von Armut und Mangelernährung betroffen. Infolge der Krise und der steigenden Einwohnerzahlen hat sich das Problem signifikant verschärft, und die Anzahl derjenigen, die direkte Unterstützung benötigen, wird 2009 definitiv 25 Millionen übersteigen.

Hilfe ist ein wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Agrarpolitik, da hierdurch Interventionsbestände abgebaut und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln aufrechterhalten wird. Ich unterstütze die Finanzierung von Nahrungsmittelhilfe, insbesondere aus EU-Mitteln, jedoch mit Unterstützung einzelner Länder je nach ihren Möglichkeiten. Hierbei sollten klare Prinzipien zur Zuteilung von Hilfen aufgestellt werden und der Hilfsfonds 2009 um mindestens 200 Millionen Euro aufgestockt werden, wobei die Liste der Nahrungsmittel erweitert und Grundsätze für den Ankauf von Nahrungsmitteln aufgestellt werden müssen. Hilfe ist von enormer politischer Bedeutung, da sie die Kohäsion von Maßnahmen der EU im Namen ihrer Bürger bestätigt. Ich gratuliere Herrn Siekierski für seinen hervorragenden Bericht.

**Christa Klauß (PPE-DE).** - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin Fischer Boel, meine Damen und Herren! Seit 22 Jahren leistet das Programm für die Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft einen Beitrag zur Umsetzung ganz wichtiger Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik. Es geht hier einerseits um die Stabilisierung der Märkte durch die Verringerung der Interventionsbestände, gleichzeitig aber auch um die Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsschichten in der Gemeinschaft mit Lebensmitteln. Allein im Jahr 2006 kamen 13 Millionen Menschen aus 15 Mitgliedstaaten in den Genuss von Hilfsmaßnahmen aus diesem Programm. Eine wertvolle Hilfe, die erhalten bleiben soll.

Nun gibt es aber berechtigte Bedenken gegen den Vorschlag der Kommission, der von den alten Prinzipien abweicht und nicht nur Lebensmittel aus Interventionsbeständen, sondern auch auf dem freien Markt eingekaufte Lebensmittel für das Programm verwenden will. Hier, Frau Kommissarin, wird definitiv Sozialpolitik und nicht Agrarpolitik betrieben. Auch die Argumentation, nur mit Zukauf könne die Palette der angebotenen Lebensmittel für eine ausgewogene Ernährung sorgen, schießt meiner Meinung nach über das Ziel hinaus.

Der Berichterstatter Siekierski schlägt nun eine Streichung der Kofinanzierung vor. Dies jedoch bekräftigt noch einmal den Aspekt der sozialpolitischen Verantwortung, weshalb ich mich für eine Kofinanzierung ausspreche. Die Europäische Union muss sich ganz klar am Wohlbefinden der Menschen ausrichten. Hunger und Not darf es nicht geben! Das haben alle Diskussionsbeiträge heute Morgen noch einmal klar herausgestellt. Allerdings müssen wir auf eine klare Zuweisung der Zuständigkeiten achten. Es ist nicht so, dass die Agrarpolitik Hilfe und Unterstützung für die Armen und Ärmsten verhindern will. Aber in einer gerechten und richtigen Zuteilung der Aufgaben und Hilfen liegt auch eine große Chance der Koordinierung und der Optimierung.

Die europäische Agrarpolitik steht heute und morgen vor großen Herausforderungen. Inhaltliche Änderungen müssen immer im Gesamtkontext gesehen werden. Deshalb bitte ich Kommission und Rat um sachlich angemessene Entscheidungen und Koordination im Sinne der Sozial- und der Agrarpolitik.

**Rosa Miguélez Ramos (PSE).** – (ES) Frau Präsidentin, zunächst möchte ich Herrn Siekierski für seinen Bericht, den ich hervorragend finde, gratulieren. Er hat umfangreiche Unterstützung innerhalb des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erhalten.

Wie wir alle wissen, werden seit über 20 Jahren die Interventionsbestände der Gemeinschaft verwendet, um den Bedürftigsten Nahrungsmittelhilfe zu bieten. Das Problem, Herr Stevenson, liegt darin, dass fortlaufende Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik die Bestände deutlich reduziert haben.

Zudem möchte ich hervorheben, dass wir durch eine Abschaffung oder den Versuch der Abschaffung dieses Programms in diesen schwierigen Zeiten, in denen zahlreiche Europäer nicht genügend zu essen haben, ein sehr negatives Signal aussenden würden. In dieser Hinsicht ist es klar, dass wir uns, wenn die Bestände aufgebraucht sind – und wie ich bereits erwähnt habe, leeren sie sich mehr und mehr – dem freien Markt zuwenden müssen.

In diesem Zusammenhang möchte ich etwas unterstreichen, das ich als sehr positives Element des Berichts sehe, nämlich die Tatsache, dass, wenn wir Nahrungsmittel auf dem Markt kaufen, eine Verpflichtung bestehen sollte, dass die Produkte aus der EU stammen, lokal beschafft werden und frisch sind. Zudem erscheint es mir angemessen, dass das Programm weiterhin zu 100 % von der EU finanziert wird, da ich den Eindruck habe, dass die Hilfe in Zeiten wie diesen nicht von den Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten abhängen kann und darf, sofern wir auf diese Möglichkeiten nicht im Einzelnen eingehen möchten. Gleichmaßen ist es eine gute Idee, die Laufzeit des Programms auf drei Jahre zu verlängern.

Schließlich möchte ich aufzeigen, dass die Europäische Kommission noch immer Zeit hat, die Interventionen, sofern erforderlich oder möglich, zu nutzen, und dass dies von mehr als einem Agrarsektor begrüßt würde. Ich denke insbesondere an die Milcherzeuger in meiner Region, Galizien, denen eine solche Intervention helfen würde, aus ihrer schwierigen Lage herauszukommen. Gleichzeitig könnte man so die Bedürftigen mit Nahrungsmitteln versorgen.

**Ewa Tomaszewska (UEN).** – (PL) Frau Präsidentin, rund 80 Millionen Menschen in der Europäischen Union leben in Armut, was 16 % der Gesamtbevölkerung der EU entspricht. Die Wirtschaftskrise droht, die Anzahl der Betroffenen noch zu erhöhen. In Warschau sehe ich Tag für Tag eine Schlange von Menschen, die für einen Teller Suppe ansteht. Daher ist es so wichtig, die Kontinuität des Programms der Gemeinschaft zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige aufrechtzuerhalten. Die direkte Versorgung mit Nahrungsmitteln sorgt für eine ausgewogene Ernährung.

Der Vorschlag der Kommission umfasst jedoch die Bedingung der Kofinanzierung, was dazu führen kann, dass die ärmsten Mitgliedstaaten aus dem Programm austreten. Dies würde nicht der Begründung für die Einführung des Programms entsprechen, insbesondere nicht mit dem Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten zwischen den Regionen, und das Prinzip der Solidarität zerstören. Ich hoffe, dass die Änderungsanträge 17, 18 und 19 dieses Problem beheben. Ich appelliere an die Kommission, ein Programm zu erstellen, das die strukturellen Ursachen für Armut und nicht nur deren Auswirkungen behebt, und zu überwachen, wie viel der Hilfe die Armen erreicht und wie viel von Vermittlern einbehalten wird. Ich gratuliere dem Berichterstatter.

**Filip Kaczmarek (PPE-DE).** – (PL) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, die Abgabe von Nahrungsmitteln an die Bedürftigen ist ein sehr wichtiger Bereich der Aktivitäten der EU. Ich danke der Kommission daher für ihren Vorschlag in dieser Angelegenheit, und ich danke Herrn Siekierski für den Bericht, den wir heute besprechen.

Die Mitgliedstaaten haben große Fortschritte hinsichtlich der Verbesserung der Lebensqualität ihrer Einwohner gemacht. Dennoch ist Armut im heutigen Europa noch immer eines der schwerwiegendsten Probleme. Schätzungsweise 43 Millionen EU-Bürger sind von Mangelernährung bedroht – eine schockierende Zahl. Das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln hilft vielen dieser Europäer. Ich weiß, dass das Programm nicht bei allen beliebt ist. Ich verstehe, dass man rechtliche, wirtschaftliche oder politische Zweifel hegt, doch ich möchte gerne wissen, welche Alternativen es zu dem Programm gibt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln auch positiv auf den Agrarmarkt auswirkt, der dadurch stabiler ist.

Die EU ist hinsichtlich der Hilfe für die Ärmsten der Welt global führend. Es ist schwer vorstellbar, dass die Gemeinschaft gleichzeitig die Hilfe für ihre eigenen Bürger, die mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen haben, einstellt, und ich hoffe daher, dass der Rat hier eine Einigung erzielt.

**Csaba Sándor Tabajdi (PSE).** – (HU) Ich möchte der Europäischen Kommission und dem Berichterstatter, Herrn Siekierski, für diese hervorragende Initiative danken, eine Bestätigung des sozialen Bewusstseins der Europäischen Union und der Kommission.

Ich habe zwei Bitten an die Europäische Kommission. Die erste Bitte betrifft die Kofinanzierung: Ich stimme mit dem Bericht überein, möchte jedoch Frau Fischer Boel bitten, die Tatsache zu berücksichtigen, dass sie ärmere Mitgliedstaaten um Kofinanzierung bittet, die über weniger Haushaltsmittel verfügen und den größten Bedarf an Nahrungsmitteln haben.

Meine zweite Bitte: Die Transportkosten sollten nicht mit 4,5 % angesetzt werden, sondern auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedstaaten überlassen werden, da mitunter geringere Sätze ausreichend sind, um die Transportkosten zu decken.

Schließlich sollte das EU-Logo weiterhin auf die Produktetiketten gedruckt werden, da diese von der EU bereitgestellt werden. Da ich denke, dass ich in den Aussprachen nicht mehr das Wort ergreifen werde, möchte ich zum Schluss Frau Fischer Boel für ihren fünfjährigen Einsatz danken. Sie hat die Geschichte der europäischen Landwirtschaft geprägt.

**Maria Petre (PPE-DE).** – (RO) Als rumänische Abgeordnete unterstützen meine Kollegen und ich die Vorschläge unseres Berichterstatters, und wir werden für diese Vorschläge stimmen.

Familien in kleinen Städten und ländlichen Gebieten sind am stärksten von Armut betroffen. In der derzeitigen Krise sind die Ausweitung des Nahrungsmittelprogramms und die Finanzierung aus dem Haushalt der Gemeinschaft voll und ganz gerechtfertigt.

Wir wissen alle, dass die im Jahr 2008 verabschiedeten Maßnahmen und die zugeteilten Mittel nicht ausreichend waren. Die landwirtschaftliche und soziale Komponente kann die Fortführung des Programms im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik rechtfertigen.

In den neuen Mitgliedstaaten wie Rumänien muss die Verwaltung des Programms offensichtlich verbessert werden. Die Kosten für die Lagerung der Nahrungsmittel und der Verwaltungsaufwand müssen effizient verwaltet werden, so dass sie 20 bis 25 % des Marktpreises nicht überschreiten.

Abschließend möchte ich Herrn Sikierski danken und ihm zu seinen Vorschlägen gratulieren.

**Francesco Ferrari (ALDE).** – (IT) Frau Präsidentin, verehrte Kollegen, zunächst und in erster Linie ist dieser Vorschlag – sowohl des Berichterstatters als auch der Kommission – ein wichtiges Bündnis. Es stellt Mittel bereit, mit denen die Auswirkungen der rasant steigenden Nahrungsmittelpreise in der Gemeinschaft gemildert werden. Diese Entwicklung führt dazu, dass mehr und mehr Menschen in Schwierigkeiten geraten und die Nahrungsmittelhilfe teurer wird.

Diese neue Regelung, die meine Unterstützung findet, wird das Programm effizienter gestalten und es sowohl hinsichtlich der Agrarpolitik als auch aus sozialer Sicht den aktuellen Gegebenheiten anpassen. Weiterhin stimme ich zu, dass die Initiative im Rahmen der GAP belassen werden sollte, so wie es die Kommission vorschlägt.

Wie wir wissen, stellt die GAP derzeit Nahrungsmittelhilfe für diejenigen Bevölkerungsgruppen bereit, die in hoffnungslosen Verhältnissen leben. In der Tat hat die Maßnahme, die wir im Begriff sind, umzusetzen, stets breite Zustimmung genossen, so dass wir im Jahr 2006 13 Millionen Menschen und 2008 15 Länder, tatsächlich 19 Länder, ich denke, dass aus dieser Sicht ... *(Die Präsidentin unterbricht den Redner).*

**VORSITZ: MIGUEL ÁNGEL MARTÍNEZ MARTÍNEZ**

*Vizepräsident*

**Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN).** – (PL) Herr Präsident, in dieser Aussprache möchte ich auf drei Fragen hinweisen. Erstens möchte ich Sie daran erinnern, dass eines der Hauptziele der gemeinsamen Agrarpolitik darin besteht, für die Einwohner der Europäischen Union Zugang zu Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen sicherzustellen. Für Menschen mit geringem Einkommen oder ohne Einkommen bedeutet dies kostenlose Nahrungsmittel.

Zweitens lässt das Einkommen der Bürger der EU, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten, einiges zu wünschen übrig. In allen neuen Ländern liegt das Einkommen von 50 % der Einwohner unter 40 % des EU-Durchschnitts, damit hat fast die Hälfte der Menschen in diesen Ländern ein solch geringes Einkommen. Diese Zahlen stammen aus der Zeit vor der Krise. Infolge der Krise wird sich die Lage in den kommenden Jahren noch verschlechtern.

Ich unterstütze daher die Fortführung des Programms zur kostenlosen Nahrungsmittelabgabe an Bedürftige, wofür die EU im Jahr 2009 nahezu 500 Millionen Euro bereitstellen wird, davon rund 100 Millionen Euro für mein Land, Polen. Ich hoffe, dass die tschechische Präsidentschaft Einigkeit bezüglich der endgültigen Form des Programms im Rat erzielen ... *(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Ljudmila Novak (PPE-DE).** – *(SL)* Während wir uns bemüht haben, den Hunger in Afrika und anderen verarmten Ländern auszurotten, werden wir in unserem eigenen Hinterhof von Hunger und Armut geplagt.

Auch in meinem eigenen Land, Slowenien, ist dies der Fall. Trotz des hohen Lebensstandards nimmt der Bedarf an solidarischer Unterstützung leider zu. Laut Medienberichten sind die Nahrungsmittelbestände der humanitären Organisationen nahezu aufgebraucht.

Angesichts der Tatsache, dass die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten noch immer über ausreichende Nahrungsmittel verfügt, wäre es wirklich unmenschlich, wenn unsere Bürger hungern oder gar verhungern müssten. Das Überleben muss definitiv Vorrang vor allen anderen Investitionen haben, die warten können, bis die Zeiten wieder besser sind.

Wenn die Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, neue Mittel für Nahrung bereitzustellen, dann bestünde die beste Möglichkeit wahrscheinlich darin, ihre Hilfsgüter zu verwenden. Ich unterstützte dieses Programm, möchte jedoch gleichzeitig an alle von uns und unsere Bürger appellieren, sich der Not der Menschen in unserer Umgebung bewusst zu sein.

**Donato Tommaso Veraldi (ALDE).** – *(IT)* Herr Präsident, verehrte Kollegen, ich möchte Herrn Siekierski für seinen Bericht über das Programm der Gemeinschaft zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige danken, das ein wertvolles Instrument zur Marktregulierung darstellt und daher innerhalb der GAP verbleiben muss.

Obgleich die durchschnittliche Lebensqualität in der Europäischen Union zu den höchsten der Welt zählt, sind einige Bürger nicht in der Lage, ausreichend Nahrungsmittel zu kaufen. Man schätzt, dass 43 Millionen Menschen in der EU von Armut bedroht sind, eine Zahl, die in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Anstieg verzeichnet hat.

Der Preisanstieg, den man seit einiger Zeit bei zahlreichen Waren feststellt, verteuert die Nahrungsmittelhilfe, wodurch die Unterstützung durch das europäische Programm umso dringender benötigt wird.

**Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich möchte allen für ihre Anmerkungen danken. Im Großen und Ganzen höre ich einen sehr positiven Ansatz hinsichtlich des Vorschlags für die Bedürftigsten.

Herr Präsident, dürfte ich mich auf einige der Anmerkungen konzentrieren, die heute hier vorgebracht wurden? Zunächst sollten wir meiner Meinung nach berücksichtigen, dass Armut nicht auf bestimmte Gebiete oder Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten begrenzt ist. Leider handelt es sich hier um ein Problem, von dem alle Mitgliedstaaten betroffen sind. Wahr ist, dass das Ausmaß des Problems innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht überall identisch ist. Dies gilt auch für die Mittel, die zu dessen Beseitigung zur Verfügung stehen. Bei der Verteilung der Haushaltsmittel an die Mitgliedstaaten und den unterschiedlichen Kofinanzierungsquoten für Kohäsionsländer und Nicht-Kohäsionsländer werden die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Länder selbstverständlich bereits berücksichtigt. Dies bedeutet, dass am Ende für die so genannten „neuen“ Mitgliedstaaten mehr Gelder zur Verfügung stehen werden, als es heute der Fall ist.

Hinsichtlich der Haushaltsmittel möchte ich Sie nur daran erinnern, dass wir die Mittel für das Programm für die Bedürftigsten tatsächlich um zwei Drittel – auf 0,5 Milliarden Euro – aufgestockt haben. Ich denke, dass dies zusammen mit der neu eingeführten Kofinanzierung dazu beitragen wird, einige der Probleme abzumildern. Meiner Ansicht nach sollten wir auch berücksichtigen, dass das Programm freiwillig ist. Mitgliedstaaten, die über ein eigenes Sozialsysteme in ihrem Land verfügen, müssen dieses Programm sicherlich nicht in Anspruch nehmen. Wir möchten die bereits in den Mitgliedstaaten umgesetzte und zu einem gewissen Grad auch durch NRO verwaltete Sozialpolitik nicht ersetzen. Unsere Absicht besteht darin,

diese durch die Bereitstellung von Nahrungsmitteln zu untermauern, was ich nach wie vor als zentrales Ziel der Agrarpolitik betrachte.

Ich glaube, dass die vorgeschlagenen Änderungen in die richtige Richtung gehen. Ich denke, die Vorschriften sind sinnvoll und ausgewogen. Das Programm – sofern es hoffentlich auch vom Parlament angenommen wird – wird es ermöglichen, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. In einer Zeit, da die Arbeitslosigkeit in ganz Europa dramatisch zunimmt und somit die Zahl der von Armut bedrohten Menschen erheblich ansteigt, wird es schwierig, gegen das Programm zu sein oder ihm zu widersprechen. Daher freue mich auf die Abstimmung dieses extrem verantwortungsvollen Parlaments.

**Czesław Adam Siekierski, Berichterstatter.** – (PL) Ich möchte auf einige der angesprochenen Probleme antworten. Zunächst habe ich gesagt, dass ich gegen eine Kofinanzierung bin, aber auch unterstrichen, dass wir uns in einer Zeit der Wirtschaftskrise befinden, in der die Zahl der Armen und Arbeitslosen zunimmt. Wir werden das Programm 2011 oder 2012 auswerten, und wir werden dann darüber nachdenken, ob wir mit einer Kofinanzierung fortfahren. Gestatten wir uns ein wenig Zeit. Lassen Sie uns diesen Schritt nicht während der Krise durchführen.

Zweitens teile ich die Ansicht der Kommissarin, dass es schwierig ist, uns darauf zu beschränken, ausschließlich in der EU hergestellte Nahrungsmittel zu verteilen, da dies die Kosten erhöhen und eine größere Verwaltung des Programms erforderlich machen würde. Drittens können wir dem Beispiel der USA folgen. Dort wurden im Rahmen des US-Agrargesetzes (Farm Bill) hohe Summen zur Förderung des Agrarsektors zur Finanzierung kostenloser Nahrungsmittelgutscheine bereitgestellt. Viertens ermutige ich diejenigen Länder, die nicht am Programm teilnehmen, dazu, sich anzuschließen. Das Programm ist offen. Fünftens beschränken die diesem Programm zugewiesenen Mittel die Ansprüche der Landwirte aus der gemeinsamen Agrarpolitik nicht, da wir im Rahmen der GAP noch Mittel haben.

Abschließend möchte ich gerne noch etwas zu den Bezugsquellen sagen. Wie wir wissen, wurden die Ziele der GAP im Rahmen der Römischen Verträge festgelegt. Es geht um die Notwendigkeit, den Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen zu gewährleisten sowie den Landwirten ein angemessenes Einkommen zu sichern. Wir können sagen, dass es in erster Linie Produktionsaspekte sind, die die Produktionsmenge bestimmen, was von wesentlicher Bedeutung ist. Zweitens gibt es auch soziale Aspekte. Es geht darum, angemessene Preise zu gewährleisten, damit sich die Verbraucher die Nahrungsmittelerzeugnisse auch leisten können. Aus diesem Grund wurden in den Römischen Verträgen bestimmte soziale Ziele festgelegt. Drittens sind da die wirtschaftlichen Ziele, mit denen dafür gesorgt werden soll, dass Landwirte ein angemessenes Einkommen haben.

Wenn wir über erschwingliche Preise für arme Menschen sprechen, die häufig arbeitslos sind, sollten Nahrungsmittel zu erheblich niedrigen Preisen erhältlich sein oder einfach kostenlos verteilt werden, natürlich im Rahmen spezieller Programme und unter bestimmten Voraussetzungen. Insgesamt sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, dass die GAP auch bestimmte Elemente der Sozialpolitik beinhaltet.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt um 12.00 Uhr mittags.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Mieczysław Edmund Janowski (UEN), schriftlich.** – (PL) Herr Siekierskis Bericht über die Abgabe von Nahrungsmitteln an die Bedürftigen wirft Fragen auf, die in den Ratsverordnungen abgedeckt werden, die sich auf die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik und bestimmte diesbezügliche Vorschriften beziehen. Wir haben hier eine Situation, die belegt, dass es auch innerhalb der Europäischen Union große Armut und Bedürftigkeit gibt. Die Betroffenen, darunter viele Kinder, leben häufig in Dörfern und Kleinstädten. Den offiziellen Statistiken zufolge leben rund 80 Millionen Europäer unter der Armutsgrenze. Es ist zu befürchten, dass diese alarmierende Zahl durch die derzeitige Krise und die steigende Arbeitslosigkeit weiter zunimmt.

Die Tatsache, dass der dem Nahrungsmittelhilfeprogramm für die ärmsten Einwohner der EU von 305 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro aufgestockt wird, ist an sich ein positives Signal. Allerdings denke ich, dass es notwendig ist, in den Systemen der Mitgliedstaaten Änderungen vorzunehmen, um diese beschämende Situation zu beseitigen oder zumindest erheblich zu lindern. Die Hauptursache für diese Bedürftigkeit ist die Arbeitslosigkeit und übertrieben hohen Nahrungsmittelpreise (vergleichen wir nur einmal den Lohn von Landwirten für ihre Erzeugnisse mit den Einzelhandelspreisen in den Geschäften). Auch unser System der sozialen Betreuung ist weit davon entfernt, perfekt zu sein.

Abschließend möchte ich sehr deutlich unterstreichen, dass es entscheidend ist, dass die für die Zwecke des Hilfeprogramms verwendeten Nahrungsmittel von guter Qualität sind und dass sie idealerweise frisch sein und von Bauernhöfen vor Ort stammen sollten.

### 3. Kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren (Aussprache)

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt sind die Erklärungen der Kommission zum kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren.

**Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, seit Anfang meines Mandats stand das Rechtsdurchsetzungsverfahren hoch oben auf meiner Prioritätenliste. Ich denke, dass substanzielle Rechte nur Sinn machen, wenn sie auch durchgesetzt werden und Verbraucher die Möglichkeit haben, Rechtsmittel einzulegen. Immer häufiger zahlen viele Verbraucher die Zeche für dieselben oder ähnliche illegale Praktiken seitens der Händler, und oftmals erhalten sie keine Entschädigung.

Die Kommission hat dieses Problem geprüft, auch im Zusammenhang mit Sammelklagen. Wir haben Studien in Auftrag gegeben, das Thema mit Interessengruppen diskutiert, Umfragen und eine Internetkonsultierung durchgeführt, und vor kurzem haben wir ein Grünbuch vorgelegt, zu dem wir mehr als 170 Antworten erhalten haben.

Obwohl die Beratung offiziell am 1. März 2009 auslief, gibt es immer noch Anmerkungen, die uns erreichen, und ich kann jetzt schon sagen, dass je mehr Beweise wir sammeln, desto mehr glauben wir, dass es ein Problem gibt. Deswegen brauchen wir eine Lösung im Sinne der Gerechtigkeit und im Sinne einer gesunden europäischen Volkswirtschaft.

Das Grünbuch zum Thema kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher schlug verschiedene Arten der Herangehensweise vor. Eine erste Analyse der eingegangenen Antworten deutet darauf hin, dass die Interessengruppen anerkennen, dass die derzeitige Lage in Bezug auf kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren unzufriedenstellend ist. Es gibt dahingehend einen Konsens, dass wir weiter gehende Maßnahmen brauchen, um effektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher in die Wege zu leiten, so dass die Verbraucher erneut Vertrauen in den Markt fassen können.

Verbraucherorganisationen sind für bindende Maßnahmen für ein Rechtssystem für kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren in allen Mitgliedstaaten in Verbindung mit anderen Optionen, wie beispielsweise die Verlängerung bestehender Mechanismen alternativer Streitbeilegungsverfahren für Sammelklagen. Die Geschäftswelt würde Mechanismen für alternative Streitbeilegungsverfahren begrüßen.

In wenigen Wochen, wenn wir alle Antworten gebührend analysiert haben, werden wir die Reaktionen zusammen mit einer Erklärung über das Feedback veröffentlichen, das wir erhalten haben, und noch vor dem Sommer werden wir die diversen Alternativen vorstellen, wie wir mit dem Problem der Sammelklagen umgehen wollen. Hier werden die vier Optionen aus dem Grünbuch nicht einfach wiederholt. Wir denken unter Berücksichtigung der Antworten auf die Grünbuchkonsultation weiter über dieses Thema nach. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Konsultationen wird die Kommission die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die Interessengruppen sorgfältig prüfen, einschließlich der Kosten und Vorteile der möglichen Optionen. Am 29. Mai werden wir eine Anhörung mit allen Interessengruppen durchführen, auf der wir unsere vorläufigen Schlussfolgerungen mitteilen werden.

Ich möchte betonen, dass, welchen Weg wir auch einschlagen werden, es wird nicht der amerikanische sein. Stattdessen folgen wir unserer europäischen Rechtskultur und berücksichtigen dabei die bisherigen Erfahrungen unserer Mitgliedstaaten dabei. Sobald sich die Optionen dann klarer herausstellen, werden das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten und die Interessengruppen wie ich selbst davon überzeugt sein, dass es nicht nur ein Problem gibt, sondern dass eine effektive Lösung auf europäischer Ebene gefunden werden muss und kann.

Warum sollten renommierte Unternehmen unter unfairen Konkurrenten leiden, die profitieren, wenn die Verbraucher nicht entschädigt werden? Und eben um diese Entschädigung geht es uns ja. Dies ist der Kern des Rechtsdurchsetzungsverfahrens, das wir anstreben. Weshalb sollten Verbraucher ihre legitimen Ansprüche auf Entschädigung aufgeben, und warum sollte die Gesellschaft einfach hinnehmen, dass es hier eine Schutz- und Gerechtigkeitslücke gibt?

Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Lösung finden werden, die den verbesserten Zugang der Verbraucher zur Rechtsdurchsetzung und die Vermeidung unbegründeter Klagen ins rechte Lot bringt. Ein wirksames

Rechtsdurchsetzungsverfahren wird das Vertrauen in den Binnenmarkt und in das, was Europa für sie tun kann, erheblich stärken. Dies ist in den rauen Zeiten der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ganz besonders wichtig. Sie wissen, dass es in den kommenden Monaten viele institutionelle Veränderungen geben wird. Dies kann auch auf die zeitliche Planung und unsere Arbeit bezüglich der kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren Einfluss haben.

Mit Hinblick auf die bereits von der Kommission ergriffenen Maßnahmen bei Schadenersatz im Zusammenhang mit Kartellabsprachen kann ich Ihnen versichern, dass die Kommission die Ansicht des Parlaments teilt, dass diese beiden Initiativen bezogen auf kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren aufeinander abgestimmt werden sollten. Konsequenz zu sein bedeutet nicht, dass unterschiedliche politische Initiativen dieselben Instrumente verwenden müssen, um dieselben Ziele zu erreichen. Ich kann Ihnen ebenfalls versichern, dass ich mich persönlich weiterhin für dieses Thema engagieren und bis zum Ende meines Mandats mit derselben Energie und Hartnäckigkeit daran weiterarbeiten werde, die ich bislang aufgebracht habe, natürlich mit der freundlichen Hilfe und Unterstützung des Parlaments.

**Malcolm Harbour**, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, es ist mir ein Vergnügen, Frau Kommissarin Kuneva wieder im Hause willkommen zu heißen. Frau Kommissarin, ich brauche nur Ihre eigenen Worte über Ihre Energie und Hartnäckigkeit verwenden, um die Interessen der Verbraucher zu verfolgen, die wir – ich denke da an unsere Seite des Hauses und alle Mitglieder unseres Ausschusses – bewundert haben, und wir möchten Sie sehr dazu ermutigen, diese Arbeit fortzusetzen.

Was nun den Vorschlag zu kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren betrifft, haben Sie meiner Ansicht nach genau den richtigen Weg eingeschlagen. Wir haben immer wieder gesagt, dass dies ein äußerst kompliziertes Thema ist. Es umfasst nicht nur Maßnahmen auf rein europäischer Ebene, sondern auch sehr schwierige Fragen, die nationales und regionales Recht betreffen und, wie Sie bereits angedeutet haben, muss der Verbraucher im Zentrum stehen.

Sie haben wirklich nachhaltig betont, dass das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt und den grenzüberschreitenden Handel eines der fundamentalsten Themen ist, die wir behandeln müssen, da die Verbraucher andernfalls ihr Recht auf Zugang nicht erhalten und nicht in der Lage sind, grenzüberschreitend Wahlen zu treffen und auszuüben. Ich denke, dies bleibt das Kernstück unserer heutigen Diskussion.

Meiner Ansicht nach sind die Zeitplanung und die Komplexität der Lösungen wichtig, denn Sie haben hier eine breite Palette an Lösungen hervorgerufen, aber es ist recht eindeutig, dass Lösungen, die auf europäischer Ebene neue Rechtstraditionen bedeuten, zweifellos weitaus mehr Zeit in Anspruch nehmen werden und möglicherweise kontroverser sind, als einige der umstrittenen alternativen Schlichtungsverfahren oder auch die Verstärkung der Zusammenarbeit in Verbraucherfragen, die bereits beschlossen wurden. Ich denke, dass sich alle Mitglieder dieses Ausschusses daran erinnern werden, dass die verstärkte Zusammenarbeit in Verbraucherfragen in der Tat ein Aspekt war, der in der letzten Sitzung des Parlaments vorgeschlagen wurde, und wir würden gerne sehen, dass dies effizienter umgesetzt wird. Dies ist meiner Ansicht nach ein Mittel, das dazu verwendet werden kann, den Verbrauchern die Art von Rechtsdurchsetzungsverfahren an die Hand zu geben, nach dem wir suchen, nicht nur für Sammelklagen, sondern auch dafür, mit grenzüberschreitenden Klagen wesentlich effizienter umgehen zu können. Jetzt zu zeigen, dass das eine Priorität für uns ist und jetzt zu versuchen, möglichst rasch und rechtzeitig die besten Lösungen zu finden, ist, wie ich denke, der Weg, den ich empfehlen kann, um Fortschritte zu erzielen.

**Evelyne Gebhardt**, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident! Frau Kommissarin, vielen Dank, dass Sie die Initiative der Sozialdemokratischen Fraktion aufgegriffen und dieses Thema angepackt haben, denn das ist ein wichtiges Thema für die Bürgerinnen und Bürger!

Ich habe hier mein Handy liegen. Von vielen jungen Leuten habe ich gehört, dass sie ganz große Probleme haben, weil für irgendwelche Verträge, die sie gar nicht bewusst eingegangen sind – für Klingeltöne zum Beispiel –, fünf, sechs, sieben, acht Monate lang jeden Monat ein Betrag abgebucht wird. Wegen fünf Euro geht niemand vor Gericht. Aber wenn eine Million Bürger das Gleiche erleben und ein Unternehmen ungerechtfertigt fünf Millionen Euro kassiert, dann ist das doch ein Fall von unfairer Wettbewerb gegenüber den Mitbewerbern in der Europäischen Union, die sich korrekt verhalten. Aus diesem Grund ist es ganz wichtig, dass dieses Thema angegangen wird.

Aber auch für die Menschen, für die jungen Leute, für die Eltern, die damit konfrontiert sind, ist es wichtig, dass man ihnen Rechtsinstrumente an die Hand gibt, damit sie auch wirklich zu ihrem Recht kommen können. In Zeiten, in denen Europa zusammenwächst, in denen man im Internet einkauft, ist es wichtig, dass wir diese Instrumente auch grenzüberschreitend einrichten, damit sie auch wirklich entsprechend

eingesetzt werden können. Deswegen ist in den Augen meiner Fraktion gerade die Sammelklage eines dieser Instrumente, die ganz klar daraufhin überprüft werden müssen, ob wir sie in der Europäischen Union einsetzen können. Aber wir müssen diese Instrumente so gestalten – wie Sie, Frau Kommissarin, das auch gesagt haben –, dass sich die Übertreibungen, die es z. B. in den USA gibt, hier nicht einschleichen können, sondern dass sie unserem eigenen Rechtssystem entsprechen. Daran müssen wir arbeiten und das wollen wir in den nächsten Monaten auch weiter verfolgen.

Frau Kommissarin, Sie wissen uns an Ihrer Seite, was diese Fragen angeht. Wenn es darum geht, Rechte für die Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen, sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer dabei!

**Andreas Schwab (PPE-DE).** - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Vielen Dank für die Möglichkeit, in dieser Diskussion das Wort zu ergreifen. Ich freue mich, Frau Kuneva, dass Sie auf Wunsch der EVP-ED-Fraktion dazu beigetragen haben, den Vorschlag der Generaldirektion Wettbewerb zu Sammelklagen, der zunächst vorsah, diese ähnlich zu regeln, wie es in den USA praktiziert wird, zu einem horizontalen Ansatz weiterzuentwickeln und tatsächlich alle in der Europäischen Union gleich zu behandeln – kleine und mittlere Unternehmen, Verbraucher, Arbeitnehmer und Unternehmer. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorne, den wir sehr konstruktiv und positiv begleiten wollen.

Es ist uns bewusst, dass in manchen Einzelfällen natürlich ein gemeinschaftlicher Durchsetzungsanspruch von kollektiven Rechten erfolgreicher erscheint als eine individuelle Durchsetzung. Allerdings bleiben wir bei der Überzeugung, dass der beste verbraucherschützende Weg, Bagatellklagen abzuschöpfen, nicht in Sammelklagen besteht, sondern in der öffentlich-rechtlichen Durchsetzung solcher Ansprüche, beispielsweise mittels – wie im deutschen UWG-Gesetz – eines Abschöpfungsanspruchs. Denn der einzelne Verbraucher wird sich sehr genau überlegen, ob er wegen 4,99 Euro tatsächlich eine Sammelklage bei einem Anwalt einreicht oder ob ihm nicht viel mehr geholfen wäre, wenn die öffentliche Hand beispielsweise diesen Anspruch durch einen Ombudsmann kontinuierlich überprüft und mit den entsprechenden Möglichkeiten durchsetzt. Deswegen glaube ich, dass wir uns bei der Frage, wie wir diese beiden Elemente verbinden, sehr genau überlegen müssen, wie wir den Verbrauchern am effektivsten helfen. Denn Verbraucher haben oft nicht die Zeit, zu einem Anwalt zu gehen, sondern sie wollen schnelle und einfache Hilfe.

Der zweite Punkt, der mir wichtig erscheint – und auch da hat Ihre Generaldirektion sehr gut gearbeitet: Das interessanteste Element war eine Diskussion in der bayrischen Landesvertretung in Brüssel, wo ein Vertreter Ihrer Generaldirektion auf die Frage, ob wir mit europäischen Rechtsmöglichkeiten Sammelklagen nach US-Modell wirklich ausschließen können, klar gesagt hat: „Nein, das können wir nicht.“ Das bedeutet aus unserer Sicht, dass man dieses Modell nicht komplett aus den Augen verlieren darf. Wir müssen weiter darüber diskutieren, aber wir müssen es mit großer Sorgfalt machen und die Mitgliedstaaten und deren rechtspolitische Möglichkeiten in die Diskussion mit einbinden, damit wir am Ende das erreichen, was wir alle wollen: Ein wirklich europäisches, besonders für die Verbraucher attraktives Modell, das auch den Mittelstand schützt.

**Arlene McCarthy (PSE).** – Herr Präsident, der Kommissarin ist es meines Wissens bekannt, dass morgen 4 000 Verbraucher im Vereinigten Königreich vor Gericht ziehen, um Entschädigungen für schwere allergische Reaktionen, stationäre Behandlungen in Krankenhäusern und Todesfälle infolge der Verwendung einer Chemikalie in Sofas und Haushaltswaren einzufordern, die nun in der EU verboten ist. Frankreich, Schweden und Polen haben über ähnliche Fälle und Verletzungen berichtet. In ganz Europa haben möglicherweise viele Tausende Verbraucher unter schweren Schäden als Reaktion auf diesen giftigen Stoff gelitten.

Ich denke, dass die Bürger die europäische Intervention gutheißen werden, wenn erkennbar wird, dass den Verbrauchern mit diesen Problemen tatsächlich geholfen wird. Eine echte Hilfe bedeutet in solchen Fällen, ihnen beim Erwerb von Produkten und Dienstleistungen generell das Recht auf eine Sammelklage einzuräumen. Unser Ausschuss hat daher eine Online-Konsultation zum Kommissionsvorschlag über Verbraucherrechte gestartet. Wir haben viele Antworten von Unternehmen und Verbrauchern erhalten, in denen häufig die Notwendigkeit der Ermöglichung grenzüberschreitender Rechtsmittel und Rechtsdurchsetzungsverfahren betont wurde.

Meiner Ansicht nach gibt es genug Fälle wie den der gesundheitsschädlichen Sofas, die ausreichend Belege dafür liefern, dass eine Reihe von Optionen für kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren erforderlich sind, nicht nur, um Zugang zu solchen Rechtsbehelfen zu bekommen, sondern auch, um illegalen oder unfairen Geschäftspraktiken Einhalt zu gebieten. Selbstverständlich wollen wir hier im Ausschuss erreichen, dass Verbrauchern günstige, erschwingliche Rechtsmittel zur Verfügung gestellt werden, wie beispielsweise



alternative Streitbeilegungsverfahren, aber ich denke, dass es in der heutigen Aussprache zuallererst um die Ermittlung praktischer Möglichkeiten geht, mit denen wir unseren Verbrauchern und Bürgern wirklich dabei helfen können, sicherzustellen, dass sie eine faire Verhandlung, echte Rechtsdurchsetzungsverfahren und echte Rechtsmittel erhalten.

**Klaus-Heiner Lehne (PPE-DE).** - Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal begrüßen auch wir den Vorschlag der Europäischen Kommission und dieses Grünbuch vom Grundsatz her.

Es gibt – das ist kein Thema – ein Massenphänomen, das ist von verschiedenen Vorrednern beschrieben worden, wo relativ kleine Schäden bei einer Vielzahl von Betroffenen auftreten. Bei den Betroffenen selbst ist der Schaden klein, aber insgesamt zusammengerechnet ist er groß. Es bedarf eines Instruments, um mit diesem Problem fertig zu werden. Es ist meines Erachtens richtig, dass über so etwas nachgedacht wird.

Ich begrüße auch außerordentlich – um beim Positiven zu bleiben –, dass die Generaldirektion Verbraucherschutz in ihrem Grünbuch einen ganz entscheidenden Schwerpunkt auch auf die Frage alternativer Streitbeilegungsmechanismen gelegt hat. Das ist ein großer Unterschied zu dem ebenfalls gestern hier im Haus diskutierten Weißbuch der Generaldirektion Wettbewerb, die diese Möglichkeit außergerichtlicher Streitbeilegungsmechanismen bisher vollkommen ignoriert hat. Ich denke, hier ist die Generaldirektion Verbraucherschutz in ihrem Grünbuch weiter als die Kollegen in der Generaldirektion Wettbewerb.

Ich will aber noch zwei Dinge ganz deutlich machen, die meines Erachtens durchaus als kritische Anmerkungen zu verstehen sind. Das Parlament wird in wenigen Minuten, um 12.00 Uhr, meinen Bericht zum Weißbuch der Generaldirektion Wettbewerb annehmen. Wir werden mit übergroßer Mehrheit in diesem Hause von der Europäischen Kommission verlangen, dass bei der Behandlung dieser Frage ein horizontaler Ansatz gewählt wird.

Es kann nicht sein, dass wir am Ende sektorale Instrumente haben: eines für den Bereich Verbraucherschutz, eines für den Bereich Kartellrecht, ein anderes für den Kapitalmarkt, vielleicht noch eines für Umwelt, vielleicht noch eines für Soziales, und alle widersprechen einander, alle greifen in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten ein und führen am Ende zu einem rechtspolitischen Durcheinander, das von keinem Praktiker mehr gehandhabt werden kann. Wir haben solche Beispiele in der Vergangenheit oftmals gehabt. Ich denke nur an die Debatte über die Berufsqualifikationsrichtlinie, die wir hinterher auch in einem Instrument zusammengefasst haben, weil diese Zersplitterung nicht mehr ging. Die Kommission sollte hier nicht den gleichen Fehler machen. Sie sollte von Anfang an den horizontalen Ansatz fördern. Das ist die klare Haltung des Parlaments. Das wird in wenigen Minuten hier deutlich werden.

Ein allerletzter Punkt: Ich begrüße es auch sehr, dass wir einen Konsens darüber erzielt haben, dass wir eine Klageindustrie nach amerikanischem Muster mit einem Umsatz von 240 Milliarden US-Dollar im Jahr, von dem am Ende nur Anwälte profitieren und die Verbraucher gar nichts haben, nicht wollen. Wir wollen echte Rechtsstaatlichkeit in Europa und wir wollen bei unserem traditionellen System, bei unserem Rechtsverständnis bleiben!

**Martí Grau i Segú (PSE).** – (ES) Herr Präsident, in einem grenzenlosen Markt wie Europa ist es wichtig, dass wir nicht nur für einen gesunden Wettbewerb sorgen, sondern uns gleichermaßen um den Verbraucherschutz kümmern.

Im Verlauf der letzten fünfzig Jahre sind die Handelsgrenzen für Produkte abgeschafft worden, aber die Grenzen für Verbraucher gibt es größtenteils nach wie vor.

Missbräuchliche Handelspraktiken werden von Verbrauchern und Verbraucherorganisationen häufig nicht angezeigt oder verfolgt, da man allgemein weiß, wie schwierig es ist, Schadenersatz zu erhalten.

Kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren sorgen für weniger Aufwand, wenn es viele Betroffene gibt, und sie bieten weitaus bessere Aussichten auf den Erhalt von Schadenersatz. Wegen der grenzüberschreitenden Natur eines Großteils der Handelsgeschäfte in der Europäischen Union darf dieses Recht auf Sammelklagen nicht auf nationale Grenzen beschränkt werden.

Wir brauchen echte europäische Initiativen, was bedeutet, dass es ein bestimmtes Maß der Harmonisierung oder Abstimmung der bestehenden nationalen Systeme geben muss, damit diese effektiv sein können. Das Ziel muss sein, den Zugang der Verbraucher zu diesem System zu erleichtern und übertriebene Kosten und Bürokratie zu vermeiden.

Daher denke ich, dass alternative Konfliktlösungsverfahren vorzuziehen sind, da diese mehr Flexibilität bieten, sowie vereinfachte und weniger kostspielige Gerichtsverfahren.

**Reinhard Rack (PPE-DE).** – Herr Präsident! Es gibt großen Konsens im Haus, dass wir die Konsumenten vor allem dann besser schützen müssen, wenn bei kleinen Schadensbeträgen für den Einzelnen große Schadensmengen insgesamt zu einem Problem führen, weil sie die Möglichkeit einer sinnvollen Einzelklage nicht wahrnehmen können. Die Frage ist, wie der Konsumentenschutz und seine Verbesserung organisiert werden sollen. Hier halte ich es für sehr wichtig – und ich bedanke mich ausdrücklich bei der Kommissarin dafür –, dass ganz bewusst gesagt wurde: Wir wollen uns möglichst mit allen Alternativen und allen Perspektiven dieser komplexen Materie auseinandersetzen und erst nach reiflicher Überlegung zu Lösungen kommen.

Einen Aspekt in diesem Kontext möchte ich gerne ansprechen, der bisher noch nicht erwähnt wurde. Wir haben schon jetzt die Erfahrung gemacht – und in Zukunft wird dies möglicherweise noch in verstärktem Maß der Fall sein –, dass für manche Nichtregierungsorganisationen, für manche Konsumentenschutzvereine die Möglichkeit, Massenklagen zu organisieren, zum Werbemittel werden wird. Diese Gefahr sollten wir ganz bewusst in unsere Überlegungen mit einbeziehen, damit wir letztlich nicht jenen helfen, die keine Hilfe brauchen, und die, die Hilfe brauchen, im Regen stehen lassen.

**Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich bedanke mich vielmals für Ihre wertvollen Beiträge. In gewisser Weise bin ich mit den meisten davon vertraut, da wir bereits Punkt für Punkt über Ihre größten Bedenken und Hoffnungen in Bezug auf kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren in Europa diskutiert haben.

Ich möchte nochmals unterstreichen, dass ich mit Ihnen völlig einer Meinung bin, dass wir nicht zulassen wollen, dass Sammelklagen im US-amerikanischen Stil in die europäische Kultur Einzug halten. Ich weiß, dass dies eine Ihrer größten Sorgen ist. Wie Frau McCarthy bereits erwähnt hat, geht es hier um Schadenersatz. Im Vereinigten Königreich zeigt sich dies bereits, aber dies hat nichts mit dem zu tun, worüber wir hier sprechen und was ich als künftige Schritte in diese Richtung vorschlage.

Diesbezüglich möchte ich nochmals auf Folgendes hinweisen: Wir werden prüfen, ob es tatsächlich eine Notwendigkeit für kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren gibt und diese Prüfung nach dem Grünbuch weiter fortsetzen. Ja, wir werden verfassungsrechtliche Beschränkungen berücksichtigen. Ja, wir werden Sammelklagen im Stil der Vereinigten Staaten vermeiden. Wir werden sicherstellen, dass der Schadenersatz auch alle Kosten einschließt, die dem Verbraucher entstehen, aber gleichzeitig dafür sorgen, dass strafrechtliche Verfolgungen ausgeschlossen werden. Unbegründete Klagen, wie sie von Herrn Rack angesprochen wurden, werden wir erschweren. Alternative Streitbeilegungsverfahren werden wir natürlich fördern, da diese mit weniger Zeitaufwand verbunden, erschwinglicher und einfacher sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen sind und außerdem das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigen.

Mit diesen wenigen Worten möchte ich sagen, dass wir uns der Herausforderungen voll bewusst sind und bereit sind, uns diesen zu stellen und einen guten Vorschlag vorzulegen. Wir werden dabei schrittweise vorgehen, um ein gemeinschaftliches Verständnis mit Ihnen zu erzielen.

Was ich heute wirklich schätze, ist der Umstand, dass wir alle anerkennen, dass ein Problem besteht, und wir bereit sind, dieses Problem anzugehen. Das ist schon einmal ein sehr guter Ausgangspunkt für die nächste Diskussionsphase. Da dies eine Herausforderung ist, der wir uns stellen müssen, möchte ich nochmals darauf eingehen, was Herr Lehne erwähnt hat: den gemeinsamen, horizontalen Ansatz mit Kommissarin Kroes. Kommissarin Kroes und ich sowie unsere jeweiligen Dienststellen arbeiten sehr eng zusammen, um zu gewährleisten, dass unsere Initiativen auf einer Linie liegen und Synergien ermöglichen.

Der Nachhaltigkeitsgrundsatz schließt nicht notwendigerweise aus, dass spezifische Situationen spezifische Lösungen erfordern. Jede der zwei Initiativen hat einen bestimmten Schwerpunkt. Während es im Grünbuch der Verbraucher um kollektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verstöße gegen das Verbraucherschutzgesetz geht, befasst sich das Weißbuch der Generaldirektion Wettbewerb ausschließlich mit Verletzungen des Wettbewerbsrechts. Ein weiterer großer Unterschied zwischen den beiden Initiativen besteht darin, dass im Grünbuch der Verbraucher nur Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher abgedeckt werden, während das im Weißbuch zum Wettbewerb vorgeschlagene Rechtsdurchsetzungsverfahren sowohl Verbrauchern als auch Unternehmen zugute kommen soll.

Meine Aufgabe ist es also, effektive Rechtsdurchsetzungsverfahren für unsere Verbraucher zu erreichen und damit ihr Vertrauen in den Markt wiederherzustellen. Aus früheren Diskussionen weiß ich, dass uns das

Europäische Parlament in unseren Anstrengungen unterstützt, dieses Ziel zu erreichen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass das Parlament zusammen mit den Mitgliedstaaten und Interessengruppen nicht nur davon überzeugt sein werden, dass ein Problem besteht, sondern auch davon, dass eine effektive und ausgewogene Lösung auf europäischer Ebene gefunden werden muss und kann.

Ich möchte mich erneut für diese fruchtbare Diskussion und Ihre wertvollen Beiträge bedanken, und ich freue mich, in den kommenden Monaten weiter mit Ihnen an diesem Thema zu arbeiten.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)**

**Ioan Lucian Hămbășan (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Ich begrüße die Anstrengungen der Europäischen Kommission zur Verbesserung der Methoden, die Verbraucher nutzen können, um ihre Rechte in ganz Europa geltend zu machen. Über die im Grünbuch enthaltenen Stellungnahmen muss detailliert gesprochen werden. Allerdings ist eines bereits jetzt klar: Option Nr. 4, die eine Art von „Opt-out“-Klagen einführen würde, bei denen Verbraucherorganisationen einen Anteil an den Entschädigungszahlungen erhalten, ist nicht tragbar (gangbar).

Wenn wir das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt stärken wollen, müssen wir eine Kombination aus den Optionen 2 und 3 in Betracht ziehen. Mit anderen Worten, wir müssen ein europäisches Netzwerk aus nationalen Regierungsbehörden aufbauen, die mit mehr Befugnissen ausgestattet werden, um im Falle internationaler (grenzübergreifender) Klagen effizient intervenieren zu können. Des Weiteren müssen wir alternative Vorgehensweisen zur Schlichtung bestehender Dispute prüfen und, sofern erforderlich, einen neuen Mechanismus einführen, der es ermöglicht, dass Verbraucherrechte auch außergerichtlich effektiver durchgesetzt (ausgeübt) werden können.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, dass wir gewährleisten müssen, dass wir einen horizontalen Ansatz bezüglich der kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren annehmen, um dadurch die Fragmentierung der nationalen Gesetzgebungen zu vermeiden und ein einziges, gemeinsames Instrument für alle Mitgliedstaaten schaffen.

(Die Sitzung wird um 11.35 Uhr unterbrochen und um 12.05 Uhr wieder aufgenommen.)

#### **VORSITZ: GÉRARD ONESTA**

*Vizepräsident*

### **4. Abstimmungsstunde**

**Der Präsident.** – Wir kommen jetzt zum Punkt Abstimmungsstunde.

*(Einzelheiten über die Ergebnisse der Abstimmung: siehe Protokoll)*

\*\*\*

**Monica Frassoni (Verts/ALE).** – (IT) Herr Präsident, gedulden Sie sich bitte noch einen Moment, bis alle Kollegen ihre Plätze eingenommen haben.

Wir haben die Geschäftsordnung geändert, da zu viel Zeit auf fruchtlose Debatten verwendet wurde. Wir haben beschlossen, dass es zum Auken-Bericht keine Aussprache geben wird. Nun haben wir eine gute halbe Stunde damit vergeudet, gar nichts zu tun. Da hätten wir doch sehr viel besser über einen Text debattiert, der für die Bürger sehr wichtig ist.

**Der Präsident.** – Ihr Kommentar wird an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

\*\*\*

#### **4.1. Weißbuch: Schadensersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts (A6-0123/2009, Klaus-Heiner Lehne) (Abstimmung)**

#### **4.2. Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft (Änderung der Verordnung zur einheitlichen GMO) (A6-0091/2009, Czesław Adam Siekierski) (Abstimmung)**

– Vor der Abstimmung

**Czesław Adam Siekierski**, *Berichtersteller*. – (PL) Herr Präsident, mit der Annahme des heutigen Berichts über das Programm der Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft werden wir das positive Signal an unsere Bürger aussenden, dass die Europäische Union die bedürftigsten und ärmsten Einwohner der Gemeinschaft mit kostenlosen Nahrungsmitteln unterstützt. Durch das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln, darunter „Schulobst“ und „Schulmilch“, ändert sich die Einstellung gegenüber der Europäischen Union. Die EU wird freundlicher und für zwei wichtige soziale Gruppen – arme und junge Menschen – greifbarer. Daher fordere ich dazu auf, für diesen Bericht zu stimmen. Dadurch werden wir zeigen, dass das Europäische Parlament die Menschen und ihre Probleme wahrnimmt.

(Beifall)

#### **4.3. Freihandelsabkommen EU-Indien (A6-0131/2009, Sajjad Karim) (Abstimmung)**

#### **4.4. Die soziale Verantwortung von Unterauftragnehmern in Produktionsketten (A6-0065/2009, Lasse Lehtinen) (Abstimmung)**

#### **4.5. Lebensmittelpreise in Europa (A6-0094/2009, Katerina Batzeli) (Abstimmung)**

– Vor der Abstimmung

**Katerina Batzeli**, *Berichtersterlerin*. – (EL) Herr Präsident, es wäre sehr interessant, wenn wir die Abstimmung über den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung mit den alternativen Entschließungsanträgen von 40 Mitgliedern und der ALDE-Fraktion vergleichen könnten. Wir kämen zu folgendem Ergebnis:

– erstens: insgesamt wurden 15 Vorschläge geändert, ohne eine klare Aussage zu machen;

– zweitens: über das quantitative Thema hinaus gibt es auch noch das politische Thema, wobei im alternativen Vorschlag jeder Verweis auf die Rolle und Verantwortung der großen Einzel- und Großhandelsketten gestrichen wurde;

– drittens: die schriftliche Erklärung des Europäischen Parlaments mit seinen 439 Unterschriften der Mitglieder, die dafür eintreten, dass Supermarktketten überwacht und ordentlich betrieben werden, wird hinfällig; und

– viertens: jede unfaire Handelspolitik ist gestrichen oder beschönigt worden, und es geht sogar so weit, dass die Empfehlung zurückgewiesen wird, eine europaweite Datenbank über Landwirtschafts- und Verbraucherpreise zu erstellen, die allen Bürgern und Verbrauchern zugänglich ist.

Ziel des Landwirtschaftsausschusses und der hochrangigen Gruppe ist es, Wettbewerbspraktiken und die Transparenz des Binnenmarkts im Lebensmittelsektor zu untersuchen. Heute werden wir alle beurteilt.

**Astrid Lulling (PPE-DE)**. – (FR) Herr Präsident, diese Erklärung erstaunt mich über alle Maßen.

Ich wollte einfach meinen Kolleginnen und Kollegen mitteilen, dass ich zu den Verfassern der alternativen Entschließungsanträge gehöre. Wir befinden uns hier in der Europäischen Union und nicht in der Sowjetunion.

(Beifall)

**Der Präsident**. – Frau Lulling, das wird den Mitgliedern dieses Hauses sicher nicht entgangen sein, aber ich habe der Berichtstersterin das Wort gegeben, weil sie keine Gelegenheit hatte, während der Aussprache zu reden. Wie Sie wissen hat sie Anspruch auf zwei Minuten, in denen sie sagen kann, was sie will. Dies haben wir respektiert.

#### **4.6. Auswirkungen der ungezügelten Bautätigkeit in Spanien auf die individuellen Rechte von europäischen Bürgern, auf die Umwelt und auf die Anwendung des EU-Rechts (auf der Grundlage eingegangener Petitionen) (A6-0082/2009, Margrete Auken) (Abstimmung)**

– Vor der Abstimmung

**Michael Cashman (PSE).** – Herr Präsident, ich möchte das Haus darüber in Kenntnis setzen, dass ich prinzipiell meinen Namen vom alternativen Entschließungsantrag der SPE-Fraktion zum Auken-Bericht zurückziehen möchte. Des Weiteren möchte ich die Mitglieder nach meiner fünfjährigen Arbeit an diesem Thema darüber informieren, dass ich gegen beide alternative Entschließungsanträge und für den Auken-Bericht abstimmen werde.

(Beifall)

**Margrete Auken, Berichterstatterin.** – (DA) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren und Bürger der EU, dieser Bericht ist das Ergebnis umfangreicher Arbeit im Petitionsausschuss, an der Mitglieder aller Fraktionen mitgewirkt haben. Ich möchte sowohl dem Vorsitzenden als auch den Schattenberichterstattern für ihre großen Anstrengungen danken. Als Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses habe ich mich von ganzem Herzen dieser Angelegenheit gewidmet. Sie hat zweifellos enorme Auswirkungen auf das Leben mehrerer Zehntausend EU-Bürger in Spanien gehabt – sowohl die spanische Natur als auch die spanische Wirtschaft waren davon betroffen. Jetzt ist der Bericht vom Ausschuss mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Es ist ein umfangreicher Text, der zwischen den zahlreichen unterschiedlichen Aspekten der spanischen Urbanisationspraxis unterscheidet.

Es besteht das Problem der Grundrechte der europäischen Bürger, zu denen das Recht auf rechtmäßig erworbenes Eigentum gehört. Das Europäische Parlament hat sich bereits dazu verpflichtet, diese Rechte zu achten, und alle Mitgliedstaaten sind an sie gebunden. Ferner haben wir das Problem der katastrophalen Auswirkungen der extensiven Urbanisationspraxis auf die Umwelt. Insbesondere in Küstenbereichen und auf den spanischen Inseln, aber auch in anderen Gebieten wie beispielsweise rund um Madrid. Ein weiteres Problem ist die Wiedereinführung des spanischen Küstengesetzes von 1988, wodurch plötzlich vielen Menschen das Recht verweigert wird, in ihren eigenen Häusern zu leben. In einigen Fällen sind solche Häuser bereits abgerissen worden. Dann besteht das Problem, dass mehrere Tausende angeblich illegale Häuser mit Genehmigung der Gemeinden gebaut, jedoch im Nachhinein als illegal eingestuft wurden, wodurch der unschuldige Käufer zum Opfer der korrupten Urbanisationspraktiken wird. Abschließend gibt es ein Problem der mangelnden Rechtssicherheit und der Höhe geeigneter Entschädigungen für die Opfer der Eigentumsskandale.

Mir ist klar, wo die Verantwortung für diese erheblichen Verstöße liegt, und ich bedaure sehr, dass diese Verstöße von Seiten kommunaler und regionaler Behörden die Versuche vieler Leute untergraben haben, für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen, bei der eine gesunde Wirtschaft Hand in Hand mit dem Schutz der Umwelt und des Kulturerbes geht. Dieser Bericht verdient eine ordentliche Aussprache, in der alle Stellungnahmen gehört werden können. Es ist inakzeptabel, dass unsere neuen Regelungen dies verhindern. Diese Regelungen müssen schnellstmöglich geändert werden, insbesondere, wenn es um Berichte geht, die sich mit den Beschwerden von europäischen Bürgern befassen. Ich bitte Sie, die beiden alternativen Entschließungsanträge abzulehnen. Obwohl sie auf meinem Bericht basieren, sind sie nicht unparteiisch. Sie spiegeln nicht die detaillierten und sachbezogenen Einschätzungen wider, über die der Ausschuss abgestimmt hat.

#### **4.7. Stand der transatlantischen Beziehungen nach den Wahlen in den USA (A6-0114/2009, Francisco José Millán Mon) (Abstimmung)**

#### **4.8. Interimshandelsabkommen EG/Turkmenistan (Abstimmung)**

– Vor der Abstimmung

**Daniel Caspary, im Namen der PPE-DE-Fraktion.** – Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach Artikel 170 Absatz 4 beantrage ich im Namen der EVP-ED-Fraktion, die Schlussabstimmungen zu Entschließung und Bericht auf die kommende Plenartagung zu verschieben.

In der gestrigen Debatte wurde deutlich, dass eine Mehrheit des Parlaments der Unterzeichnung des Interimsabkommens – wenn auch mit Bauchschmerzen – zustimmen könnte. Viele Kollegen haben die Hoffnung, dass durch das Abkommen nach Jahren des Stillstands eine neue Qualität des Dialogs zwischen der Europäischen Union und Turkmenistan entstehen könnte. Für die Mehrheit der Abgeordneten ist es jedoch wichtig, dass wir Kommission und Rat keinen Freifahrtschein erteilen. Als Parlament brauchen wir Garantien von Kommission und Rat, dass im Falle einer weiteren Verschlechterung der Situation der Menschenrechte auf Forderung des Parlaments ernsthaft darüber nachgedacht wird, das Abkommen auch auszusetzen. Leider sind gestern die Kommission nur bedingt und der Rat überhaupt nicht auf diese Forderung eingegangen. Ich beantrage daher im Namen meiner Fraktion, die beiden Schlussabstimmungen zu verschieben, bis entsprechende Zusagen von Rat und Kommission vorliegen.

*(Beifall)*

**Der Präsident.** – Im Einklang mit Regelung 170(4) der Geschäftsordnung war der letzte Redner eine Fraktion. Es wird gefragt, ob sich ein Redner dafür oder dagegen aussprechen will.

**Jan Marinus Wiersma, im Namen der PSE-Fraktion.** – Herr Präsident, ich kann unserem Kollegen Herrn Caspary nur beipflichten, dass wir nicht nur die abschließende Abstimmung über die Entschließung verschieben sollten, sondern auch die Abstimmung über seinen Bericht – den Zustimmungsbericht – da aus der gestrigen Aussprache recht deutlich hervorging, dass insbesondere der Rat nicht vorbereitet war, dem Europäischen Parlament ausreichend Gelegenheit und die Möglichkeit zu geben, die Lage in Turkmenistan tatsächlich zu überprüfen und auf der Basis eines solchen Vertrags Einfluss darauf zu nehmen. Da wir nicht ausreichend Zusagen erhielten, werden wir Herrn Casparys Vorschlag zur Aufschiebung dieser Abstimmungen unterstützen.

**Der Präsident.** – Ich stelle den Antrag auf Aufschiebung zur Abstimmung.

*(Das Parlament entscheidet, die abschließende Abstimmung zu vertagen.)*

**Daniel Caspary (PPE-DE).** – Herr Präsident! Der Antrag lautete, nur die Schlussabstimmungen zu verschieben, nicht die Abstimmung über die Änderungsanträge.

**Der Präsident.** – Wir vom Sitzungsdienst haben diese Informationen nicht erhalten. Es wird also nur die abschließende Abstimmung vertagt. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir zunächst über die Änderungen abstimmen werden.

**Daniel Caspary (PPE-DE).** – Herr Präsident! Der Antrag lautete, nur die beiden Schlussabstimmungen zu verschieben und über die Änderungsanträge abzustimmen, so dass wir nur die beiden Schlussabstimmungen in einer der kommenden Plenartagungen vornehmen.

**Der Präsident.** – Das hat der Sitzungsdienst tatsächlich nicht so verstanden, aber wir halten uns natürlich an die Vorgabe unseres Berichterstatters.

Wenn ich das nun richtig verstanden habe, stimmen wir über die Änderungen zum Bericht über Turkmenistan ab, nicht über Ihren Bericht. Vor der abschließenden Abstimmung legen wir eine Pause ein.

*– Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 2*

**Hélène Flautre (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident, der von meiner Fraktion erarbeitete hervorragende Änderungsantrag, der uns in die Lage versetzen wird, wirklich etwas an der Menschenrechtssituation zu ändern, könnte weiter verbessert werden, wenn wir den Wortlaut „die Aussicht auf Unterzeichnung des Vertrags“ durch „die Aussicht auf den Abschluss des Ratifizierungsverfahrens des Vertrags“ ersetzen würden, was die richtige Formulierung wäre.

**Der Präsident.** – Dies ist eine juristische Verbesserung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die Einwände haben, aufzustehen.

Es haben sich weniger als 40 Mitglieder erhoben. Daher sollten wir die Änderung von Frau Flautre berücksichtigen. Ich erkläre diesen Paragraphen hiermit als mündlich abgeändert.

*(Die mündliche Änderung wird angenommen.)*

#### **4.9. Interimsabkommen EG/Turkmenistan (A6-0085/2006, Daniel Caspary) (Abstimmung)**

– Nach der Abstimmung über Änderungsantrag 1

**Robert Goebbels (PSE).** – (FR) Herr Präsident, ich habe das Gefühl, dass Sie eine Abstimmung über den Caspary-Bericht durchgeführt und den Änderungsantrag meiner Fraktion abgelehnt haben. Ich habe selbst dagegen gestimmt, da ich auf der Abstimmungsliste für den vorherigen Bericht stand. Ich denke, wir sollten erneut über den Caspary-Bericht abstimmen, für den es nur eine Änderung gab, und dann die abschließende Abstimmung nicht durchführen.

(Das Parlament nimmt den Antrag von Herrn Goebbels an, erneut abzustimmen.)

#### **4.10. Stärkung der Sicherheit und der Grundfreiheiten im Internet (A6-0103/2009, Stavros Lambrinidis) (Abstimmung)**

– Vor der Abstimmung

**Stavros Lambrinidis, Berichterstatter.** – Herr Präsident, ich danke allen für Ihre Unterstützung. Ich bin nur bezüglich eines Punkts etwas verwirrt. Die mündliche Änderung steht auf der Abstimmungsliste, aber niemand hat sich erhoben, um für sie zu stimmen. Heißt das, sie wurde herausgenommen und es wurde überhaupt nicht abgestimmt? Ist das richtig?

**Der Präsident.** – Ja, das kann ich bestätigen. Wenn eine mündliche Änderung angenommen werden soll, muss dies mündlich zum Ausdruck gebracht werden, was hier trotz meiner Aufforderung nicht der Fall war. Sie haben das also völlig richtig verstanden.

#### **4.11. Sicheres und umweltgerechtes Recycling von Schiffen (Abstimmung)**

**Der Präsident.** – Damit ist die Abstimmungsstunde beendet.

### **5. Stimmerklärungen**

#### **Mündliche Erklärungen zur Abstimmung**

– Bericht: Czesław Adam Siekierski (A6-0091/2009)

**Zita Plestinská (PPE-DE).** – (SK) Während der 22 Jahre seines Bestehens hat das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln für Bedürftige in der Gemeinschaft zur Umsetzung von zwei Hauptzielen der gemeinsamen Agrarpolitik beigetragen. Zum einen hilft es dabei, die Märkte durch den Abbau von Interventionsvorräten zu stabilisieren, und zum anderen sichert es die notwendige Versorgung der ärmsten Einwohner der EU mit Nahrungsmitteln. Ich habe deshalb für den Konsultierungsbericht von Herrn Siekierski gestimmt, der sich mit dem neuen Programm für die Versorgung der Ärmsten mit Nahrungsmitteln befasst, wie von der Kommission vorgeschlagen.

2009 dürfte dieses Programm eine Summe von 500 Millionen Euro umfassen, das von den Mitgliedstaaten zusätzlich mitfinanziert wird. Herr Präsident, nicht nur Ihre Eltern haben der Abstimmung heute beigewohnt, wir haben auch einige Besucher aus den Regionen Presov und Nitra der Slowakei hier, die ich in dieser Kammer des Europäischen Parlaments herzlich willkommen heißen möchte.

**Laima Liucija Andrikiienė (PPE-DE).** – Herr Präsident, ich habe für den Bericht von Herrn Czesław Siekierski und unseren Entschließungsantrag zur Abgabe von Nahrungsmitteln an die Bedürftigen in der Gemeinschaft gestimmt.

Der Bericht und der Entschließungsantrag sind gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise und Wirtschaftsrezession sehr wichtig. Die zunehmende Armut in der EU – in einigen Ländern sind rund 20 % der Bevölkerung davon betroffen – macht deutlich, dass der Bedarf an einer Unterstützung mit Nahrungsmitteln recht hoch ist. Unter den derzeitigen Umständen unterstütze ich die Position des Europäischen Parlaments voll und ganz, dass das EU-Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln, das knapp

eine halbe Milliarde Euro umfasst und zum Ziel hat, die Unterernährung und Armut in der EU zu verringern, von der Gemeinschaft voll zu finanzieren ist. Ich möchte besonders die Bedeutung des Vorschlags der Kommission unterstreichen, die Struktur der Produktauswahl für das Programm zu verbessern. Die Nahrungsmittel sollten von den Behörden der Mitgliedstaaten ausgewählt und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern verteilt werden.

**Kathy Sinnott (IND/DEM).** – Herr Präsident, die Bedürftigen zu versorgen ist eine wichtige Aufgabe, und wir müssen eine Möglichkeit finden, zu gewährleisten, dass niemand, und vor allem kein Kind, hungrig zu Bett geht.

Ich habe mich in Bezug auf diesen Bericht aber enthalten, da ich der Auffassung bin, dass die Änderungen an diesem Programm nicht wirklich Sinn machen. Eine gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu haben, in deren Rahmen Nahrungsmittel von Drittländern importiert werden, deren arme Menschen bereits Hunger leiden, um für unsere Bedürftigen zu sorgen, während andere GAP-Richtlinien verhindern, dass unsere Landwirte genug Nahrungsmittel anbauen können, um die Armen in Europa zu ernähren, macht einfach keinen Sinn. Wir müssen für die Bedürftigen sorgen, gerade in Zeiten dieser Wirtschaftskrise, und Änderungen am Programm, die dies zum Ziel haben, werde ich unterstützen.

– **Bericht: Sajjad Karim (A6-0131/2009)**

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident, ich habe gegen die drei alternativen Entschließungsanträge gestimmt, da ich die Auffassung vertrete, dass gefälschte Produkte ein ernstes Problem darstellen und wir uns bemühen müssen, den europäischen Bürgern den bestmöglichen Schutz gegen den Import solcher Güter zu bieten. Ich spreche nicht über die Auswirkungen gefälschter Produkte auf die Wirtschaft. Europäische Zollbeamte müssen wirklich das Recht haben, aus indischen Häfen kommende Schiffe, deren Zielort die Europäische Union ist, zu kontrollieren. Ich meine damit, dass diese Kontrolle in indischen Häfen stattfinden muss.

Ich finde es ferner bedauerlich, dass, als es zu den schweren Terroranschlägen kam, in diesem Haus von „politischen Gruppierungen“ gesprochen wurde, obwohl jeder weiß, dass es sich bei den betreffenden Gruppierungen um islamistische Gruppierungen handelt.

**Der Präsident.** – Ich glaube, Herr Tannock wollte etwas sagen. Lassen Sie mich kurz die Regel erklären. Es ist nicht wie beim „Catch-the-Eye“-Verfahren. Sie müssen sich registrieren, bevor die Stimmerkklärungen beginnen, aber ich bin hier flexibel.

**Charles Tannock (PPE-DE).** – Herr Präsident, das war mir nicht bewusst. Ich dachte, ich könnte einfach im richtigen Moment winken.

Das war ein großartiger Bericht. Ich habe die Stellungnahme im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verfasst. Indien ist die größte Demokratie der Welt, und nun, nach vielen Jahren des Protektionismus, hat man den globalen Freihandel gewählt. Das Land hält sich in der weltweiten Finanzkrise recht gut. Es wäre von Vorteil gewesen, wenn wir ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen Indien und der Europäischen Union erreicht hätten, denn Letztere ist ebenfalls ein sehr großes demokratisches Gebilde, und es würde auch diejenigen Lügen strafen, dass der Protektionismus gut für den Welthandel wäre.

Ich bedauere daher zutiefst, dass dieser Bericht von den Sozialisten in einer Weise abgeändert wurde, dass er nunmehr für diejenigen von uns, die für den Freihandel sind, weder tragbar noch akzeptabel ist. Auch Indien bedauert dies sehr, denn die Regierung des Landes hat viel politisches Kapital in die Idee dieses Abkommens investiert, das sowohl für Indien als auch für Europa gut gewesen wäre. Es tut mir leid, aber aus diesem Grund mussten wir dagegen stimmen.

– **Bericht: Lasse Lehtinen (A6-0065/2009)**

**Jean Marie Beaupuy, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, ich begrüße Ihre Eltern recht herzlich, die heute hier anwesend sind. Ich hätte mir gewünscht, dass auch meine hier wären, aber dies ist leider nicht mehr möglich.

Wir haben soeben den Lehtinen-Bericht angenommen. Dies ist ein entscheidender Schritt in unserer Gesetzgebungsarbeit, und ich hoffe aufrichtig, dass die Kommission dem Parlament diesbezüglich wirklich zuhört. Natürlich sind wir uns dessen bewusst, dass die Entwicklung von Techniken und Organisationen weltweit eine wachsende Anzahl von Subunternehmern erforderlich macht. Nachdem dies gesagt ist, müssen die Mitarbeiter unserer Unternehmen besser geschützt werden, und die Subunternehmer selbst müssen gleichberechtigt sein, damit wir eine Wirtschaft haben, die in natürlicher Harmonie funktioniert.



Daher hoffe ich aufrichtig, Herr Präsident und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass die Kommission und die zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten unseren auf eigene Initiative basierenden Bericht baldmöglichst umsetzen werden, um, ich wiederhole, einerseits den Mitarbeitern und andererseits den Subunternehmern besser gerecht zu werden.

**Elisabeth Schroedter**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident! Auch ich begrüße, dass es uns gelungen ist, mit der alternativen Entschließung der Kommission den Auftrag zu erteilen, uns eine Richtlinie zur Generalunternehmerhaftung in ganz Europa vorzulegen. Grundlage dieser Entschließung war der Bericht Lehtinen, und deswegen ist vieles, was im Ausschuss und durch die Fraktionen, die Liberalen, die Sozialdemokraten und uns Grüne an Arbeit geleistet wurde, in diesen Beschluss hineingekommen. Wie wichtig das ist, zeigt sich daran, dass überall in Europa Billigarbeitskräfte auf den Baustellen zu finden sind und selbst die Sicherheit gefährdet wird, wie das Beispiel des finnischen Atomkraftwerks zeigt, wo die Sicherheitsstandards durch Subunternehmen nicht eingehalten werden.

Wir brauchen deswegen dringend eine europäische Richtlinie, weil die Gesetze in den acht EU-Mitgliedstaaten, die eine Generalunternehmerhaftung haben, sehr wirkungsvoll sind, aber an den nationalen Grenzen enden. Wir als Grüne sind fest entschlossen, wenn die jetzige Kommission es nicht auflegt, das dann zu einer Grundsatzfrage zu machen, wenn die neue Kommission ihr Amt antritt, denn wir wollen Sicherheit für die Bevölkerung und Mindeststandards für die Arbeitnehmer. Das ist nur durch eine europäische rechtliche Regelung, eine Generalunternehmerhaftung, möglich. Ich hoffe, dass die Kommission unseren Forderungen entsprechend eine Richtlinie vorlegt, sonst muss die Frage gestellt werden, ob sie ihres Amtes noch würdig ist.

– **Bericht: Katerina Batzeli (A6-0094/2009)**

**Christa Klaß (PPE-DE).** – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gegen den Bericht von Katerina Batzeli gestimmt. Hier werden meiner Meinung nach unverzichtbare Eckpfeiler unseres Wirtschaftssystems wie der freie Wettbewerb und die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt.

Fest steht, dass geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise für Lebensmittel gefunden werden müssen, um eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion zu gewährleisten. Wettbewerbsverzerrende Praktiken müssen unterbunden werden. Eine EU-weite Datenbank mit Referenzpreisen für Erzeugnisse und Betriebsmittel bringt jedoch neue Bürokratie und Berichtspflichten, die der Handel dann entweder dem Erzeuger oder dem Konsumenten in Rechnung stellt. Das Ergebnis wären höhere End- und Verbraucherpreise und geringere Erzeugerpreise.

Eine totale Transparenz aller unternehmerischen Kostenfaktoren wie Löhne, Energiekosten, Einkaufs- und Verkaufspreise und der Gewinnspannen mündet in Überwachung und Dirigismus. Das sind nicht die Ziele eines sozialen und freien Europas. Die Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette kann nur im Miteinander über die Einbindung in die Mitverantwortung erreicht werden.

**Jim Allister (NI).** – Herr Präsident, ich begrüße diesen Bericht, mit dem die großen Supermarktketten einen Schuss vor den Bug bekommen. So hat beispielsweise Tesco vor kurzem einen Gewinn in Höhe von 2,8 Milliarden Pfund vermeldet, während die Lebensmittelerzeuger in meinem Wahlkreis ums Überleben kämpfen. Die großen Supermarktketten haben ihre Kaufkraft missbraucht, um die Preise der Zulieferer auf untragbare Niveaus zu drücken und, wie ich sagen muss, unfaire und einseitige Forderungen als Preis für die Verlängerung des Vertrags zu stellen.

Auf lange Sicht wird dies, wie auch schon die britische Kartellbehörde (UK Competition Commission) herausgestellt hat, auch den Verbrauchern zum Nachteil gereichen, da Auswahl, Verfügbarkeit und Qualität aus dem Markt verdrängt werden. Daher unterstütze ich den Aufruf zu einer Untersuchung der Gewinnspanne in der Produktions- und Vertriebskette. Sicher wird irgendjemand an irgendeinem Ort davon profitieren, aber ganz sicher nicht der Erzeuger.

**Leopold Józef Rutowicz (UEN).** – (PL) Herr Präsident, ich habe mich bezüglich des Berichts von Frau Batzeli enthalten, aber ich denke, er ist ein guter Ausgangspunkt, um sich mit dem Thema der Lebensmittelpreise weiter auseinanderzusetzen. Die Einzelhandelspreise unterscheiden sich sehr von den Preisen, zu denen die Erzeuger ihre Produkte verkaufen. Der Einzelhandel, der für den Verbraucher am zugänglichsten ist, hat nur einen äußerst begrenzten Kontakt mit den Landwirten, und wenn wir nach besseren Möglichkeiten zur Stabilisierung der Lebensmittelpreise suchen, müssen wir die gesamte Kostenkette vom Erzeuger bis zum Verbraucher analysieren. Das vorgeschlagene Verhandlungssystem ist unrealistisch angesichts der Anzahl der Entitäten, die am Markt tätig sind. Zudem beschränkt es den Wettbewerb.

**Hynek Fajmon (PPE-DE).** – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe gegen den von Frau Batzeli vorgelegten Bericht über Lebensmittelpreise in Europa gestimmt. Der Bericht basiert auf dem Gedanken, dass eine freie Festsetzung von Preisen auf dem Lebensmittelmarkt keine gute Lösung ist und er ruft zur Einführung von Preisregulierungen in diesem Wirtschaftssektor auf. Dieser Gedanke lässt sich mit dem gesunden Menschenverstand nicht vereinbaren und läuft der historischen Erfahrung aller postkommunistischen Staaten, einschließlich der Tschechischen Republik, zuwider. Wir haben bereits 100%ige Preisregulierungen gehabt, und wir erinnern uns noch gut daran, dass dies nicht funktioniert hat. Eine freie Preisgestaltung ist die Grundlage der Freiheit und der Demokratie, und jeder Versuch, diese zu beschränken, wird zu Totalitarismus führen. In den letzten Jahren hat die freie Preisgestaltung im Lebensmittelsektor zu hervorragenden Ergebnissen in Form von tatsächlich niedrigeren Lebensmittelpreisen in der gesamten EU geführt. Es kam auch zu einer umfangreichen Modernisierung, die den Verbrauchern Produkte besserer Qualität zu niedrigeren Preisen beschert hat. Die im Bericht angeführten Regulierungsmaßnahmen würden diese positive Entwicklung abrupt unterbrechen, was einzig und allein zu höheren Lebensmittelpreisen führen wird. Die Tatsache, dass es in diesem Sektor einen starken Wettbewerb gibt, ist gut für den Verbraucher. Diejenigen, deren Kosten über den Marktpreisen liegen, müssen sich entweder an die Situation anpassen oder sich vom Markt zurückziehen. Es wäre absurd, ihre Verluste aus Steuergeldern auszugleichen, die die Verbraucher aufbringen müssen. Aus diesen Gründen habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident, zunächst möchte ich sagen, dass ich gegen den Batzeli-Bericht gestimmt habe. Als ich ihn gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob wir hier in der Europäischen Union sind oder in der Sowjetunion, und ich denke doch, dass wir uns hier in der Europäischen Union befinden. Daher können wir auf dieser Grundlage keine Regulierung der Lebensmittelpreise in ganz Europa einführen.

Wir müssen daran denken, dass wir Sorge dafür tragen müssen, gute, sichere Lebensmittel in Top-Qualität zu haben. Der Grundsatz, dass Lebensmittel so nah wie möglich am Verbraucher produziert werden sollten, ist wichtig, und dementsprechend können diese Angelegenheiten auf nationaler Ebene besser untersucht werden.

Ich bin über die gestiegenen Einsatzkosten besorgt. Die Preise für Dünger und Futter haben angezogen. Der Handel nimmt sich seinen Anteil. So kostet beispielsweise Roggenbrot, wenn es auf den Markt kommt, 3 Euro, von denen der Ersterzeuger, der Landwirt, gerade einmal sechs Cent erhält.

Dies ist nicht die Richtung, die wir einschlagen sollten. Deshalb müssen wir diese Angelegenheiten auf nationaler Ebene angehen, und vor allem ein System etablieren, in dem die Landwirte, die Lebensmittelerzeuger, überleben können und die Menschen ein gesundes Brot guter Qualität zu einem angemessenen Preis kaufen können. Gesundes Essen muss Priorität haben.

**Martin Callanan (PPE-DE).** – Herr Präsident, natürlich spiegelt dieser Bericht über Lebensmittelpreise nicht die Realität wider – nämlich dass Lebensmittel in der EU durch eine fatale Kombination aus einerseits zu viel Bürokratie und andererseits der inzwischen berühmt-berüchtigten gemeinsamen Agrarpolitik künstlich hoch gehalten werden. Agrarsubventionen sorgen dafür, dass ineffiziente Landwirte auf Kosten des europäischen Steuerzahlers unterstützt werden und gleichzeitig die Preise, die wir als Verbraucher in Geschäften und Supermärkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse zahlen, unverhältnismäßig hoch bleiben.

Was die Kommission tun könnte, um gegen diese unverhältnismäßig hohen Lebensmittelpreise vorzugehen, ist morgen anzukündigen, dass sie die gemeinsame Agrarpolitik abschaffen wird. Aber das wird sie natürlich nicht tun, da bestimmte Mitgliedstaaten, darunter insbesondere Frankreich, unverhältnismäßig stark davon profitieren, dass Steuergelder in immenser Höhe in einen ineffizienten, stark aufgeblähten Agrarsektor gepumpt werden. Das sollte die Kommission wirklich tun, aber darauf werden wir lange warten können.

**Daniel Hannan (NI).** – Herr Präsident, Fidel Castro liegt in seinem Krankenbett auf seiner tropischen Karibikinsel und stirbt allmählich vor sich hin – und keine Minute zu früh. Wenn er dann tatsächlich stirbt, werden weltweit nur noch zwei marxistische Agrarsysteme übrig sein: die Kolchosen von Nordkorea und Europas gemeinsame Agrarpolitik, eine Politik, die auf Preisfestsetzungen sowie der Lagerung und Vernichtung von Lebensmittelvorräten basiert, für die es keinen Markt gibt, eine Politik, die mutwillig Kosten und unnötiges Leid in der Dritten Welt verursacht, die um ihren natürlichen Markt beraubt wurde.

Wir werden dadurch zweimal bestraft – als Verbraucher und als Steuerzahler – durch hohe Preise und hohe Steuern, und sogar unsere Landwirte kommen nicht gut weg. In meiner Südostregion in England sterben die Bauernhöfe als bedeutender Wirtschaftsfaktor aus. Unsere Glockenblumenwiesen, Kastanienhaine und

Hopfenfelder müssen allmählich dem Beton weichen. Es ist nun schon 50 Jahre her, dass unsere Verbraucher und Landwirte dazu verdammt wurden, für diese Bürokratie zu zahlen. Jetzt reicht es.

**Jean-Claude Martinez (NI).** – (FR) Herr Präsident, wir alle sind empört über die Höhe der Lebensmittelpreise und die Art ihrer Strukturierung. Die Produkte werden von den Bauernhöfen zum Wert von 1 gekauft und in den Supermärkten zu einem Wert von 6 verkauft. Seesunge gibt es in Afrika zum Wert von 1 und französische Geschäfte verkaufen sie zu einem Wert von 14, mit dem Ergebnis, dass wenn um 8.00 Uhr abends die Supermärkte schließen, europäische Bedürftige in den Mülltonnen nach Lebensmitteln zu suchen beginnen.

Allerdings reicht es angesichts des Umstands, dass auf der einen Seite Landwirte nicht reich werden und auf der anderen Verbraucher Schwierigkeiten haben, Essen auf den Tisch zu bekommen, nicht aus, Transparenz zu fordern oder den Vertriebsoligopolen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

In Genf wird mit dem Reispreis spekuliert, in Chicago mit dem Maispreis, wir haben es mit Finanzkriminalität in großem Stil zu tun, und es gibt einen Internationalen Strafgerichtshof. Nun, auf dem G20-Gipfel sollten die Befugnisse des Internationalen Strafgerichtshofs auf schwere Finanzkriminalität ausgedehnt werden. Spekulationen auf Lebensmittel ist eine schwere Straftat, die mit der von Präsident Bashir in Darfur begangenen vergleichbar ist.

Das ist das Signal, das ausgesendet werden muss.

**Der Präsident.** – Ich wollte Sie in Ihren lyrischen Ausführungen nicht unterbrechen.

**- Bericht: Margrete Auken (A6-0082/2009)**

**Jim Allister (NI).** – Herr Präsident, ich möchte der Berichterstatterin meine volle Unterstützung für Ihren Bericht aussprechen und ihr für ihre ausgezeichnete Arbeit im Auftrag der Bürger aus ganz Europa danken, die sich über die unerhörten Immobilienpraktiken in Spanien beschwert haben.

Privateigentum zu haben und zu nutzen ist ein Grundrecht, das im europäischen Konvent anerkannt wurde. Auch in meinem Wahlkreis gibt es Leute, die ihre gesamten Ersparnisse in ein Eigenheim in Spanien investiert haben und sich nun durch Gesetze und Ansprüche unter Druck gesetzt und drangsaliert fühlen, die ihnen ihr Eigentum wegnehmen, oder sie müssen enorme Geldsummen aufbringen, um dieses behalten zu können. Man gewinnt den Eindruck, dass Behörden in Spanien mit habgierigen, skrupellosen Bauunternehmen unter einer Decke gesteckt und diejenigen in Angst und Schrecken versetzt haben, die dachten, sie hätten legale Eigenheime und Immobilien gekauft, und wenn dieser Bericht dazu beiträgt, dieses Problem anzugehen, kann damit nur Gutes bewirkt werden.

**Cristina Gutiérrez-Cortines (PPE-DE).** – (ES) Herr Präsident, natürlich habe ich gegen den Auken-Bericht gestimmt, und ich muss hier sagen, dass der Bericht, der hier angenommen wurde, gegen das Recht geht. Er hält sich in keiner Weise an die rechtsstaatlichen Prinzipien, die die Europäische Union verabschiedet hat, und es erschreckt mich zutiefst, dass das Europäische Parlament dazu fähig war, dieses Dokument anzunehmen. Der Rechtsdienst hat es als nicht mit dem Gesetz vereinbar und voll von illegalen Passagen beschrieben.

Der Bericht schlägt die Einstellung aller Bauvorhaben vor, als ob dadurch die Probleme gelöst werden würden. Dafür ist die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament in den vergangenen Jahren immer wieder eingetreten. Dieses Dokument löst keines der realen Probleme, denen sich die Leute gegenübersehen. Diese sind größtenteils durch Gesetzesänderungen gelöst worden, wie bereits geschehen, und durch die Anstrengungen der spanischen Behörden, Fehler zu korrigieren, die zweifellos gemacht worden sind.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass der Abriss der meisten Immobilien auf die schlechte Anwendung des Küstengesetzes durch die sozialdemokratische Regierung von Herrn Zapatero zurückzuführen ist, die willkürlich handelt und Immobilien in nur einer Region Spaniens enteignet.

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident, ich habe für den Auken-Bericht gestimmt, denn ich denke, dass jeder europäische Bürger ein Recht auf ordnungsgemäße Anwendung aller Gesetzgebungen hat und das Privateigentum jedes einzelnen Bürgers in der Europäischen Union von den Regierungen aller Mitgliedstaaten geschützt werden muss.

Viele Menschen sind Opfer zweifelhafter Entscheidungen in Spanien geworden, und viele von ihnen haben diese dem Petitionsausschuss gemeldet, was meiner Ansicht nach völlig richtig war. Gleichzeitig habe ich

gemischte Gefühle, da wir uns meiner Meinung nach davor hüten müssen, Gesetze zu verabschieden, die einer noch größeren Einmischung Europas zum Schaden der Mitgliedstaaten gleichkommen. Ein spezifisches Beispiel hierfür ist die Lage in der flämischen Peripherie um Brüssel herum, wo sich die Europäische Union nun um eine Wohnungsbaupolitik kümmert, die darauf abzielt, es jungen flämischen Familien zu ermöglichen, weiter in ihrer Heimat leben zu können.

**Martin Callanan (PPE-DE).** – Herr Präsident, auch ich habe für den Auken-Bericht gestimmt. Viele Menschen in meinem Wahlkreis in Nordostengland gehören zu den Petenten, die das Parlament auf diese groben und ungeheuerlichen Verstöße gegen die Eigentumsrechte durch die spanische Regierung und lokale Behörden aufmerksam gemacht haben. Tatsächlich gab es vor kurzem eine Fernsehdokumentation in ITV North East darüber, in der einige dieser gravierenden Fälle aufgedeckt wurden, damit die Öffentlichkeit im Nordosten Englands etwas darüber erfahren konnte.

Ich hoffe immer noch, selbst in dieser späten Phase, dass die spanische Regierung und die spanischen Abgeordneten einige ihrer Fehler wieder gut machen werden, dass einige der Menschen, denen ihr Eigentum unrechtmäßig abgesprochen wurde, Schadenersatz erhalten und dass anerkannt wird, dass es sich hier tatsächlich um einen Skandal handelt. Es ist ein Korruptionsskandal. Zahlreiche Geschäfte mit Bauunternehmen und der spanischen Lokalregierung sind nun einmal durch Korruption zustande gekommen. Wir helfen niemandem damit, nicht anzuerkennen, dass dies der zentrale Punkt ist. Die spanische Regierung muss handeln. Ich bin wirklich schockiert darüber, dass von spanischen Abgeordneten in dieser Kammer versucht wurde, einige dieser Praktiken zu vertuschen.

**Peter Skinner (PSE).** – Herr Präsident, auch ich habe für diesen Bericht abgestimmt, da so viele Menschen in meinem Wahlkreis – und in der gesamten Europäischen Union – von diesem bestimmten Problem so hart getroffen wurden. Die Forderung nach Rechtssicherheit beim Kauf von Immobilien ist wesentlich, was in diesem Bericht zum Ausdruck kommt, der versucht, die Art von Garantien zu erhalten, die erforderlich sind, um Änderungen zu bewirken. Er spricht auch die spezifischen Themen der Beschwerden über illegale Praktiken lokaler Bauunternehmer und bestimmter lokaler Behörden an.

Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da ich der Auffassung bin, dass er zur Sicherstellung eines förmlichen Prozesses beitragen wird; er wird auf Missstände hinweisen, die ich in der Vergangenheit lediglich als „schlechte spanische Praktiken“ betrachtet habe. Ich möchte dafür sorgen, dass so nie wieder argumentiert wird, und ich möchte, dass sich die Kommission, der Rat und die spanische Regierung um diese Angelegenheit kümmern und hart durchgreifen, sodass diejenigen, die ihr Eigentum verloren haben, Entschädigungen erhalten und sich diejenigen, die dort wohnen, sicher fühlen können.

– **Bericht: Francisco José Millán Mon (A6-0114/2009)**

**Christopher Heaton-Harris (PPE-DE).** – Herr Präsident, bevor ich beginne, möchte ich sagen, dass ich mich sehr freue, dass Ihre Eltern hier in diesem Plenum sind, nicht nur weil es schön ist, Publikum zu haben, sondern weil sie auf diese Weise sehen können, wie ausgezeichnet Sie Ihren Vorsitz führen. Dafür respektieren wir Sie quer durch die Bank, sogar die britischen Konservativen.

In ein paar Tagen kommt Präsident Obama nach Straßburg. Wenn er die Barrikaden sieht, die hier aufgebaut sind, könnte er den Eindruck gewinnen, wenn er überhaupt an das Europäische Parlament denkt, dass seine Zwei-Sitz-Politik absolut verrückt ist, eine komplette Geldverschwendung. Tatsächlich wird er denken, um es mit den Worten der Popgruppe „Spandau Ballet“ zu sagen:

„Round and round it goes,

And oh don't you know,

This is the game that we came here for.

Round and round it goes.“

Aber bald wird er wieder fort sein und die hoffnungslose Natur der Einheitsverordnung betrachten, die für alle passen muss und die Unternehmen der EU stark einschränkt, und zweifellos wird er denken, dass er uns keine Rettungsleine zuwerfen kann.

Und der Liedtext geht weiter:

„Because [he has] nothing else here for you,

And just because it's easier than the truth,

Oh if there's nothing else that [he] can do –

He will fly away – fly for you, out of this place, having felt that you should always believe in your soul. Luck has left [him] standing so tall.“

Und der Himmel sei dank, dass Spandau Ballet sich wiedervereinigt hat!

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident, die transatlantischen Beziehungen liegen mir besonders am Herzen und ich stimme größtenteils mit den allgemeinen Aussagen des Millán-Mon-Berichts überein. Dennoch habe ich dagegen gestimmt, da der Bericht doch größere Lücken aufweist. So wird beispielsweise ausdrücklich auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon vorgegriffen – nochmals muss festgestellt werden, wie hier verfahren wird – obwohl der betreffende Vertrag noch nicht einmal ratifiziert ist. Es müssen doch auch die Wähler in Irland respektiert werden.

Im Bericht ist auch von den Problemen der Palästinenser die Rede, es wird jedoch nicht auf die Sicherheit Israels verwiesen. Zum krönenden Abschluss wird hervorgehoben, dass die Mitgliedstaaten einige der Guantánamo-Häftlinge, also mutmaßliche Terroristen, aufnehmen müssen. Ich halte dies für völlig inakzeptabel. Des Weiteren ist es inakzeptabel, dass aus dem Bericht nicht deutlich hervorgeht, dass sich die Vereinigten Staaten nicht in die EU-Erweiterungspolitik einmischen dürfen, und dass daher die Türkei keinen Platz in der Europäischen Union hat.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident, die transatlantischen Beziehungen sind sehr wichtig für uns Europäer. Wir müssen immer daran denken, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als Führungsmacht der Welt dieselben Werte haben wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit. Meiner Ansicht nach sind es gerade diese Werte, die uns einen und, wie ich hoffe, auch unsere künftigen Beziehungen stärken.

Nun, da die Vereinigten Staaten eine neue Regierung haben, die von Präsident Obama angeführt wird, wurde der Regierung viel Aufmerksamkeit gewidmet und es wurden hohe Erwartungen in sie gelegt, aber wir müssen uns dessen bewusst sein, dass weder Obama noch sein Kabinett die ganze Welt ändern können. Sicherlich werden sie versuchen, ihr bestes zu tun, aber es liegen massive Herausforderungen vor uns, und aus diesem Grund müssen die Erwartungen realistisch sein.

Wir müssen nichtsdestotrotz auf die Vereinigten Staaten zugehen, da wir gemeinsamen Bedrohungen ausgesetzt sind. Dazu zählen der internationale Terrorismus und der erstarkende islamische Fundamentalismus. Wir sehen uns auch gemeinsamen Umweltproblemen gegenüber, und die transatlantischen Beziehungen ermöglichen es uns, diese und die anderen Probleme, die derzeit in der Welt akut sind, gemeinsam anzugehen.

**Martin Callanan (PPE-DE).** – Herr Präsident, solange ich die Gelegenheit dazu habe, möchte auch ich mich für die faire und unparteiische Art bedanken, in der Sie unsere parlamentarischen Sitzungen immer geleitet haben. Es ist bedauerlich, dass Präsident Pöttering da nicht immer Ihrem Beispiel folgt.

In diesem Bericht geht es um die Vereinigten Staaten und die Beziehungen zwischen den USA und der EU. Natürlich bleibt Amerika ein wichtiger Faktor für die Sicherheit und den Wohlstand in Europa. Leider gibt es in diesem Hause viele Beispiele für antiamerikanische Gefühle. Jeder von uns in der EU sollte sehr dankbar für die Rolle sein, die die USA in der Welt spielen, insbesondere die Rolle, die sie in unserer jüngsten Geschichte gespielt haben. Ich muss manchmal lachen, wenn ich höre, dass die EU für 60 Jahre Frieden in Europa verantwortlich gewesen sein soll. Jeder scheint zu vergessen, welchen Beitrag die USA und natürlich auch die NATO zum Frieden in Europa geleistet haben. Amerika sollte kein Rivale der EU sein. Es sollte ein Partner und ein Freund sein, und wir sollten engere transatlantische Beziehungen aufbauen.

**Charles Tannock (PPE-DE).** – Herr Präsident, die britischen Konservativen sind stolz auf die besondere Beziehung unseres Landes mit den Vereinigten Staaten und darauf, die Brücke zwischen Amerika und Europa zu sein. Wir unterstützen das Engagement Präsident Obamas für multilaterale Beziehungen mit der Europäischen Union.

Allerdings erwähnt dieser Bericht die Umsetzung des Lissabon-Vertrags, die wir durchweg ablehnen. Er fordert ferner die USA dazu auf, die Todesstrafe abzuschaffen, aber das ist eine Frage des persönlichen Gewissens. Angesichts der derzeitigen Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs durch die britischen Konservativen erkennen wir auch das Recht Amerikas an, das Rom-Statut nicht zu unterzeichnen. Des

Weiteren wollen wir nicht dazu verpflichtet werden, gefährliche Terroristen aus dem Gefangenenerlager von Guantánamo aufzunehmen.

Dieser Bericht unterstreicht richtig, dass die NATO der Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheit ist und schlägt eine neue transatlantische parlamentarische Versammlung vor, die das gegenseitige Engagement für unsere gemeinsamen Werte der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte verstärken wird. Daher stimmen die britischen Konservativen geschlossen für den Millán-Mon-Bericht.

**Peter Skinner (PSE).** – Herr Präsident, ich begrüße diesen Bericht ganz besonders und teile einige der Punkte, die bis jetzt angesprochen wurden, aber vielleicht sollten wir damit beginnen, Herrn Obama formell zu seinem neuen Amt als Präsident zu gratulieren. Ich glaube nicht, dass wir alle dies heute schon getan haben, aber er sorgt eindeutig für frischen Wind, was auf sehr positive Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hoffen lässt.

Wir sind recht schnell dabei herauszustellen, wie wir von diesen Beziehungen profitieren können, aber wir weisen weitaus seltener darauf hin, was wir tun müssen, um sie zu stärken und an ihnen zu arbeiten. So ist beispielsweise der Handel zwischen uns laut Angaben der OECD der größte zwischen zwei Handelsblöcken überhaupt in der Welt. Es ist richtig, dass uns dies auch dazu veranlasst, stark über Regulierung und Aufsicht nachzudenken. Alles, was zwischen uns beschlossen wird, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene, ist von großer Bedeutung für den Rest der Welt und setzt häufig die globalen Standards.

Ich hoffe als Mitglied der USA-Delegation, die am Transatlantischen Wirtschaftsrat mitgearbeitet hat, dass wir die Arbeit fortsetzen können, die wir dort bereits geleistet haben und dass auch in diesem Hause diesbezüglich echte Anstrengungen unternommen werden. Dies wäre immerhin besser als die dummen Bemühungen einiger zu Themen wie Hühner zu sehen, die gerade diese Beziehungen belastet hätten.

#### – Bericht: Stavros Lambrinidis (A6-0103/2009)

**Philip Claeys (NI).** – (NL) Herr Präsident, es ist gut, dass der Änderungsantrag 5 abgelehnt wurde. Dieser Änderungsantrag hätte eine wesentliche Passage aus dem Bericht gestrichen: eine Passage, die sich für die freie Meinungsäußerung ausspricht. Nach allem ist es ein wichtiger Grundsatz der Demokratie, dass die Äußerung kontroverser politischer Überzeugungen nicht strafrechtlich verfolgt wird. Die freie Meinungsäußerung muss absolut sein und darf sicher nicht vor umstrittenen Themen wie Einwanderung und Islam Halt machen.

Insgesamt halte ich diesen Bericht für sehr ausgewogen. Er hält die Waage zwischen Rechten und Freiheiten und lehnt Zensur entschieden ab. Daher habe ich mit großer Überzeugung für diesen Bericht gestimmt.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident, dieser Bericht von Herrn Lambrinidis über mehr Sicherheit und Grundfreiheiten im Internet befasst sich mit einem sehr wichtigen Thema. Ich teile die darin zum Ausdruck gebrachte Meinung, dass es wichtig ist, die freie Meinungsäußerung zu schützen. Sie ist eines unserer Grundrechte und -freiheiten. Wir müssen jedoch stets daran denken, dass wir von der Freiheit der Meinungsäußerung sprechen, das beinhaltet eine gewisse Verantwortung. Verantwortung ist bei diesem Thema der wichtigste Punkt.

Wenn wir uns heute Internetseiten ansehen, müssen wir leider feststellen, dass es dort viel Material gibt, das für die Gesellschaft oder die menschliche Entwicklung nicht gut ist. Ich bin besonders wegen unserer Kinder und Jugendlichen besorgt, die unser wertvollstes Kapital sind – das wertvollste Kapital für unsere Zukunft. Wir müssen jetzt sofort die Verantwortung für sie übernehmen und so handeln, dass sie die bestmöglichen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben und gesunde Verhaltensweisen entwickeln können, und das Internet ist eine Hauptinformationsquelle für sie.

Aus diesem Grund hoffe ich, dass wir die Sicherheit unserer Kinder dadurch verbessern können, dass wir mehr Material ins Internet stellen, das sie fördern, erziehen und bilden kann, und nicht die Art von Inhalten, die wir heute sehen, wovon es leider viel zu viel gibt. Gerade diese Inhalte können der Entwicklung der Persönlichkeit der Jugendlichen schaden.

#### Schriftliche Stimmerklärungen

#### – Bericht: Klaus-Heiner Lehne (A6-0123/2009)

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich.** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, um für die Opfer von Verstößen gegen die Wettbewerbsvorschriften einen echten Zugang zu Rechtsbehelfen zu gewährleisten

bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Seiten der EU und der Mitgliedstaaten. Das Weißbuch enthält einige Empfehlungen, mit denen dafür gesorgt werden soll, dass die von dieser Art von Verstößen Betroffenen Zugang zu wirklich effizienten Mechanismen haben, mit denen sie eine volle Entschädigung für den erlittenen Schaden erstreiten können.

Derzeit gibt es in den meisten Mitgliedstaaten große Barrieren, die Verbraucher und Unternehmen davon abhalten, vor Gericht zu ziehen, um auf privater Basis Schadenersatzansprüche für Schäden geltend zu machen, die infolge eines Verstoßes gegen das Kartellrecht erlitten wurden. Obschon es unlängst in einigen Mitgliedstaaten Anzeichen für Verbesserungen gegeben hat, sind in den vergangenen Jahrzehnten nur sehr wenige Klagen vorgebracht worden. Die traditionellen Gesetze und Verfahren, die im Zusammenhang mit der zivilrechtlichen Haftung in den meisten Mitgliedstaaten gelten, scheinen ungeeignet zu sein.

Ich begrüße daher den Entwurf eines Weißbuchs, das eine Lösung des Problems auf Gemeinschaftsebene vorschlägt, mit der der Zugang zu Rechtsbehelfen für Kläger sichergestellt wird, wodurch allgemeine politische Ziele verfolgt werden (insbesondere die Gewährleistung eines breiteren Zugangs zu Rechtsbehelfen durch eine nachdrücklichere Wettbewerbspolitik und die Erschwerung unlauterer Praktiken von Seiten der Unternehmen), während gleichzeitig unbegründeten und opportunistischen Prozessen vorgebeugt wird.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich beabsichtige, mich bei der Abstimmung über den Bericht von Herrn Lehne über das Weißbuch zu Schadenersatzklagen aufgrund von Verstößen gegen das EU-Kartellrecht zu enthalten.

Ich stimme einigen, aber nicht allen im Bericht aufgeführten Punkten zu, weshalb ich mich entschieden habe, nicht für den Bericht in seiner aktuellen Fassung zu stimmen.

#### – Bericht: Czesław Adam Siekierski (A6-0091/2009)

**Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (RO) Ich habe für den von Czesław Adam Siekierski (PPE-DE, Polen) verfassten Bericht gestimmt, da er den Ausbau des europäischen Programms zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige vorschlägt.

Als ehemaliger Bürgermeister des 5. Bezirks von Bukarest habe ich mich stets darum bemüht, den Armen Hilfe zukommen zu lassen, insbesondere den Roma.

In der gesamten Europäischen Union leben 80 Millionen Menschen (16 % der Bevölkerung) unter der Armutsgrenze, und ihre Zahl steigt bedingt durch die Wirtschaftskrise. In einigen der Länder, die erst vor kurzem der EU beigetreten sind, sind rund 20 % der Bevölkerung von Armut betroffen.

Für Nahrungsmittelhilfeprogramme wird eine Vollfinanzierung aus dem EU-Haushalt benötigt, da einige Mitgliedstaaten nicht in der Lage sein werden, sich am Programm zu beteiligen, wenn Kofinanzierungsquoten zur Anwendung kommen.

Wir müssen diejenigen Mitgliedstaaten entlasten, die niedrige Pro-Kopf-Einkommen haben oder deren Haushalte hohe Defizite aufweisen. Dazu zählt auch Rumänien.

Produkte aus Interventionsvorräten oder solche, die auf dem Markt gekauft werden, müssen aus der Gemeinschaft stammen, wobei lokal erzeugte frische Lebensmittel zu bevorzugen sind. Das heißt, rumänische Produkte werden mit europäischen Mitteln gekauft, um sie an die Armen in Rumänien zu verteilen.

**Koenraad Dillen (NI)**, *schriftlich*. – (NL) Ich habe für den Bericht über die Änderung einer Verordnung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik und die gemeinsame Schaffung von Agrarmärkten im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelabgabe an Bedürftige gestimmt. Gemäß den Daten profitierten 2006 rund 13 Millionen Menschen in den Mitgliedstaaten von diesem Programm. Das ist gut, aber die Unterstützung der Bedürftigen in der EU sollte deutlich intensiviert werden.

Zunächst sollten wir das Gehalt der EU-Kommissare halbieren oder durch drei teilen. Die europäische Ideenfabrik Offenes Europa hat geschätzt, dass Kommissare einschließlich der Pensionspläne in fünf Jahren durchschnittlich 2,5 Millionen Euro verdienen, was absolut skandalös ist. Die andere Hälfte dieses Geldes könnte man wesentlich besser zur Bekämpfung der Armut verwenden. Vielleicht wäre dies eine Möglichkeit, die europäische Öffentlichkeit mit „Europa“ zu versöhnen.

**Edite Estrela (PSE)**, *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Vorschlag einer Verordnung über die Nahrungsmittelabgabe an die Bedürftigsten gestimmt. Armut ist eines der größten Probleme, denen sich die

Europäische Union derzeit gegenübersteht. 2006 waren knapp 79 Millionen Menschen von Armut bedroht, was eindeutig zeigt, wie wichtig Nahrungsmittelhilfeprogramme sind.

Da der Vorschlag der Kommission darauf abzielt, Nahrungsmittel an bedürftige Personen abzugeben und die Planung zu verbessern, damit die Mittel effizienter eingesetzt werden können, und angesichts des Umstands, dass das Programm 1987 ins Leben gerufen wurde und bereits über 13 Millionen Menschen zugute kam, denke ich, dass die Fortsetzung dieses Programms notwendig und positiv ist.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM)**, *schriftlich*. – (SV) Wir sind der Ansicht, dass der ursprüngliche Zweck des Programms zur Abgabe von Interventionsvorräten an Bedürftige von Anfang an seltsam formuliert war. Mag sein, dass es empfehlenswert ist, die Agrarpolitik mit der Sozialpolitik zu vermischen, aber es wird kompliziert. Seit kurzem nimmt das Verhältnis der Güter, die nicht aus Interventionsvorräten stammen, ständig zu. Bei der letzten Zählung wurden 85 % der Nahrungsmittel auf dem freien Markt gekauft.

Wir denken, dass die Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Gemeinschaft abgeschafft werden sollte. Die ärmsten Menschen in den Mitgliedstaaten sollten von den Mitgliedstaaten oder den Kommunen versorgt werden. Es sind diese Ebenen der politischen Verantwortung, die über ihre Sozialpolitik gewährleisten sollten, dass alle Bürger ihr Recht auf ein Existenzminimum bekommen. Ob dies über Sozialleistungen, die Abgabe von Nahrungsmitteln oder andere Mittel erfolgte, sollte ihre Entscheidung sein.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments schlägt vor, dass das Nahrungsmittelhilfeprogramm in voller Höhe von der EU finanziert werden sollte. Die Ansichten, die in diesem Ausschuss vorgetragen werden, einfach, um Agrarprodukte auf den Markt zu bringen, sind erstaunlich.

Wie üblich betrachtet es die Juni-Liste in dieser Situation als glücklichen Umstand, dass das Europäische Parlament keine Mitentscheidungsbefugnisse in Bezug auf die Agrarpolitik der EU hat. Andernfalls würde die EU in den Protektionismus abgleiten und diversen Gruppen im Agrarbereich mit hohen Subventionen unter die Arme greifen.

**Jeanine Hennis-Plasschaert, Jules Maaten, Toine Manders und Jan Mulder (ALDE)**, *schriftlich*. – (NL) Die Delegation der niederländischen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) im Europäischen Parlament stimmte für den Siekierski-Bericht, da wir die Nahrungsmittelabgabe an die ärmsten Bevölkerungsschichten der EU unterstützen. Allerdings sind die Abgeordneten der VVD gegen die Aussagen im Bericht, dass die Nahrungsmittelabgabeprogramme ausschließlich aus dem EU-Haushalt finanziert werden müssen.

**Alexandru Nazare (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (RO) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da das Nahrungsmittelprogramm, dessen Ausbau hier betrachtet wird, das Kerninstrument zur Unterstützung der Bedürftigen darstellt, die unter der aktuellen Wirtschaftskrise sehr leiden, selbst was die Befriedigung der Grundbedürfnisse anbelangt. Zudem ist es eine vernünftige Maßnahme, die Nahrungsmittelressourcen der EU effektiv zu nutzen, da sie die nicht verwendeten Produkte an diejenigen verteilt, die sie benötigen, während gleichzeitig die Nachfrage auf dem Lebensmittelmarkt der EU steigt.

Ich bin dafür, dass solche Nahrungsmittelhilfeprogramme eine Vollfinanzierung aus dem EU-Haushalt erhalten, da die Anwendung von Kofinanzierungsquoten den Prozess, die Umsetzung der Maßnahmen in einem angemessenen Zeitrahmen und die Erreichung schneller Ergebnisse erheblich behindern würde.

Allerdings bin ich der Auffassung, dass den nationalen Behörden weiter reichende Aufgaben im Hinblick auf die Verwaltung der Hilfsgüter vor Ort zugewiesen werden sollten, da sie mit der Lage auf lokaler Ebene und mit den spezifischen Bedürfnissen der Bevölkerung besser vertraut sind.

**Karin Riis-Jørgensen (ALDE)**, *schriftlich*. – (DA) Die Abgeordneten der dänischen Liberalen haben gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Abgabe von Nahrungsmitteln an bedürftige Personen gestimmt, da der Vorschlag auf einer Rechtsgrundlage der Agrarpolitik gemacht wurde, obwohl es kein Instrument der Agrarpolitik ist. Der Agrarhaushalt sollte nicht zur Umsetzung sozialpolitischer Projekte verwendet werden. Diese obliegt der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe für den Bericht von Herrn Siekierski über die Nahrungsmittelabgabe an Bedürftige in der Gemeinschaft gestimmt.



Ich denke, dass das Problem der Armut hochgradig relevant ist, da selbst im reichen Europa mehr als 80 Millionen Menschen von Armut bedroht sind und der Großteil von ihnen in Ländern lebt, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind. Daher gebe ich dem Berichterstatter Recht, was die Notwendigkeit anbelangt, die Produktpalette zu erweitern, die über dieses Nahrungsmittelhilfeprogramm zur Verfügung gestellt wird, sowie was den Umstand betrifft, dass die primäre Quelle für diese Abgabe die aus der Intervention in die Agrarmärkte stammenden Vorräte sein sollten, womit diese einen wichtigen Aspekt der gemeinsamen Agrarpolitik darstellen.

Des Weiteren begrüße ich den Vorstoß des Berichtstatters, dass die gesamte Finanzierung des Nahrungsmittelhilfeprogramms von der EU gestellt werden sollte, da der Kofinanzierungsvorschlag der Kommission Mitgliedstaaten dazu veranlassen könnte, ihre Beteiligung an diesem Programm zu beschränken, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Not, die viele Länder derzeit erleben.

– **Bericht: Sajjad Karim (A6-0131/2009)**

**David Martin (PSE)**, *schriftlich*. – Die EU ist der größte ausländische Investor Indiens und der größte Handelspartner des Landes. Das Schmieden eines Wirtschaftsbündnisses ist daher für beide wichtig. Ich unterstütze diesen Bericht, denn er unterstreicht, dass das Abkommen dafür sorgen sollte, dass der zunehmende bilaterale Handel so vielen Menschen wie möglich zugute kommt und zu den Millenniums-Entwicklungszielen beiträgt, darunter die Vermeidung von Umweltschäden. Allerdings bedaure ich, dass der EVP-Text den allgemeineren Text ersetzte, der progressiver war.

**Rovana Plumb (PSE)**, *schriftlich*. – (RO) Indien war im Jahr 2000 der 17. wichtigste Handelspartner der Europäischen Union und schob sich 2007 auf Platz 9, denn zwischen 2000 und 2006 wuchs der Warenhandel der EU mit Indien um rund 80 %.

Als Sozialdemokrat begrüße ich den Umstand, dass Indien beträchtliche Fortschritte bei der allgemeinen Grundschulbildung gemacht, die Armut bekämpft und den Zugang zu sauberem Trinkwasser ausgeweitet hat. Allerdings stelle ich auch fest, dass Indien nach wie vor weit von der Erreichung der meisten Millenniums-Entwicklungsziele entfernt ist, insbesondere im Hinblick auf die Kindersterblichkeit, die Gesundheit der Mütter, die Unterernährung bei Kindern und den Kampf gegen Malaria, Tuberkulose und HIV/AIDS.

Ich habe für diesen Bericht gestimmt, um damit das Zustandekommen des Freihandelsabkommens EU–Indien zu unterstützen, denn meiner Ansicht nach bietet es künftiges Potenzial für mehr Investitionen, Handels- und Geschäftsebenen. Dieses Abkommen wäre eine Win-Win-Situation für beide Seiten.

**Luís Queiró (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PT) Das Freihandelsabkommen mit Indien markiert einen weiteren Schritt Europas und Indiens hin zu einer Öffnung der Weltwirtschaft und der stärkeren Nutzung ihrer Vorteile. Es ist auch ein besonders wichtiges Signal im derzeitigen Umfeld. Daher begrüße ich die Ratifizierung dieses Abkommens. Nachdem ich es geprüft habe, sehe ich mich jedoch gezwungen, einige kritische Bemerkungen dazu zu machen.

Damit der Freihandel reibungslos funktionieren kann, müssen einige Regeln beachtet werden, um Fälschungen und der Verwendung von Produkten, die in den Zielländern verboten sind, vorzubeugen. Auch die Herkunftsbezeichnungen müssen eindeutig sein. Kurzum, die Informationen müssen verfügbar und transparent sein, und die internationalen Verträge müssen eingehalten werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Gedanke, dass beide Seiten Vorteile aus dem Freihandel haben sollten. In anderen Worten, die Öffnung der Grenzen bedeutet nicht nur eine Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer für Produkte aus Drittstaaten. Die Vorteile des Freihandels beinhalten die beiderseitige Gelegenheit zum Güteraustausch und zur Öffnung von Wirtschaftsräumen. Diese Vorteile müssen auch Entwicklungs- bzw. schnell wachsenden Ländern zuteil werden können. Dazu kommt es jedoch nur, wenn die Handels- und Investitionsbarrieren in diesen Ländern ebenfalls abgebaut werden.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe gegen den Bericht von Herrn Karim über ein Freihandelsabkommen EU-Indien gestimmt.

Grund hierfür ist meine Ansicht, dass der Abschluss solcher Abkommen in seiner Gänze der Achtung der fundamentalen Menschenrechte und der Demokratie unterliegen sollte, was bei dem betreffenden Land kaum der Fall ist. Die Einbeziehung einer Klausel über Menschenrechte und Demokratie in das Abkommen reicht eindeutig nicht aus, um sicherzustellen, dass diese grundlegenden Voraussetzungen respektiert werden.

Dasselbe gilt für das Versprechen, die Beratungen im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu verstärken. Traurigerweise meldet die internationale Presse nach wie vor Fälle der Verfolgung von religiösen Minderheiten und Menschenrechtsverfechtern. Meiner Auffassung nach ist es deshalb einfach inakzeptabel, Wirtschaftsabkommen dieser Art zu unterzeichnen.

– **Bericht: Lasse Lehtinen (A6-0065/2009)**

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich.** – (SV) Dieser Bericht weist auf die Wichtigkeit hin, dass sich Arbeitnehmer ihrer Rechte bewusst sind und dass sie über gute Kenntnisse des Arbeitsrechts und der Tarifverträge verfügen. Der Berichterstatter stellt ferner fest, dass die Entsenderichtlinie eingehalten werden muss, und er unterstreicht den Wert der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Diese Forderungen sind allesamt wünschenswert.

Allerdings sind Teile des Wortlauts im Bericht zu weit reichend. Wir können keine Passagen unterstützen, die die Einführung eines Rechtsinstruments der Gemeinschaft auf EU-Ebene befürworten, das Löhne und Gehälter, Sozialversicherungsbeiträge, Steuern und Entschädigungen im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen abdeckt. Diese Themen sind zu wichtig für uns, als dass wir solche Passagen oder Forderungen unterstützen können.

Wir haben uns dafür entschieden, den alternativen Entschließungsantrag zu unterstützen, der von der SPE-Fraktion, der ALDE-Fraktion und der Fraktion der Grünen eingereicht wurde, da in diesem der Wortlaut über das Rechtsinstrument der Gemeinschaft beschränkt wurde. In der abschließenden Abstimmung über den Bericht als Ganzes werden wir uns enthalten, denn obwohl einige Textteile positiv sind, sind die Passagen über das Rechtsinstrument der Gemeinschaft zu weit reichend.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Ich unterstütze diesen Bericht, der verantwortungsbewusste und klare Regeln für die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen in Europa fordert. Der Bericht schützt Arbeitnehmer, die für Subunternehmer tätig sind, indem die Kommission aufgefordert wird, ein klar abgegrenztes Rechtsinstrument der Gemeinschaft zu schaffen, das die Solidarhaftung auf europäischer Ebene einführt.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe zugunsten des Berichts von Herrn Lehtinen über die soziale Verantwortung von Subunternehmern in Produktionsketten gestimmt.

Ich bin mit dem Berichterstatter einig, dass die Inanspruchnahme von Subunternehmern in der Europäischen Union sehr hohe Niveaus erreicht hat, was zu diversen Problemen geführt hat, die zum Beispiel mit den rechtlichen Konsequenzen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenhängen, sowie zu Schwierigkeiten bei der Überprüfung der Einhaltung steuerlicher und sozialversicherungstechnischer Pflichten.

Daher teile ich die Ansicht des Berichterstatters, dass es ratsam wäre, ein System der „Solidarhaftung“ auf europäischer Ebene einzuführen, in dessen Rahmen der Hauptauftragnehmer dazu aufgefordert würde, dafür zu sorgen, dass die Subunternehmer die einschlägigen Gesetze einhalten. Es würde ferner dazu beitragen, die Grauzone der Wirtschaft durch Vorbeugung eines unfairen Wettbewerbs von Seiten der Unternehmen anzugehen, die ihren Arbeitnehmern weniger als den Mindestlohn bezahlen.

**Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich.** – (NL) Laut einer Studie der Dublin Foundation ist die Auslagerung von Arbeit an Subunternehmen eine der effizientesten Möglichkeiten, die Sozialgesetzgebung zu untergraben. Subunternehmer gibt es in diversen Sektoren, von denen der Bausektor am bekanntesten ist. Dieser Bericht fordert die Kommission dazu auf, eine definitive Gesetzgebung zur sozialen Verantwortung bei der Inanspruchnahme von Subunternehmern quer über den gesamten Produktionsprozess anzunehmen.

Allzu häufig schieben Kunden diese Verantwortung auf die Subunternehmer ab, die dann ihrerseits Arbeit auslagern. Als Folge daraus kann die Anwendung des Arbeitsrechts nicht länger kontrolliert werden. Diejenigen, die für einen Subunternehmer arbeiten und sich nahe dem Ende der Produktionskette befinden, tun dies nicht immer unter den besten Arbeitsbedingungen, woraus Verstöße gegen die Grundnormen und eine mangelnde Respektierung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte resultiert. Für Aufsichtsämter des Sozialrechts ist es schwierig, dies zu kontrollieren, da es nicht immer klar ist, wer jeweils die Verantwortung trägt. Dies verleitet Subunternehmer dann dazu, weniger sorgfältig auf die Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge, die Respektierung der gesetzlichen Mindestlöhne und die Einhaltung der gesetzlichen Urlaubszeiten zu achten.

In manchen Mitgliedstaaten ist es für Kunden bereits obligatorisch, die volle soziale Verantwortung für alle ihre Subunternehmer zu tragen. Der Umstand, dass die grenzüberschreitende Natur der Arbeit nun stark zunimmt, macht eine europäische Richtlinie dringend erforderlich. Aus diesem Grund unterstütze ich diesen Bericht voll und ganz.

– **Bericht: Katerina Batzeli (A6-0094/2009)**

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich. – (IT)** Im Januar 2009 stiegen die Lebensmittelpreise in Italien auf mehr als 40 % über dem Durchschnitt der ersten 15 Länder der Europäischen Union, wodurch schwere Verzerrungen der Preise vom Feld bis auf den Teller sichtbar wurden.

Laut den ISTAT-Daten lag im Januar 2009 die tendenzielle Teuerungsrate der Lebensmittelpreise in Italien bei 3,7 %, verglichen mit 2,3 % in Frankreich, 1,9 % in Spanien, 1 % in Deutschland und 2,6 % in der Europäischen Union. Die ISTAT-Analyse zeigte ferner, dass die Hauptunterschiede zwischen Italien und seinen EU-Partnern bei Brot, Pasta und Getreide zu finden waren, die Rohstoffe wie Weizen beinhalteten, dessen Preis weltweit festgelegt wird und nicht je nach Land schwankt. Der Anstieg des Preisunterschieds zwischen Produktion und Konsum bestätigt die Existenz schwerer Verzerrungen der Preise in Italien vom Feld bis auf den Teller.

Die Konsequenzen daraus waren bei einkommensschwachen Familien deutlicher zu spüren, für die Lebensmittel den größten Ausgabeposten darstellen. Kleine und mittelgroße Lebensmittelerzeuger haben ebenfalls stark darunter gelitten. Das durch die Differenz zwischen dem Produktionspreis und dem Verbraucherpreis verursachte Problem hat einen Punkt erreicht, an dem Sofortmaßnahmen von europäischen Institutionen nötig sind.

**Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), schriftlich. – (RO)** Ich habe für den von Frau Batzeli (Griechenland) vorgelegten Bericht gestimmt, da die EU meiner Ansicht nach Erzeugern und Verbrauchern helfen muss.

Aufgrund des Missbrauchs der Marktdominanz großer Einzelhandelsketten sind die von europäischen Verbrauchern gezahlten Preise durchschnittlich fünf Mal höher als die Erzeugerpreise. Landwirte erhalten in der Regel rund 8 % des Endpreises im Einzelhandel.

Wir drängen auf die Einführung einer EU-Politik, die direkte Kontakte zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern erleichtert. Die EU muss den Einsatz neuer Technologien und des Internets fördern, um Verbrauchern detaillierte Informationen über Produkte bereitstellen zu können, während gleichzeitig der Marktzugang für Erzeuger erleichtert wird.

Ferner werden Maßnahmen benötigt, die dem Konzept der „lokalen Produkte“ eine größere Bedeutung zukommen lassen und die traditionellen Lebensmittelmärkte oder andere traditionelle Handelsarten effizienter fördern.

Traditionelle rumänische Produkte müssen auf dem europäischen Markt gefördert werden.

**Ole Christensen, Dan Jørgensen, Poul Nyrup Rasmussen, Christel Schaldemose und Britta Thomsen (PSE), schriftlich. – (DA)** Die dänischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament – Poul Nyrup Rasmussen, Britta Thomsen, Christel Schaldemose, Dan Jørgensen und Ole Christensen – haben für den Bericht über die Lebensmittelpreise in Europa gestimmt. Die Delegation ist der Ansicht, dass die Konzentration der Supermärkte und der mangelnde Wettbewerb dazu führen werden, dass sowohl die Verbraucher als auch die Landwirte in der EU die Verlierer sein werden. Allerdings ist die Delegation mit der Aussage in Absatz 6 des Berichts nicht einverstanden, dass es beklagenswert sei, dass Interventionsmaßnahmen abgebaut würden. Dies ist notwendig, um die europäische Landwirtschaft rentabel zu machen.

**Esther De Lange (PPE-DE), schriftlich. – (NL)** Ich möchte im Namen der niederländischen Delegation der CDA-Fraktion eine Stimmerklärung in Bezug auf den Batzeli-Bericht abgeben. Unserer Auffassung nach zählt dieser Bericht nicht zu den elegantesten. Viele Punkte werden in langen Schachtelsätzen dargelegt oder mehrfach angeführt. Des Weiteren hegen wir gewisse Zweifel im Hinblick auf Forderungen, die zu sehr zu sozialistischen Interventionen tendieren, sowie in Bezug auf ein vollständiges Verbot eines Verkaufs unterhalb der Kostengrenze. Dies mag ein netter Gedanke sein, aber er ist unrealistisch. In der Landwirtschaft betrachten wir dies als wichtigen Punkt. Was das Dumping anbelangt, sollte die zuständige Behörde selbstverständlich Maßnahmen ergreifen.

Trotz dieses Umstands haben wir für den Batzeli-Bericht gestimmt, da er einige wesentliche Elemente beinhaltet, die mit dem alternativen Entschließungsantrag tatsächlich gestrichen werden sollen. Ich beziehe

mich dabei insbesondere auf die Studie der Gewinnmargen der diversen Glieder der Nahrungsmittelproduktionskette sowie auf die Aufforderung an die Europäische Kommission, im Bereich des Wettbewerbs die Macht der Supermärkte zu kontrollieren, wie es das Europäische Parlament bereits mehr als einmal beantragt hat. Wir haben von der Europäischen Kommission erfahren, dass die Studie der Gewinnmargen teilweise auf der Grundlage bestehender Daten durchgeführt werden kann, die der Kommission bekannt sind. Daher nehmen wir an, dass diese Studie keine wesentliche Erhöhung der Verwaltungskosten mit sich bringen wird.

**Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT)** Ich habe für den Bericht über die Lebensmittelpreise in Europa gestimmt, da meiner Ansicht nach politische Maßnahmen erforderlich sind, um den Preisanstieg bei Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen sowie die Diskrepanz zwischen dem vom Erzeuger geforderten und dem vom Verbraucher bezahlten Preis anzugehen. In Europa liegt der vom Endverbraucher bezahlte Preis rund fünf Mal über dem an die Erzeuger bezahlten Preis – eine Situation, die die Haushalte mit niedrigem Einkommen, deren größter Teil des Familienbudgets für Lebensmittel ausgegeben wird, belastet hat.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV)** Wie üblich beinhaltet dieser „um Meinungen bittende“ Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Vorschläge, die das EU-Budget mit Mehrkosten belasten werden.

Wir können die Hauptgedanken des Berichts nicht unterstützen, die unter anderem den ständigen Abbau der Interventionsmaßnahmen der Gemeinschaft im Agrarmarkt bedauern. Noch sind wir für den Vorschlag des Ausschusses, „Marktmanagementmaßnahmen“ durchzuführen.

Der Ausschuss des Europäischen Parlaments für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung muss ferner darauf aufmerksam machen, dass die Preislage in den diversen Mitgliedstaaten unterschiedlich ist. Der Vorschlag des Ausschusses, eine europaweite Datenbank für Bürger einzurichten, die Referenzpreise für Produkte sowie Inputs und Informationen über Energiekosten, Gehälter, Mieten, Zölle und Steuern in ganz Europa enthält, ist unserer Ansicht nach weit von der Realität entfernt. Die Voraussetzungen für Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten sind aus verschiedenen Gründen einfach nicht gegeben.

Des Weiteren halten wir den Vorschlag für eine spezielle Kennzeichnung europäischer Agrarprodukte für fragwürdig. Welches Motiv steckt dahinter? Ein Versuch, mehr Protektionismus durchzusetzen?

Wie üblich betrachtet es die Juni-Liste in dieser Situation als glücklichen Umstand, dass das Europäische Parlament keine Mitentscheidungsbefugnisse in Bezug auf die Agrarpolitik der EU hat. Andernfalls würde die EU in den Protektionismus abgleiten und diversen Gruppen im Agrarbereich mit hohen Subventionen unter die Arme greifen.

Wir haben daher gegen diesen Bericht über die Lebensmittelpreise in Europa gestimmt.

**Astrid Lulling (PPE-DE), schriftlich. – (FR)** Niemand hat einen Einwand gegen die Ziele des Berichts, die Lücke zwischen den Erzeuger- und den Verbraucherpreisen zu schließen. Eine größere Markttransparenz ist nötig, um zu gewährleisten, dass die Erzeuger ausreichend vergütet und die dem Endverbraucher in Rechnung gestellten Preise gerechtfertigt sind.

Leider enthält der vom Ausschuss angenommene Text Vorschläge, die nicht mit der sozialen Marktwirtschaft vereinbar sind. Diese extrem autoritären Vorschläge zur Preiskontrolle, zu Gewinnmargen und Märkten rufen nur zu viele Formeln ins Gedächtnis, die gescheitert sind und unseres Erachtens definitiv Geschichte sind.

Ich bedaure, dass sich der Bericht ausschließlich auf Vertriebsgesellschaften bezieht und nicht die gesamte Produktionskette berücksichtigt. Häufig sind es große Verarbeitungsunternehmen, die Erzeugnisse von den Landwirten aufkaufen und ihre dominante Marktstellung missbrauchen, um die Produkte zu Wucherpreisen an die Vertriebsgesellschaften weiterverkaufen.

Des Weiteren würde die Einrichtung von europäischen Datenbanken über alle Arten von Kosten und Margen, wie dies im Bericht vorgeschlagen wird, zu erheblichen Verwaltungskosten bei Unternehmen führen, die in die Einzelhandelspreise einfließen würden.

Um dem vorzubeugen, habe ich einen alternativen Entschließungsantrag eingereicht, den 40 Abgeordnete unterzeichnet haben, um ihre Unterstützung zu signalisieren.

**Alexandru Nazare (PPE-DE), schriftlich. – (RO)** Eine Verordnung auf EU-Ebene zum Problem unfairer Praktiken großer Einzelhandelsketten gegenüber den Erzeugern ist für Rumänien äußerst wichtig. Selbst hier sind die Missbräuche von Seiten der Supermarktketten sowohl für Erzeuger als auch für Konsumenten ein Problem. Neben dem Anstieg der „verdeckten Kosten“, die bei Produkten zwangsläufig entstanden und von den Erzeugern getragen werden, verbieten es die Supermärkte den Erzeugern, ihre Produkte in anderen Geschäften zu niedrigeren Preisen anzubieten. Infolge all dieser Regelungen werden die Produkte um bis zu 30 % teurer. Letztendlich ist es der Verbraucher, der den übermäßigen Produktpreis zahlen muss.

Die von Frau Batzeli in ihrem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, den von den Supermärkten ausgeübten Druck abzumildern und eine direkte Beziehung zwischen Verbrauchern und Erzeugern zu fördern. Darum habe ich für dessen Annahme gestimmt.

Die im Bericht vorgeschlagene Untersuchung betreffend der Verteilung der Gewinnmargen wird es uns ermöglichen, einige Schlussfolgerungen über die richtigen Maßnahmen zu ziehen, um Preistransparenz in der Erzeuger-Verarbeiter-Einzelhändler-Kette zu gewährleisten und missbräuchliche Praktiken unter Strafe zu stellen.

Die Preisverhandlungen zwischen Zulieferern und Einzelhändlern müssen die Verwendung unterschiedlicher Preise auf Einzelfallbasis ermöglichen und tragen somit dazu bei, für ein gesundes Wettbewerbsumfeld zu sorgen.

**Athanasios Pafilis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL)** Der Bericht enthält wiederholt bekannte Erkenntnisse in Bezug auf die Monopole, die sich in der Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung herausgebildet haben. Allerdings geht nicht daraus hervor, dass wir diese Situation aufgrund einer bewussten Wahl der EU und der Regierungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der Lissabon-Strategie und der GAP haben.

Die Liberalisierung der Märkte, die Anreize für Fusionen und Übernahmen und das Streben nach Profiten und Wettbewerb in der Lebensmittelbranche haben zur Souveränität der multinationalen Konzerne, zu höheren Verbraucherpreisen, niedrigeren Erzeugerpreisen und höheren Kapitalrenditen geführt.

Die GAP leistete einen entscheidenden Beitrag hin zu dieser Entwicklung, indem garantierte Mindestpreise abgeschafft und Landwirte mit kleinen und mittelgroßen Beteiligungen an die WTO verkauft wurden, sodass die multinationalen Konzerne Rohstoffe zu Schleuderpreisen erwerben konnten. Des Weiteren wurden die Genossenschaften verfolgt oder verkleinert, und trotzdem unterstützen gewisse Parteien mit heuchlerischen Aussagen die europäische Einbahnstraße.

Ein Beispiel hierfür ist die Milchproduktion in Griechenland. Dort hat das Milchkartell die Erzeugerpreise nach unten gedrückt und die Verbraucherpreise extrem hoch gehalten, sodass enorme Gewinne eingestrichen werden konnten. Heute fördert es den Verzehr von Produkten mit etwas weniger Nährwert, wodurch mehrere Tausend Viehbauern, die nicht in der Lage sind, ihre Produkte in einem Land zu vermarkten, das 50 % seines Eigenbedarfs produziert, allein gelassen werden.

Für den Kampf um billige und sichere Lebensmittel und um das Überleben verarmter Landwirte bedarf es eines starken Bündnisses aus Arbeitnehmern, Landwirten und Selbständigen sowie einer Macht und Wirtschaft von unten.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich. – (IT)** Der Anstieg der Lebensmittelpreise in Europa ist für alle deutlich sichtbar. Es ist ein furchtbares Problem, das umgehende Maßnahmen von Seiten der Europäischen Union erfordert. Daher habe ich für den Bericht von Frau Batzeli gestimmt, der das Thema meiner Ansicht nach umfassend behandelt und äußerst nützliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems vorgeschlagen hat.

Es ist unabdingbar, dass wir Schritte unternehmen, um die derzeitige Lücke zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen zu verengen, die durch den ungesunden Preisübertragungsmechanismus verursacht wurde, der Spekulationen auf Lebensmittel und eine größere Beteiligung von Vermittlern beinhaltet. Ich bin mit der Berichterstatteerin darin einig, dass die wachsende Konzentration der Vermarktung und des Vertriebs von Lebensmitteln erheblich zum Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zu den Erzeugerpreisen beigetragen hat.

Es werden dringend Maßnahmen wie die von Frau Batzeli vorgeschlagenen benötigt, um eine größere Transparenz der Preisstruktur und der Gewinnmargen zu erreichen. Dies könnten koordinierte Maßnahmen nationaler Kartellämter sein, mit denen der Markt und die Preistrends für Lebensmittel in Europa besser reguliert werden und die Verbraucher dazu ermutigt werden, lokal hergestellte Produkte zu kaufen, was per

Definition dazu beiträgt, die Vertriebskette zu verkürzen und die traditionellen Lebensmittelmärkte zu unterstützen, die derzeit in ernststen Schwierigkeiten stecken.

– **Bericht: Margrete Auken (A6-0082/2009)**

**Michael Cashman (PSE), schriftlich.** – Ich habe mich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen Fraktion entschieden, den ursprünglichen Bericht zu unterstützen, der die zufriedenstellendste Reaktion auf die vielen Hundert von europäischen Bürgern eingereichten Beschwerden bietet, die Opfer der rasanten Urbanisierung, der übermäßigen Bautätigkeit und der Zerstörung der Küstenregionen in Spanien wurden.

Der vorgelegte alternative Entschließungsantrag änderte den Bericht in wesentlichen Punkten und wich von der konsequenten Linie ab, die wir seit nunmehr fünf Jahren vertreten.

**Derek Roland Clark (IND/DEM), schriftlich.** – Der Bericht ist reine Kosmetik, um vor den Europawahlen falsche Hoffnungen mehrerer Hundert Petenten aufrechtzuerhalten. Es wird behauptet, man sei in der Lage, Maßnahmen zu ergreifen, für die – nach Aussagen des Rechtsausschusses – die EU keine Kompetenz hat. Das heißt, dass selbst die Drohung im Auken-Bericht, den nächsten EU-Haushalt abzulehnen, wenn die in ihm enthaltenen Forderungen nicht erfüllt werden, denjenigen nicht helfen könnte, die Immobilien in Spanien gekauft haben und danach Opfer von Enteignungen wurden. Die UKIP möchte sich nicht an dieser Hochstapelei beteiligen.

**Richard Corbett (PSE), schriftlich.** – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, der auf eine enorme Anzahl von Beschwerden von Opfern und betroffenen Bürgern in ganz Europa an das Parlament eingeht. Dieser Bericht zeigt, dass die massive Urbanisierung in diversen Regionen Spaniens in einer Weise durchgeführt wurde, die gegen Eigentumsrechte verstößt, umweltschädlich ist, die Wasserversorgung und -qualität beeinträchtigt und häufig die Opfer aller Rechtsmittel auf Entschädigung beraubt, nachdem sie die Ersparnisse ihres ganzen Lebens verloren haben.

Ich hoffe, dass dieser Bericht vielen meiner Wähler und betroffenen Bürgern aus ganz Europa in ihrem Kampf um Gerechtigkeit helfen wird.

**Avril Doyle (PPE-DE), schriftlich.** – Aufgrund eines Interessenkonflikts habe ich mich aller Stimmen enthalten.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich.** – (SV) Wir verstehen, dass es möglicherweise im spanischen Bausektor größere Probleme gibt und dass es der Fall sein kann, dass ahnungslose Bürger Immobilien in gutem Glauben kaufen, die, wie sich später herausstellt, vom Bauträger nach dem geltenden Recht nicht hätten gebaut werden dürfen. Allerdings sind dies Probleme, die innerhalb des Rechtsrahmens des Mitgliedstaates gelöst werden können und sollten. Wenn alle inländischen Mittel gemäß Artikel 35 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten erschöpft sind, können sich die Bürger an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wenden.

Es gibt keinen Grund dafür, Gesetze auf EU-Ebene zur Lösung dieser Probleme zu erlassen oder das Europäische Parlament in diese Sache hineinzuziehen. Des Weiteren möchten wir auch die diversen alternativen Entschließungsanträge nicht unterstützen, die von spanischen Abgeordneten vorgelegt wurden, die die Angelegenheit durch Themen der spanischen Inlandspolitik komplizieren.

**Fiona Hall (ALDE), schriftlich.** – Ich reiche eine Stimmerklärung zum Auken-Bericht ein, mit der ich drei meiner Wähler unterstütze, die sich mit der Bitte um Hilfe an mich gewendet haben. In jedem dieser drei Fälle haben die Wähler ihre gesamten Ersparnisse ihres Lebens in den Kauf eines Hauses und Grundstücks in Valencia investiert. In jedem der Fälle wurden zum Kaufzeitpunkt die geltenden Rechtsverfahren eingehalten. Dennoch hatten die Wähler in jedem der Fälle nachfolgend unter illegalen Grundstücksenteignungsforderungen der Behörden in Valencia gelitten.

Dies sind nur drei von vielen Tausend Fällen, in denen europäische Bürger mit Immobilienbesitz in Spanien Ungerechtigkeit erfahren. Ich bitte die Kommission, schnell und entschlossen gemäß den Empfehlungen des Auken-Berichts zu handeln.

**Mikel Irujo Amezaga (Verts/ALE), schriftlich.** – (ES) Ich habe für den Auken-Bericht gestimmt, da er die rücksichtslose Stadtplanung des spanischen Staats kritisiert und den Missbrauch von kommunalen Mitteln in Planungs- und Umweltangelegenheiten betont.

Ich möchte ferner die Unfähigkeit der spanischen Abgeordneten der Volkspartei (PP) und der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) hervorheben. Sie waren nicht in der Lage, eine Einigung zur Vorlage eines alternativen Entschließungsantrags zu treffen, der die von ihnen benötigte Mehrheit erreichen würde. Daher wurden beide am Ende abgelehnt. Sie haben wieder einmal recht deutlich gemacht, dass ihre Ablehnung des baskischen Nationalismus das einzige Thema ist, in dem sie sich einig sind. Die Arbeiterpartei und die PP versuchten, ihre Kollegen unter Druck zu setzen, um für ihre jeweiligen Entschließungen abzustimmen, die die Kritiken der Berichterstatterin erheblich abmilderten.

Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, dass die spanische Regierung an Praktiken beteiligt ist, die systematisch mit der Misshandlung ihrer Bürger, der Zerstörung der Umwelt und Korruption in großem Stil verbunden ist. Ich bin der Ansicht, dass die betreffenden Befugnisse umgehend auf das Baskenland übertragen werden sollten.

**David Martin (PSE), schriftlich.** – Mehrere Tausend europäische Bürger sind nach wie vor Opfer eines Systems massiver Urbanisation, was in einer enormen Zahl von Beschwerden zum Ausdruck kommt, in denen der Missbrauch der legitimen Rechte europäischer Bürger an ihrem Eigentum und ihrer Umwelt angeprangert werden. Das Problem ist durch öffentliche Auftragsvergaben mit nicht ausreichender Kontrolle der Urbanisierungsverfahren durch lokale und regionale Behörden verursacht worden. Der angenommene Entschließungsantrag sollte allmählich konkrete Lösungen für Menschen voranbringen, die in den betroffenen Gebieten in Spanien leben.

**Willy Meyer Pleite (GUE/NGL), schriftlich.** – (ES) Ich war von Beginn an bis zur Formulierung des Auken-Berichts dabei, der die Unterstützung der Menschen sowohl in Spanien als auch in Europa erhalten hat und habe deshalb seinen Inhalt mit voller Überzeugung verteidigt. Ich unterstütze diesen Bericht voll und ganz, da er unumwunden die Beteiligung aller spanischen Verwaltungen, angefangen von der Zentralregierung über die autonomen Regionalregierungen bis hin zu den lokalen Behörden an der Entwicklung eines Wirtschaftsmodells offenlegt, das auf Bauspekulationen basiert, was für die Umwelt und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Spanien katastrophale Auswirkungen hatte.

Dieser Bericht, der dem Druck seitens der PP (Volkspartei) und der PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) standgehalten hat, zeigt die Nachsicht politischer und gerichtlicher Entschlüsse bezüglich dieses Themas, die zu Straflosigkeit innerhalb der Behörden geführt hat. Er enthält auch die Erklärung eines Moratoriums für Entwicklungspläne, die nicht den Kriterien für Umweltverträglichkeit und soziale Verantwortung entsprechen, damit Unregelmäßigkeiten untersucht werden können und eine Politik der *Faits accomplis* vermieden werden kann.

Außerdem fordert der Bericht, dass die spanische Regierung eine Arbeitsgruppe einsetzt, an der alle Verwaltungen beteiligt sind. Er ruft zu einer öffentlichen Aussprache bezüglich der städtebaulichen Planung in Spanien aus, wodurch die Annahme legislativer Maßnahmen gegen Spekulation und eine nicht nachhaltige Entwicklung ermöglicht sowie der in autonomen Regionen wie Aragón und Valencia ausgeübten Gesetzgebung *à la carte* ein Ende gesetzt werden soll.

**Bogusław Rogalski (UEN), schriftlich.** – (PL) Ich habe für den Auken-Bericht über die Auswirkungen der ungezügelter Bautätigkeit in Spanien auf die individuellen Rechte von europäischen Bürgern, auf die Umwelt und auf die Anwendung des EU-Rechts (auf der Grundlage eingegangener Petitionen) gestimmt.

Es gibt sehr viele Indizien dafür, dass in den Küstengebieten eine übermäßige Bautätigkeit stattfindet. Die Verantwortung hierfür liegt bei den zentralen, autonomen und lokalen Behörden. Diese haben ein nicht nachhaltiges Entwicklungsmodell auf den Weg gebracht, das schwerwiegende ökologische, soziale und wirtschaftliche Folgen hat. Dadurch wurden der biologischen Vielfalt und ökologischen Unversehrtheit vieler spanischer Regionen irreparable Schäden zugefügt. Die Verfahren in Zusammenhang mit solchen Beschuldigungen sind langwierig und die ergangenen Urteile für die Opfer nicht zufriedenstellend. Dies hat zu Vorbehalten gegen das spanische Rechtssystem geführt.

Es muss auch betont werden, dass Tausende europäischer Bürger, die unter unterschiedlichen Umständen Immobilieneigentum in Spanien erworben haben, Opfer der mit der Bautätigkeit verbundenen Verstöße geworden sind. Diese Verstöße wurden von lokalen Behörden begangen; als Folge droht jetzt jedoch den Eigenheimen der Abriss.

In Zusammenhang mit diesen Tatsachen sollte die spanische Regierung dazu aufgerufen werden, eine gründliche Überprüfung der Rechtsvorschriften vorzunehmen, die die Rechte einzelner Immobilieneigentümer

infolge massiver Bautätigkeit betreffen, um so der Missachtung der im EG-Vertrag verankerten Rechte und Verpflichtungen ein Ende zu setzen.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich möchte der Berichterstatterin zu ihrer Arbeit gratulieren und sagen, dass ich ihren Bericht über die Auswirkungen der ungezügelter Bautätigkeit in Spanien auf die individuellen Rechte von europäischen Bürgern, auf die Umwelt und auf die Anwendung des EU-Rechts begrüße. Diese Auswirkungen waren sehr negativ, wie es die zahlreichen Petitionen von Anwohnern dieses Gebiets belegen.

Ich denke, dass der Petitionsausschuss in diesem Fall dem Ersuchen der Bürger, die über die Zerstörung der Naturlandschaft, die Missachtung von Vertrags- und Umweltschutzbestimmungen und die massive Bautätigkeit besorgt sind, gebührend Rechnung getragen hat. Die von diesem Ausschuss nach den Informationsreisen in diesem Gebiet erbrachten Beweise haben die durch die Bauindustrie verursachte Rechtsverletzung und die Notwendigkeit der Verteidigung der in den Verträgen verankerten Rechte spanischer Bürger deutlich gemacht.

Aus diesem Grund unterstütze ich den vorliegenden Bericht. Er befindet sich in vollständigem Einklang mit dem Grundsatz der Subsidiarität, und ich hoffe, dass die lokalen Behörden in Spanien die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, ohne dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten muss.

**Søren Bo Søndergaard und Eva-Britt Svensson (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – Wir haben – dem Ersuchen der Beschwerdeführer folgend – für den Bericht gestimmt. Wir sind jedoch der Meinung, dass die zuständigen spanischen Behörden, der Europäische Gerichtshof und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sich mit dieser angeblichen Verletzung des spanischen Rechts, EU-Rechts und Völkerrechts befassen und sie klären sollten.

**Catherine Stihler (PSE)**, *schriftlich*. – Ich freue mich darüber, dass das Parlament für diesen Bericht gestimmt hat. Viele Schotten sind von der spanischen Landnahme betroffen und verlieren das Zuhause, für das viele von ihnen ein Leben lang gespart haben. Die spanische Regierung muss alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um den betroffenen Personen zu ihrem Recht zu verhelfen. Viele von ihnen wurden getäuscht und in Bezug auf das Erworben belogen, und es muss daher einen Rechtsbehelf für die Situation geben.

**Diana Wallis (ALDE)**, *schriftlich*. – Wir haben für den Bericht über die Bautätigkeit in Spanien gestimmt, da er das Ergebnis der mehrjährigen, ausführlichen Arbeit des Petitionsausschusses (einschließlich Informationsreisen und Diskussionen mit allen interessierten Kreisen) widerspiegelt, auf Hunderte von Petitionen von mehreren Tausend Unterzeichnern zu antworten. Er wurde von einer parteiübergreifenden Mehrheit im Ausschuss angenommen. Als gewählte Abgeordnete haben wir die Pflicht sicherzustellen, dass die von uns zur Nutzung ihres Rechts auf Freizügigkeit ermutigten europäischen Bürger dann keinen willkürlichen oder ungerechtfertigten Einschränkungen im Aufnahmestaat ausgesetzt werden.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die aus den Verträgen hervorgehende Hauptverantwortung für die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts bei der Kommission liegt. Uns ist auch klar, dass die Verträge explizit jegliche Auswirkungen auf die nationale Eigentumsordnung ausschließen. Wir sind jedoch auch der Meinung, dass der Petitionsausschuss des Parlaments – als „Augen und Ohren“ der Institutionen – jegliche systematische, sich auf die Freizügigkeit von Tausenden unserer Bürger auswirkende Probleme hervorheben sollte, die durch den Petitionsprozess ans Licht gebracht werden.

Zudem scheinen unserer Meinung nach Verletzungen des Gemeinschaftsrechts, insbesondere des Umweltrechts und der Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge, ein strittiger Punkt zu sein.

**Thomas Wise (NI)**, *schriftlich*. – Als leidenschaftlicher Gegner der EU und deren fortwährender Einmischung in unser Leben habe ich durchweg gegen die meisten Berichte gestimmt, über die ich abstimmen sollte. Die Vorlage eines Berichts, der bloß einen anderen Ansatz verlangt, ist unvermeidbar. Ich denke, dass es sich bei dem Auken-Bericht um einen solchen Bericht handelt. Es sind viele Auswanderer an mich herangetreten, die alles Erdenkliche unternommen hatten, um sich in Spanien ein eigenes, legales und nachhaltiges Leben aufzubauen. Dass sie zu Opfern kollidierender Bürokratien wurden, ist jetzt Vergangenheit, und dieser Bericht wird hoffentlich eine geeignete Lösung durchsetzen.

Mein Vorgehen in diesem Fall impliziert nicht, dass ich meine Einstellung gegenüber der EU und deren Struktur entschärft habe, die undurchdringlich, inflexibel und nicht der Rechenschaftspflicht unterworfen



ist. Wenn jedoch untergeordnete Bürokratien ihre selbst geschaffenen Probleme nicht lösen, muss eine Lösung gefunden werden.

Ich hoffe, dass die unzähligen, von den verschiedenen spanischen Behörden geschaffenen Probleme angegangen und umgehend im besten Interesse der Bürger meines Wahlkreises gelöst werden.

Ich befürchte, dass eine solche Intervention nicht die Lösung sein wird. In „EU-Land“ ist das einzige beständige Gesetz das der unbeabsichtigten Folgen.

**- Bericht: Francisco José Millán Mon (A6-0114/2009)**

**Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich. – (IT)** Ich habe dafür gestimmt. Ich betrachte die Wahl von Obama als eine wichtige Gelegenheit für eine Politik der weltweiten Verpflichtung – ein Wendepunkt in der Geschichte sowohl der USA als auch der gesamten Welt.

Für die Zukunft sollte eine neue Politik der weltweiten Verpflichtung verfolgt werden, in der die EU ihre Schlüsselrolle spielt. Wir haben jetzt angesichts der bevorstehenden Europawahl die Gelegenheit, die weltweite Verpflichtung durch erneuerte Institutionen zu erneuern.

Der Sieg des demokratischen Kandidaten beweist zudem die außerordentliche Fähigkeit zur Erneuerung, die sich bereits in vielen schwierigen Zeiten der Geschichte der USA gezeigt hat. Die neue Führung der USA könnte zu einer verbesserten gemeinsamen Politik der EU und USA führen, bei der beide Seiten in einer effektiven Partnerschaft an vielen weltweiten Themen zusammenarbeiten, mit denen sich die Führungskräfte beider Kontinente befassen müssen. Dazu zählen unter anderem der Klimawandel, weltweite Herausforderungen, regionale Fragen, die Verteidigung, der wirtschaftliche Bereich und der Handel. Wir müssen diese Probleme gemeinsam angehen – mit Entschlossenheit und Kreativität. Obama verkörpert das Positive und Beeindruckende an den USA sowie die heutige komplexe und globalisierte Welt, in der der Wandel beständig ist.

Die transatlantische Beziehung bleibt essenziell. Ich vertraue in die Rolle, die die USA in diesem Zusammenhang weiterhin unter der Führung des gewählten Präsidenten Obama spielen werden.

**Koenraad Dillen (NI), schriftlich. – (NL)** Dieser umfangreiche Bericht befürwortet zu Recht eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Themen wie der Nahe Osten, Pakistan, Afghanistan, Russland, die Verteidigung, die Sicherheit sowie Wirtschaft und Handel werden ausführlich diskutiert.

Es ist jedoch inakzeptabel, dass der Berichterstatter fest vom Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ausgeht, wenn doch deutlich geworden ist, dass die Mehrheit der Bürger mit der Europäischen Verfassung oder einer Kopie davon nichts zu tun haben möchte. Es ist gut, wenn der Berichterstatter sich der Palästinafrage widmet. Aber warum wird dann das Recht Israels auf Sicherheit nicht erwähnt? Aufgrund dieser Parteilichkeit habe ich gegen den Bericht gestimmt.

**Mieczysław Edmund Janowski (UEN), schriftlich. – (PL)** Der Mon-Bericht bringt das Thema der transatlantischen Beziehungen nach den Präsidentschaftswahlen in den USA zur Sprache. Ich habe den Bericht gebilligt, weil ich denke, dass heutzutage eine enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union in nahezu allen Bereichen essenziell ist: Politik, Verteidigung, Wirtschaft, Energie, Umwelt, Kultur, Wissenschaft usw.

Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass das Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zusammen genommen mehr als 50 % des weltweiten BIP ausmachen. Die Neue Transatlantische Agenda, die seit 1995 in Kraft ist, sollte durch ein Rahmenabkommen für die transatlantische Partnerschaft ersetzt werden, das systematisch aktualisiert wird. Die USA und die EU sind notgedrungen in Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der Weltsicherheit und -ordnung eingebunden. Natürlich erfordert dies die Zusammenarbeit mit anderen Ländern, insbesondere China, Indien und Russland.

Ich halte auch die Anmerkungen in Bezug auf die Notwendigkeit der Reform der Vereinten Nationen für richtig, einschließlich der Notwendigkeit, die Arbeit des Sicherheitsrats zu reformieren. Die transatlantische Zusammenarbeit darf nicht die Rolle der NATO ignorieren. Das Wichtigste sollte für uns heute ein schnelles und effektives Vorgehen sein, um der sich verstärkenden Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Ich möchte außerdem hinzufügen, dass wir in diesen Beziehungen auch einen Platz für Kanada, Mexiko und Südamerika vorsehen sollten.

Wir sollten hoffen, dass die Worte des aktuellen Präsidenten der USA, Barack Obama, nämlich dass Amerika keinen besseren Partner als Europa habe, sich in der täglichen Realität bestätigen. Dies ist unerlässlich, wenn wir den Herausforderungen unserer Zivilisation gewachsen sein wollen.

**Athanasios Pafilis (GUE/NGL), schriftlich.** – (EL) Die mit der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika verknüpften großen Erwartungen des Europäischen Parlaments sind eigentlich nur für die Imperialisten von Wichtigkeit, die sich – aus gutem Grund – erhoffen, dass jetzt stärker in ihrem Interesse gehandelt wird. Die Menschen sollten sich nicht der Illusion hingeben, dass es einen Politikwechsel zu ihrem Vorteil geben wird. Zudem lassen die Erklärungen und Äußerungen des neuen US-Präsidenten selbst keinen Raum für Zweifel.

Der Bericht ruft zu einer engeren und tieferen Zusammenarbeit zwischen der EU, den USA und der NATO nach der besagten Wahl auf. Er schlägt somit die Einsetzung eines Organs zur noch stärkeren Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik der zwei imperialistischen Zentren (EU und USA) vor.

In einer Zeit, in der als Folge der kapitalistischen Finanzkrise Wettbewerb und Antagonismus zwischen ihnen eskalieren, sind europäische und amerikanische Imperialisten gleichzeitig darum bemüht, ihre Zusammenarbeit zu koordinieren, um gegen die Basisopposition vorzugehen. Dies ist das Ziel, das hinter dem Aufruf zum gemeinsamen und effektiven Vorgehen steckt, um „globale Herausforderungen“, „Verteidigungs- und Sicherheitsfragen“ und „regionale Fragen“ zu lösen. Die in dem Bericht ausgedrückte Bereitschaft zur Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der EU ist ein typisches Beispiel hierfür.

Die Menschen müssen eine eigene gemeinsame Front gegen den vereinten Angriff seitens der EU, der USA und der NATO auf sie bilden und die imperialistische Ordnung stürzen.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich habe gegen den Bericht von Herrn Millán Mon über den Stand der transatlantischen Beziehungen nach den Wahlen in den USA gestimmt, weil es meiner Meinung nach nicht richtig ist, dass die Europäische Union mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und den entsprechenden außenpolitischen Instrumenten eine noch stärkere und kohärentere Rolle auf internationaler geopolitischer Ebene einnimmt. Darüber hinaus bin ich mit der Rolle der transatlantischen Partnerschaft und der NATO im Bereich der kollektiven Sicherheit nicht einverstanden.

**Geoffrey Van Orden (PPE-DE), schriftlich.** – Ich messe der transatlantischen Beziehung enorme Wichtigkeit bei und habe mich stets für die Revitalisierung und Stärkung der NATO ausgesprochen. Entgegen dem Hauptanliegen dieses Berichts bin ich jedoch nicht der Meinung, dass dies bedeuten sollte, dass die starken Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den einzelnen Mitgliedstaaten (insbesondere Großbritannien) durch eine „EU-US-Beziehung“ ersetzt werden. Die Verweise auf den von unseren Völkern unerwünschten Vertrag von Lissabon und der Vorschlag, dass der putative Vizepräsident der Kommission/Hohe Vertreter einen neuen „Transatlantischen Politischen Rat“ mitleiten sollte, sind Beispiele hierfür. Außerdem habe ich besondere Einwände gegen Aspekte des Berichts, bei denen es um die EU-Verteidigung geht. Der Bericht begrüßt eine „bessere europäische Verteidigungsfähigkeit“ und befürwortet explizit die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, gegen die es stets einen heftigen Widerstand seitens der Konservativen gegeben hat.

Aus diesem Grund habe ich mich bei diesem Bericht der Stimme enthalten.

#### - Turkmenistan (B6-0150/2009)

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich.** – (IT) Ich ziehe es vor, mich bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag zu einem Handelsabkommen zwischen der EG und Turkmenistan der Stimme zu enthalten. Während ich die Wichtigkeit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen für die Öffnung der turkmenischen Gesellschaft anerkenne, habe ich jedoch Zweifel, ob ein Interimsabkommen die für beide Seiten beste Lösung darstellt.

#### - Bericht: Daniel Caspary (A6-0085/2006)

**Philip Claeys (NI), schriftlich.** – (NL) Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt, da sie meiner Meinung nach bedeuten würde, dass das Parlament seine eigene Glaubwürdigkeit unterminiert. Dieses Haus gibt immer rhetorische Erklärungen zu Menschenrechten ab und betont, dass Menschenrechte das wichtigste Ziel der Außenpolitik sind. Dennoch wird es ein Abkommen mit einem Land unterzeichnen, dass gerade diese Menschenrechte in hohem Maße verletzt. Einem solchen Vorgehen liegt immer der Glaube zugrunde, dass durch die bloße Tatsache der Unterzeichnung eines Abkommens die Menschenrechtssituation in dem

betroffenen Land verbessert wird. Genau dasselbe hören wir auch von den Befürwortern des Beitritts der Türkei: Ja, es werden Menschenrechte verletzt, und Folter ist weit verbreitet. Wenn die Türkei jedoch erst einmal der EU beigetreten ist, wird dies alles der Vergangenheit angehören. Die Fakten belegen jedoch das Gegenteil.

**Luca Romagnoli (NI)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe beschlossen, mich bei der Abstimmung über den Bericht von Herrn Caspary über das Interimshandelsabkommen mit Turkmenistan der Stimme zu enthalten. Ich kann nur bestimmte Punkte des Vorschlags gutheißen, nicht das Dokument als Ganzes. Aus diesem Grund stimme ich nicht dagegen, sondern enthalte mich der Stimme.

**- Bericht: Stavros Lambrinidis (A6-0103/2009)**

**Alessandro Battilocchio (PSE)**, *schriftlich*. – (IT) Ich habe dafür gestimmt. In der heutigen Zeit bildet das Internet die Grundlage für unsere persönlichen und institutionellen Beziehungen. Unsere persönlichen Daten sind jetzt im Besitz von vielen Unternehmen, die unsere privaten Daten häufig ohne entsprechende Genehmigung verwenden. Aus diesen Gründen besteht kein Zweifel daran, dass wir das Grundrecht auf Privatsphäre im Internet schützen müssen.

Das Internet kann auch als wichtige Unterstützung für andere Grundrechte dienen, beispielsweise für das Recht auf Redefreiheit, politische Handlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit. Es ermöglicht jedoch auch eine Reihe krimineller Aktivitäten. Ein Beispiel für die Nutzung des Webs für perverse Zwecke ist die zunehmende Kinderpornografie, die jetzt das Internet überflutet und für deren Bekämpfung wir eine Verantwortung tragen.

Es ist daher notwendig, konkrete Schritte zum Schutz und der Förderung der Grundfreiheiten von Internetnutzern zu unternehmen. Unser Vorgehen muss auf Privatsphäre und Sicherheit basieren – mit stetigem Augenmerk auf das Grundrecht auf Bildung und Zugriff auf Informationssysteme.

**Carlos Coelho (PPE-DE)**, *schriftlich*. – (PT) Das Internet stellt einen großen technologischen Fortschritt dar und ermöglicht die Verbindung zwischen Nutzern, den Aufbau persönlicher, beruflicher und bildungsbasierter Beziehungen, die Verbreitung von Wissen sowie die Förderung und Stärkung von Kultur.

Die Internetkriminalität hat jedoch stark zugenommen, und das Internet ist ein bevorzugtes Werkzeug krimineller Netzwerke geworden, da es leicht zugänglich, günstig und sehr mächtig ist. Im letzten Jahr haben die Fälle von Kindesmissbrauch im Internet um 16 % zugenommen. In den meisten Fällen gab es keine wirksamen Strafen bzw. die Kriminellen konnten nicht einmal gefunden werden. Was den Terrorismus betrifft, so gibt es bereits 5 000 Internetseiten mit terroristischer Propaganda, die ein Mittel zur Radikalisierung und Anwerbung darstellen sowie als Quelle von Informationen zu terroristischen Methoden und Ressourcen dienen.

Ich erkenne die dringende Notwendigkeit an, Lösungen zu finden und geeignete Rechtsinstrumente zur Bekämpfung von Kriminalität zu entwickeln, ohne dass dies zu einer exzessiven und unsinnigen Kontrolle durch Zensur und zur geheimen Überwachung des Internetdatenverkehrs führt.

**Koenraad Dillen (NI)**, *schriftlich*. – (NL) Dies ist eine gute EntschlieÙung mit einem vorsichtigen Mittelweg zwischen Rechten und Pflichten und stellt einen mutigen Appell gegen Zensur dar. In den letzten Jahren wurden in der Tat viele Versuche im Namen der politischen Korrektheit unternommen, um sogar das Internet der Zensur zu unterwerfen und dadurch kontroverse Gedanken nicht nur aus den Printmedien, sondern auch aus dem World Wide Web zu entfernen. In der Tat war das Web lange Zeit den Untersuchungsbeamten ein Dorn im Auge, die die Medien kontrollieren und gern jegliche Kritik an der multikulturellen Gesellschaft verbieten möchten, beispielsweise mittels „Rechtsvorschriften gegen Rassismus“.

Die Freiheit des Internets ist die beste Garantie für freie Meinungsäußerung.

**Edite Estrela (PSE)**, *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Lambrinidis-Bericht über die Stärkung der Sicherheit und der Grundfreiheiten im Internet gestimmt, da ich es für äußerst wichtig halte, dass die Europäische Union Schritte unternimmt, um die Grundfreiheiten von Internetnutzern mit dem Kampf gegen Cyberkriminalität in Einklang zu bringen, damit Bürger – vor allem Kinder – geschützt werden. Als Folge dessen ist es unbedingt erforderlich, die Rechtsvorschriften zum Datenschutz, zur Sicherheit und zur freien Meinungsäußerung auszubauen.

**Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM)**, *schriftlich*. – (SV) Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf ein Privatleben sind absolute Rechte, die unter keinen Umständen unterminiert werden

dürfen. Natürlich sind wir der Meinung, dass diese Rechte auch für das Internet gelten, damit das Recht des Einzelnen auf freie Meinungsäußerung gewährleistet wird.

Wir sind auch der Meinung, dass die Möglichkeit des Entfernens persönlicher Daten aus Datenbanken und von Websites selbstverständlich sein sollte und möchten Unternehmen dringend dazu auffordern, zu gewährleisten, dass jeder selbst über die Löschung seiner persönlichen Daten aus Datenbanken bestimmen kann. Wir glauben jedoch, dass das Fehlen einer solchen Gewährleistung in erster Linie ein internationales Problem ist und daher am besten durch internationale Regeln und Übereinkommen gelöst werden sollte.

Die Juni-Liste befürwortet die Gewährleistung der Sicherheit und der Grundfreiheiten im Internet sehr; wir sind jedoch gegen einige Formulierungen in dem Bericht. Beispielsweise wird im Bericht der Wunsch ausgedrückt, die Annahme der Richtlinie über strafrechtliche Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums zum Ziel hat. Wir sind stark dagegen, da wir keine Harmonisierung des europäischen Strafrechts möchten. Der Berichterstatter versucht außerdem, das Recht auf Internet mit dem Recht auf Zugang zu Schulbildung zu vergleichen. Wir sind der Meinung, dass dies eine anmaßende Aussage ist, da das Recht und die Chance auf Schulbesuch in vielen EU-Mitgliedstaaten noch lange nicht geklärt sind.

Die guten Absichten des Berichts gleichen jedoch seine negativen Aspekte aus, sodass wir beschlossen haben, für den Bericht zu stimmen.

**Genowefa Grabowska (PSE), schriftlich.** – (PL) Ich stehe voll und ganz hinter dem Lambrinidis-Bericht über die Sicherheit und die Grundfreiheiten im Internet. Ich denke, dass dies sehr wichtig und notwendig ist, da unsere Präsenz im globalen Web fast universell ist. Kurz gesagt: Das Internet ist Teil unseres täglichen Lebens geworden.

Wir können uns keine bessere Informationsquelle vorstellen, ob wir nun ein Buch schreiben oder ein kompliziertes Gericht zubereiten möchten und nach einem interessanten Rezept suchen. Wir sind uns jedoch nicht immer dessen bewusst, dass unsere Präsenz im Internet Spuren hinterlässt, die gegen uns verwendet werden können, beispielsweise durch Personen, die im Bereich des Marketings tätig sind, Geheimdienste und sogar Identitätsdiebe.

Das Internet kann aber auch ein praktisches Kommunikationsinstrument für Kriminelle und Terroristen darstellen. Aus diesem Grund ist es sehr schwierig, vernünftige Rechtsvorschriften auszuarbeiten, die es in einer ausgewogenen und effektiven Weise ermöglichen, alle Vorteile des Internets sicher zu nutzen, während gleichzeitig die mit seinem Missbrauch einhergehenden realen und ernststen Gefahren gemindert werden.

Daher unterstütze ich die Vorschläge des Berichterstatters, die das Ziel verfolgen, das richtige Gleichgewicht zwischen der Privatsphäre und der Sicherheit des Einzelnen im Web zu finden, während die Grundrechte und -freiheiten desselbigen respektiert werden. Ich denke auch, dass die öffentlichen Behörden – neben der Sorge um die Servicequalität – dafür verantwortlich sind, zu gewährleisten, dass auch die ärmsten Menschen und die Menschen in den am stärksten isolierten Regionen des Landes Zugang zum Internet haben.

**Carl Lang und Fernand Le Rachinel (NI), schriftlich.** – (FR) Die Nutzung und Entwicklung des Internets stellen zweifellos einen wichtigen Fortschritt dar, insbesondere in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Demokratie. Das Finden des richtigen Gleichgewichts zwischen einer solchen Freiheit, dem Schutz von Privatsphäre und der Notwendigkeit von Internetsicherheit stellt eine reale Herausforderung für uns alle dar.

Dies ist insbesondere in puncto politisches Vorgehen der Fall. In der Tat haben einige Personen auf Oppositionsseite oder Personen mit kontroversen politischen Ansichten keinen Zugang zu den verschiedenen Medien und betrachten das Internet als eine Gelegenheit, um ihre Botschaft der gesamten Welt zu übermitteln. Diese Freiheit sollte nicht zensiert werden. Als totalitäre Staaten zögern China, Kuba und Burma nicht, eine solche freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, indem sie die systematische Zensur und Filterung von Informationen unter Missachtung jeglicher Prinzipien von Demokratie und Freiheit durchführen.

Die Filterung des Internets ist zur Bekämpfung von Pornografie, Kinderpornografie und Terrorismus äußerst wichtig, muss jedoch streng definiert und kontrolliert werden.

**Nicolae Vlad Popa (PPE-DE), schriftlich.** – (RO) Der Lambrinidis-Bericht ist der erste Bericht, der das Internetproblem aus der Sicht des Nutzers zum Hauptthema hat. Ich habe dafür gestimmt, da es sich dabei meiner Meinung nach um einen ausgewogenen, relevanten Bericht handelt, der sich mit den wichtigsten Themen in diesem Bereich auseinandersetzt.

Als Berichterstatter der PPE-DE-Fraktion für diesen Bericht denke ich, dass die Anerkennung der Rechte von Nutzern bezüglich des bereitgestellten Inhalts – insbesondere des Rechts auf die dauerhafte Löschung dieses Inhalt – und die Forderung, dass der zukünftige Regulierungsmechanismus die digitale Identität definieren und bestimmte Maßnahmen für deren Schutz vorschlagen soll, einen wichtigen Beitrag darstellen.

Der Bericht hebt die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen jenen Einrichtungen hervor, die mit der Entwicklung des Internets befasst sind, mit Blick auf die Schaffung von Instrumenten für eine Selbst- oder Koregulierung (beispielsweise Leitlinien für eine gute Verfahrenspraxis), die die bestehenden rechtlichen Regelungen ergänzt. Angesichts der Schnelligkeit, mit der sich das Internet entwickelt, sind diese Regulierungsmaßnahmen weitaus effektiver als die herkömmlichen Rechtsvorschriften, da sie von der Mehrheit der betroffenen Einrichtungen genehmigt sind und angewendet werden – ohne Zwang vom Staat.

Das Internet ist der weltweit größte Bereich, zu dem die Öffentlichkeit Zugang hat, und seine schnelle Entwicklung könnte uns überrumpeln, falls wir uns nicht zu einer ausgewogenen und realistischen Auseinandersetzung mit diesem Thema entschließen, damit die zukünftige Regulierung des Cyberspace sich mehr auf den Nutzer konzentriert.

**Luca Romagnoli (NI), schriftlich. – (IT)** Ich habe für den Bericht von Herrn Lambrinidis über die Stärkung der Sicherheit und der Grundfreiheiten im Internet gestimmt.

Ich stehe voll und ganz hinter den Zielen des Entwurfs. Dazu zählen die Einbindung aller interessierten Kreise, das Handeln auf verschiedenen Ebenen unter Einsatz bestehender nationaler, regionaler und internationaler Instrumente und schließlich der Austausch bewährter Verfahren, um eine mit den Anforderungen und Problemen verschiedener Typen von Internetnutzern und den zahlreichen Typen von Onlineaktivitäten in Einklang stehende Antwort zu bieten.

**Catherine Stihler (PSE), schriftlich. –** Ich unterstütze die Ziele dieses Berichts zur Stärkung der Sicherheit und der Grundfreiheiten im Internet.

#### **Schiffsrecycling (B6-0161/2009)**

**Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT)** Ich habe für den Entschließungsantrag zum sicheren Recycling von Schiffen gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass dieses Thema als integraler Teil des Nutzungszyklus von Schiffen betrachtet werden sollte. Altschiffe sollten aufgrund der in ihnen enthaltenen gefährlichen Stoffe als gefährlicher Abfall angesehen werden und deshalb unter das Basler Übereinkommen fallen.

Ich bin erfreut darüber, einen Gemeinschaftswillen zur Verbesserung des Abwrackens von Schiffen festzustellen.

**Luís Queiró (PPE-DE), schriftlich. – (PT)** Die Umweltschutzziele der EU können nur dann vollständig erreicht werden, wenn sie in die verschiedenen Bereiche der Gemeinschaftspolitik integriert werden. Daher sollen mit diesem Entschließungsantrag alle Schritte beschleunigt werden, die die Union unternehmen muss, um zu gewährleisten, dass das Abwracken von Altschiffen unter sicheren Bedingungen für die Arbeiter und mit hinreichendem Schutz der Meeresumwelt erfolgt.

Die weltweite Einstellung des Betriebs von Einhüllen-Tankschiffen und die große Zahl alter Schiffe, die gegenwärtig vom Markt genommen werden und von denen viele gefährliche Stoffe enthalten, lassen auf eine bevorstehende unkontrollierte Ausweitung nicht normgerechter Anlagen in Südasiens schließen, die sich möglicherweise sogar auf die Länder der afrikanischen Region ausweiten wird. Aus diesen Gründen unterstützen wir diesen Entschließungsantrag sowie alle Schritte, die die Einhaltung der internationalen Sicherheits- und Umweltbestimmungen zum Ziel haben.

**Der Präsident.** – Damit sind wir am Ende der Stimmerklärungen angelangt.

Unsere Sitzung wird jetzt unterbrochen. Sie wird um 15.00 Uhr – in Kürze – mit einer mündlichen Anfrage zur Rolle der Kultur bei der Entwicklung europäischer Regionen wieder aufgenommen.

## **6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

(Die Sitzung wird um 13.15 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

**VORSITZ: RODI KRATSA-TSAGAROPOULOU***Vizepräsidentin***7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll****8. Rolle der Kultur bei der Entwicklung europäischer Regionen (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt folgt die Aussprache zur mündlichen Anfrage von Doris Pack im Namen der PPE-DE-Fraktion an die Kommission (O-0064/2009) über die Rolle der Kultur bei der Entwicklung europäischer Regionen (B6-0226/2009).

**Doris Pack, Verfasserin.** – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wir treffen uns zwar zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt, aber nichtsdestotrotz: Die mündliche Anfrage, die wir heute gestellt haben, wurde in der Intergruppe "Europa eine Seele geben" geboren. Wir glauben, diese Seele finden wir in unseren ältesten Einheiten, den Regionen, da, wo Menschen mit ihrem besonderen Akzent, einer besonderen Sprachfärbung oder sogar in einer Regionalsprache miteinander kommunizieren, wo die Küche ihren eigenen Geschmack hat, wo auf Marktplätzen wirklich einheimisches Obst und Gemüse verkauft wird, wo bestimmte Volkslieder beheimatet sind, wo bestimmte Erzählungen und Mythen ihren Ursprung haben, kurzum, wo man dazugehört, wo man daheim ist.

Im Laufe der Globalisierung droht vieles uniformiert zu werden und manches Einzigartige wird verschwinden. Nur die wunderbaren Regionen in Europa sind der Garant für den Erhalt der Besonderheit und müssen auf den Schutz der Europäischen Union vertrauen können. Den Reichtum und die Verschiedenartigkeit der europäischen Regionen – sie waren oft verfeindet, sie waren besetzt, sie waren geteilt, sie waren vom Krieg zerstört und wiedervereint – gilt es zu bewahren. Die Regionen sind so etwas wie unsere Stammzellen. Die Europäische Union hat sich so etwas wie eine Kultur des Kleinen bewahrt und ist auch hierin den Menschenrechten verpflichtet.

Unsere heutige kurze Debatte und die Entschließung sollen die Kommission anregen, Wege zu finden, wie der kulturelle Reichtum der Regionen noch sichtbarer gemacht werden könnte und wie die EU zu seinem Erhalt und seiner Fortentwicklung beitragen kann. Europas kulturelles Potenzial muss strategisch genutzt werden. Im Jahre 2009, dem Jahr der Kreativität und der Erneuerung, sollen Möglichkeiten der Einbindung von Ideen und Initiativen des öffentlichen und des zivilen Sektors auf lokaler und regionaler Ebene sinnvoll eingesetzt werden.

Und den Kollegen aus dem Regionalausschuss möchte ich gerne sagen: Wir wollen in keiner Weise die existierende Regionalpolitik beschneiden, wir wollen sie nur um die kulturelle Komponente bereichern. Wir bitten die Kommission das Ihrige dazu zu tun.

**Joe Borg, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte Ihnen für die Gelegenheit danken, im Namen von Kommissar Figel', auf die Rolle der Kultur in unserer Politik und deren besonderen Beitrag zur Entwicklung europäischer Regionen und Städte eingehen zu können. Die Bedeutung der Kultur wird auf Gemeinschaftsebene auf unterschiedliche Art und Weise berücksichtigt.

Im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik haben regionale und lokale Strategien die Kultur erfolgreich zur Förderung von Kreativität und Innovation umgesetzt. Die Kohäsionspolitik unterstützt beispielsweise den Schutz unseres kulturellen Erbes, die Entwicklung kultureller Infrastrukturen und Dienstleistungen sowie die Entwicklung der regionalen Attraktivität und deren Verbindung mit nachhaltigem Tourismus; sie unterstützt aber auch die Regenerierung lokaler Volkswirtschaften und die Entwicklung grenzüberschreitender Strategien.

Im Jahr 2007 hat die Kommission die europäische Kulturagenda gestartet, die sich jetzt in den ersten Phasen der Durchführung befindet. Dieser neue strategische Ansatz hinsichtlich der Kultur bringt gemeinsame Ziele mit sich und soll die wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung von Kultur erhöhen, indem deren transversale Rolle gestärkt wird. In diesem Rahmen arbeiten die Kommission und die Mitgliedstaaten unter einer neuen, offenen Methode der Koordinierung zusammen, um die gemeinsamen Bemühungen in Bereichen mit direkter Auswirkung auf lokale und regionale Entwicklungsstrategien zu verstärken. Hierdurch kann beispielsweise das Potenzial der Kreativ- und Kulturwirtschaft – insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen – maximiert, der Zugang zu Kultur verbessert und die Mobilität von Kulturschaffenden gefördert werden.

Die Kommission wird außerdem bald eine unabhängige Studie über den Beitrag der Kultur zur lokalen und regionalen wirtschaftlichen Entwicklung als Teil der europäischen Regionalpolitik auf den Weg bringen. Die Ergebnisse dieser Studie werden die Wichtigkeit von Investitionen in kulturelle und kreative Bereiche sowie die Verbindungen zwischen solchen Investitionen, bestimmten regionalen Entwicklungszielen und der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung verdeutlichen. Die Studie wird außerdem dazu beitragen, ein Grünbuch zum Potenzial der Kreativ- und Kulturwirtschaft vorzulegen, das zurzeit vorbereitet wird und Anfang 2010 von der Kommission angenommen werden soll.

Die Kommission organisiert regelmäßig Konferenzen mit Vertretern lokaler und regionaler Behörden. Ich möchte hier nur auf die offenen Tage hinweisen, bei denen jedes Jahr viele Akteure in Brüssel zusammenkommen, um über zahlreiche Themen in Zusammenhang mit der Regional- und Kohäsionspolitik zu debattieren. Aspekte in Zusammenhang mit der Kultur sind regelmäßig im Rahmen dieser Workshops erörtert worden.

Außerdem strebt die Kommission im Kontext anderer europäischer Politikbereiche, beispielsweise der integrierten Meerespolitik der EU, die Einbindung von Akteuren der Zivilgesellschaft an, um das reiche europäische maritime Erbe deutlich zu machen. Daher werden die Akteure während der Feierlichkeiten zum Europäischen Tag der Meere im nächsten Mai unter anderem die Verbindungen zwischen dem maritimen Erbe und dem nachhaltigen regionalen Tourismus untersuchen.

Ich möchte abschließend noch das Europäische Kulturforum erwähnen, das zum ersten Mal – im Kontext der europäischen Kulturagenda in Brüssel am 29. und 30. September – durch die Kommission organisiert wird und bei dem Vertreter des Kulturbereichs und nationaler Behörden (einschließlich lokaler und regionaler Behörden) zusammenkommen.

**Manolis Mavrommatis**, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich möchte zunächst die Initiative bezüglich eines so interessanten Themas begrüßen, nämlich der Rolle der Kultur bei der Entwicklung der Regionen der Europäischen Union. Das kulturelle Erbe stellt ein wichtiges Element der Identität und der Geschichte der Entwicklung der Völker Europas dar. Der Schutz und die Erhaltung dieses kulturellen Erbes sind für die Bildung der neuen Generation und die Achtung der europäischen Identität von besonderer Bedeutung. Unabhängig von seiner europäischen, nationalen oder lokalen Dimension, ist das kulturelle Erbe für die europäischen Bürger von elementarem Wert. Wie wir alle wissen, stehen vornehmlich die Großstädte im Mittelpunkt, in denen sich die berühmtesten Museen und Denkmäler befinden.

Es ist jedoch eine Tatsache, dass der ländliche Raum in Europa, auf den 90 % des europäischen Hoheitsgebiets entfallen, von Landflucht und wirtschaftlicher Stagnation betroffen ist. Daher unterstützen europäische Programme mit kulturellem Inhalt die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität in diesen Regionen ganz besonders. Es geht dabei nicht nur um das Angebot von Arbeit und Beschäftigung, sondern vielmehr um die Schaffung von Anziehungspolen für Kultur- und Geschichtstourismus, der zur nachhaltigen Entwicklung dieser Gebiete beiträgt.

Daher sind wir der Auffassung, dass Kultur direkt zur Entwicklung der kulturellen Bildung von Europäern und indirekt zu wirtschaftlichem Wohlstand beiträgt, vor allem in den Regionen, die am meisten Aufmerksamkeit und Entwicklung benötigen.

**Mary Honeyball**, im Namen der PSE-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich freue mich sehr über die Gelegenheit zu dieser Aussprache. Es ist nur schade, dass wir diese an einem Donnerstagnachmittag führen und daher nicht so viele Personen anwesend sind, wie es vielleicht wünschenswert wäre.

Ich denke, dass diese Aussprache aufgrund des aktuellen Wirtschaftsklimas von Wichtigkeit ist. Wir haben bereits die Diskussion über Kultur und Arbeitsplätze gehört sowie darüber, wie die Kultur- und Kreativwirtschaft und die im Bereich Kultur arbeitenden Personen einen Beitrag zur Wirtschaft leisten und eine wirkliche Hilfe darstellen können. In den schwierigen Zeiten, in denen wir uns derzeit befinden – und das haben wir im Parlament auch schon gehört – ist es wichtig, diese Themen so umfassend wie möglich zu diskutieren.

Ich bin auch deswegen hier, weil ich selbst eine der großen Städte vertrete, die der Vorredner erwähnt hat. London ist, wie Sie alle wissen, eines der kulturellen Zentren der EU, verfügt über eine beeindruckende Geschichte und hat sehr viel zu bieten. London ist sicherlich auch das Zentrum der britischen Kultur- und Kreativwirtschaft. Deshalb möchte ich hier für die Menschen sprechen, die ich vertrete, und mich für jene Arbeitsplätze einsetzen, die bei einer Verschlechterung der Lage sehr häufig zuerst in Gefahr sind. Aus diesem Grund begrüße ich das, was die Kommission bezüglich der Rolle der Kultur- und Kreativwirtschaft, der

Erhaltung und Weiterentwicklung dieses Bereichs und der wirtschaftlichen Rolle der Kultur gesagt hat. Ich habe sehr häufig das Gefühl, dass die wirtschaftliche Rolle ignoriert wird und wir nicht darüber sprechen. Wir denken nicht einmal darüber nach und machen die Kultur zweitrangig. Dies ist nicht akzeptabel, vor allem dann nicht, wenn Kultur bei der nationalen und regionalen Entwicklung eine so wichtige Rolle einnehmen kann. Ich hoffe, dass in dieser Aussprache heute vor allem deutlich wird, dass es uns wichtig ist, wie diese regionale Entwicklung stattfindet, wie wir damit umgehen und welche Rolle die Kultur dabei spielen kann. Wir werden dies an unsere Mitgliedstaaten weitergeben, und auch die Kommission und der Rat werden dies aufnehmen.

Wie Frau Pack schon gesagt hat, geht es hier um die kulturelle Vielfalt. Ich denke, dass eine der größten Stärken der EU – und des Europäischen Parlaments – gerade darin liegt, dass wir nunmehr aus 27 Mitgliedstaaten zusammenkommen und tatsächlich in vielerlei Hinsicht unterschiedlich sind: unterschiedliche Herkunft und Kulturen und ganz offensichtlich unterschiedliche Sprachen. Dies ist nur ein Anfang. Obwohl die Welt kleiner wird und die Menschen mehr und mehr zusammenrücken, gibt es dennoch diese erheblichen Unterschiede. Wir sollten diese Unterschiede zelebrieren, da sie das Kernstück dessen sind, worüber wir sprechen. Wir alle möchten unsere Identität wahren und wir selbst bleiben – und das soll auch so sein.

Wir müssen meiner Meinung nach in diesem Kontext auch berücksichtigen, dass andere Menschen auf unseren Kontinent kommen. Es kommen Menschen aus anderen Teilen der Welt zu uns, von denen viele in einigen unserer Mitgliedstaaten bereits in zweiter oder dritter Generation leben und anderer Herkunft sind. Wir sollten auch bedenken, dass sie ihre eigene Kultur, Tradition und Sprache mitbringen. Obwohl wir sie integrieren und sie unsere Sprachen lernen, haben sie dennoch auch ihre eigene Identität. Dies ist ein – wie ich finde – wichtiges Thema, das bei dieser Aussprache nicht erwähnt wurde und das wir hoffentlich insbesondere dann einbauen können, wenn es um Themen wie Mehrsprachigkeit geht – etwas, worüber wir bereits gute Aussprachen geführt haben. Es handelt sich dabei um ein wichtiges Thema, dem wir vielleicht noch mehr Bedeutung beimessen sollten als bisher, aber im Kontext eines sich verändernden Europas. Wir müssen daher unsere bestehenden Kulturen und unsere Vielfalt bewahren und dabei die zu unserem Kontinent neu hinzugekommene und auch weiterhin hinzukommende Vielfalt aufnehmen. Aus diesen Gründen begrüße ich es, dass wir die Kultur, die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen, die – meiner Meinung nach – im aktuellen Wirtschaftsklima möglicherweise das Rückgrat dessen bilden werden, was wir erreichen möchten. Wenn große Unternehmen Mitarbeiter entlassen und ihnen kündigen, dann kann es die Aufgabe der kleinen und mittleren Unternehmen sein, hier einzugreifen und Beschäftigung für jene zu schaffen, die in diesem Sektor arbeiten können.

Daher hoffe ich, dass wir alle die Wichtigkeit der Rolle der Kultur auf unserem Kontinent und in unserer Gesellschaft anerkennen, und wir, die hier an dieser Aussprache teilnehmen, die Botschaft an unsere Mitgliedstaaten, an die Regionen und an die Menschen weitergeben werden, die wir vertreten. Ich weiß, dass es sich hierbei um eine gute Botschaft handelt. Lassen Sie sie uns also verbreiten!

**Grażyna Staniszevska**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, die Regionen sind für die Entwicklung der Kultur überaus wichtig. Die meisten langlebigen Austauschprogramme und gemeinsamen Projekte zwischen Gebieten mit unterschiedlichen Traditionen, Bräuchen und Errungenschaften kommen genau dort zustande. Die Regionen fördern die Entwicklung der Kultur, und Kultur – wichtige, attraktive Projekte und Veranstaltungen – entwickelt sich zu einem Magneten, der wirtschaftliche Investitionen anzieht. Dies ist die klassische Anstoßwirkung, die sich am besten in den Auswirkungen des großartigen Programms „Kulturhauptstadt Europas“ zeigt. Auf ein Jahr kultureller Veranstaltungen folgt immer wirtschaftlicher Wiederaufschwung. Dies wissen auch die zahlreichen europäischen Städte, die an dem Projekt teilnehmen möchten.

Die Kultur ist eine großartige Chance, insbesondere für unterentwickelte Gebiete, die jedoch aufgrund ihrer geografischen Lage über viele natürliche Ressourcen, Touristenattraktionen und Erholungsmöglichkeiten verfügen. Daher ist es besonders wichtig, sich der bedeutenden Rolle regionaler Behörden bewusst zu sein und ihre Aktivität durch spezielle Programme der Europäischen Union zu fördern. Ich erwarte in Kürze die Vorlage eines Grünbuchs durch die Kommission, in dem ein umfangreiches Konzept mit Maßnahmen im Bereich der Kultur vorgestellt wird, einschließlich der Schlüsselrolle der Regionen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch auf die Initiative aufmerksam machen, das Jahr 2013 als „Europäisches Jahr des Erlernens der Sprachen unserer Nachbarn“ festzulegen. Die dynamische Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit in Europa wird häufig durch fehlende Kenntnisse der Sprache und Kultur der Nachbarländer und -regionen sowie durch die mangelnde Fähigkeit zur vollen Kommunikation erschwert.



Das Erlernen der Sprache eines direkten Nachbarn kann einen großen Sprung vorwärts bedeuten, wenn es um gegenseitiges Verstehen und Kommunikation und somit um die Stärkung der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Konsolidierung der gesamten Europäischen Gemeinschaft geht.

**Ryszard Czarnecki**, *im Namen der UEN-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin, ich denke, dass es sich in dieser Aussprache lohnt, an die charakteristischen Worte von Jacques Delors zu erinnern, dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission. Als er nach Ende seiner Amtszeit als Präsident der Kommission gefragt wurde, ob er etwas bedauere oder es an etwas gemangelt habe, räumte er ein, dass die Europäische Union und die Kommission dem Thema der Kultur zu wenig Zeit gewidmet hätten. Ich denke, dass diese charakteristische Selbstkritik ein Wegweiser für uns sein könnte.

Ich schließe mich der Rednerin an, die gesagt hat, dass die Prioritäten unseres Parlaments befremdlich sind. Wir sagen immer, dass Kultur ebenfalls wichtig ist, nicht nur Prioritäten wie Institutionen, die Verwaltung und Verordnungen. Dann aber sprechen wir Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstagmorgen über diese Dinge. Nur bei der Aussprache am Donnerstagnachmittag geht es um wesentliche Themen – nämlich um Kultur, weil Kultur in der Tat das Fundament der europäischen Einheit ist. Dabei geht es nicht nur um die Kultur von Regionen, sondern auch um die nationale Kultur, weil das Erbe von Europa in Wirklichkeit das Erbe der europäischen Nationen ist. Und dies gilt vielleicht insbesondere für unser kulturelles Erbe.

Ich bin froh, dass dieses Thema angesprochen wurde. Ich bin aus dem Grund froh, weil ich vermute, dass es bei der Arbeit des Parlaments und auch der EU-Exekutive, insbesondere der Kommission und des Rats, eine zunehmend wichtigere Rolle einnehmen wird.

**Věra Flasarová**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (CS) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich stimme meiner Kollegin Doris Pack bezüglich der formulierten Fragen zu. Meiner Ansicht nach ist die multilaterale Unterstützung der europäischen Regionen sehr wichtig. Früher gab es in Europa Grenzen, die Staaten und Nationen jahrhundertlang voneinander trennten und dadurch eine Art psychologisches Niemandland schafften. Glücklicherweise haben wir diese Grenzen jetzt durch das Schengen-Abkommen beseitigen können. Dennoch bleiben Regionen gespalten, Städte sind zweigeteilt. Dadurch bleiben vor allem psychologische Probleme bestehen, weil ein Teil des Gebiets zu hier oder zu dort und der andere Teil des Gebiets zu woanders gehört. Durch die zunehmende Integration Europas heilen diese aus vergangenen Zeiten stammenden und auf der Karte und in den Köpfen der Menschen vorhandenen Wunden zwar sicher, aber langsam. Am schnellsten – viel effektiver und besser als alle Top-down-Maßnahmen – können diese Wunden durch die Unterstützung von Bürgerinitiativen und Aktivitäten kultureller Organisationen und regionaler Institutionen heilen. Die regionalen Institutionen und die in diesen Gebieten lebenden Menschen wissen am besten, welche Maßnahmen zur Wiederbelebung ihrer Region unternommen werden müssen.

Es gibt viele Projekte, deren Implementierung einen Schritt vorwärts und einen Impuls für weitere Maßnahmen darstellen würde. Ich komme aus der Region Nordmähren, aus Schlesien, wo das tschechische, polnische und slowakische Gebiet aufeinander treffen. Und genau dort – in der historischen Region Těšín, die heute die tschechische Stadt Český Těšín und die polnische Stadt Cieszyń einschließt – wurde ein Projekt mit dem Namen „Ein Garten an beiden Flussufern“ geschaffen, da ein Fluss zwischen den beiden Städten verläuft, die einst eine Stadteinheit bildeten. Mit dem Projekt sollen zwischen den zwei Flussufern nicht nur Verbindungen städtischer, sondern auch architektonischer und vor allem kultureller Art geschaffen werden. Die zwei getrennten Teile des ehemals Ganzen müssen durch die kulturellen Aktivitäten der Einwohner verbunden werden. Der Fluss zwischen den beiden Städten und ihre Umgebungen müssen zu einem Ort des kulturellen Austauschs und der kulturellen Überschneidung werden. Ein wichtiger Aspekt solcher Projekte sind jedoch die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die nicht nur während der Implementierung der Arbeit, sondern auch danach geschaffen werden. Der Dienstleistungssektor wird sich sicherlich noch ausweiten und somit die Attraktivität des Gebiets erhöhen und das Potenzial des Tourismus sowie anderer damit verknüpfter Unternehmen fördern. Die Initiatoren des Projekts „Ein Garten an beiden Flussufern“ ließen sich vom Beispiel Straßburgs (Frankreich) und Kehl (Deutschland) inspirieren, die ebenfalls so enge Nachbarn waren, dass sie eine natürliche städtische Struktur bildeten. Zwischen den beiden Städten fließt der Rhein. Was in Frankreich und Deutschland möglich ist, ist auch in der Tschechischen Republik und Polen bzw. überall in Europa möglich. Es gibt in Mitteleuropa zahlreiche solcher Beispiele. Wenn wir über den Beitrag der Kultur zur Entwicklung der Regionen Europas sprechen, dann fallen uns genau diese Projekte ein.

Die EU, die Kommission und das Europäische Parlament sollten kulturelle Projekte dieser Art sogar noch mehr als bisher unterstützen. Die Initiatoren von Bürgerinitiativen beklagen sich häufig darüber, dass solche Aktivitäten allzu sehr durch komplizierte Bürokratie oder zu komplizierte Strukturen in den jeweiligen Ministerien und Ämtern behindert werden.

**Christopher Heaton-Harris (PPE-DE).** – Frau Präsidentin, ich habe zwei Fragen an den Kommissar. Erstens: Was ist Kultur? Und zweitens: Was in aller Welt hat sie mit der Europäischen Union zu tun?

In meiner Region befindet sich die historische Grafschaft Northamptonshire. Ein Teil der kulturellen Identität, der Geschichte und der Struktur dieser Grafschaft ergibt sich aus deren geschichtlicher Verbundenheit mit der Schuhindustrie. Die Schuhmacherei gibt es dort bereits seit 1202, als Peter the Cordwainer (Peter der Schuhmacher) innerhalb der Grafschaft schon fast berühmt war. 1452 legte das Gericht die Preise und Gewichte für verschiedene Händler fest – auch für die Schuhmacher (Cordwainers). Northampton selbst war während der gesamten Zeit Heimat der Schuhindustrie.

1841 gab es, der Volkszählungsliste zufolge, innerhalb der Grafschaft 1 821 Schuhmacher. Das Fußballteam der Grafschaft, Northampton Football Club, wird immer noch als „the Clobbers“ bezeichnet. Wir haben heute in Northamptonshire 34 noch offene Schuhfabriken, die alle über 100 Jahre alt sind. Ich trage heute ein Paar Barker-Schuhe aus einem Dorf namens Earls Barton, das im wunderbaren Westminster-Wahlkreis Daventry liegt. Wir haben ein Museum und kulturelle Veranstaltungen rund um die Schuhindustrie – und dies alles gab es schon vor der Europäischen Union.

Obwohl ich die Rolle der Kultur in den Regionen unserer Länder gänzlich nachvollziehen kann, frage ich mich, wie die Europäische Union uns dabei helfen kann. Und was sind die Regionen Europas? Ich denke, wir sollten die Kultur in den Regionen Europas sich einfach so entwickeln lassen wie bisher auch – lokal, natürlich und nicht durch eine zentrale Regierung geführt.

**Vittorio Prodi (ALDE).** – (IT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit zu dieser Aussprache. Ich möchte gern unseren Blick etwas erweitern und auch die Zukunft berücksichtigen, nicht nur die Vergangenheit. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir feststellen, dass das Wachstum nicht immer so weitergeführt werden kann, sondern dass es durch die begrenzten natürlichen Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Erde, unsere Abfälle aufzunehmen und zu verarbeiten, beschränkt ist. Wir können uns nicht länger nur auf das materielle Wachstum – unsere Auffassung von Entwicklung – stützen, sondern müssen eine Entwicklung planen, die sich stärker auf die Lebensqualität bezieht: Wir müssen im Prinzip unsere Gesellschaft *entmaterialisieren*.

So gesehen sind die Regionen für ihr eigenes kulturelles Reichtum, d. h. ihre Lebensqualität, ebenso wichtig – etwas, das in einer Zeit wie der heutigen, in der sich unsere Lebensweise komplett ändern muss, extrem wichtig ist. Im Kontext der *Entmaterialisierung* ist der Reichtum einer Region – im Sinne von deren Lebensqualität – daher von großer Bedeutung. Ich würde sogar sagen, dass es absolut unerlässlich ist.

Ich möchte daher sowohl die Aufmerksamkeit der Kommission als auch des Parlaments auf eine von uns zu bewirkende Änderung unserer Lebensweise richten, auf eine *Entmaterialisierung* unserer Gesellschaften und daher auf eine Kulturarbeit, die unersetzbar sein wird, wenn wir materielle Güter durch nicht materielles Reichtum ersetzen. Diese regionale Erfahrung gilt es daher nachzuvollziehen und zu bewahren, bevor sie durch eine Reihe von Versehen vertrieben wird.

Aus diesem Grund möchte ich dazu aufrufen, diese Aussprache fortzusetzen, weil sie so wichtig ist und weil wir unsere Lebensweise einfach ändern müssen.

**Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN).** – (PL) Frau Präsidentin, die Schönheit von Kultur kommt durch die regionale und lokale Vielfalt zustande, die sich mit der Entwicklung der Gesellschaft verändert. Regionale Kulturen, die stark in Traditionen verankert sind, bilden eine starke Grundlage für nationale Kulturen und ihre vielen Variationen. Durch die Vielfältigkeit ihrer Form und ihres Ausdrucks haben sie eine große Wirkung. Sie fördern Kunst, bringen Erfahrung und Emotionen mit sich und stärken die Bindung der lokalen Gesellschaft.

Regionale Kulturen werden von professionellen Künstlern verdrängt, die sich von ihnen inspirieren lassen. Häufig wird geglaubt, dass die regionale Kultur eine Amateurbewegung sein muss, wohingegen eine professionelle Bewegung starke finanzielle Unterstützung erhalten sollte. Möglicherweise ist dies der Ursprung der Tendenz, die es auch in der EU gibt, große und teure Projekte zu finanzieren, einschließlich internationaler Projekte, die professionelle Künstler aus unterschiedlichen Ländern einbeziehen. Regionale und lokale Kulturen sterben allmählich aus, und ihre zahlreichen Ausdrucksformen, Disziplinen und kreativen Fähigkeiten gehen verloren.

Wir können heute von der traditionellen Kultur und Volkskultur in geschichtlich unterentwickelten Regionen reden, aber wir können nicht sehr viel über ihr Vorhandensein in sich entwickelten Regionen sagen. Daher ist es dringend erforderlich, ein Forschungsprogramm zu entwickeln, um den Schutz und die Entwicklung

der regionalen Kultur in ihren gesamten spirituellen und künstlerischen Ausdrucksformen zu dokumentieren. Diese Ausdrucksformen sind in meinem Änderungsantrag zu der zur Diskussion stehenden Entschließung ausführlicher dargelegt. Ich hoffe, dass er von den Abgeordneten unterstützt wird.

**Pál Schmitt (PPE-DE).** - (HU) Kultur schafft intellektuelle und materielle Werte. Millionen von Menschen in ganz Europa sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt, und zwar in den Bereichen Film, Buchveröffentlichung sowie Musikkomposition und -veröffentlichung. Letzteres wird häufig als Musikindustrie bezeichnet und ist einer der am dynamischsten wachsenden Sektoren.

Es ist kein Zufall, dass die erfolgreichsten und beliebtesten Initiativen der EU eng mit Kultur verknüpft sind. Innerhalb des Austauschprogramms für europäische Kunstsammlungen kann sich die Öffentlichkeit in Budapest derzeit in einem bedeutenden Museum an einer unvergleichlichen Ausstellung mit Kunstwerken von Gustave Moreau und Alfons Mucha erfreuen.

Eine weitere solche Initiative ist das Programm „Kulturhauptstadt Europas“, bei dem nicht nur Städte herausgestellt und gefördert werden, sondern ganze Regionen. In weniger als einem Jahr, im Jahr 2010, wird eine wenig bekannte, kleine Stadt im Süden Ungarns, Pécs, diesen stolzen Titel tragen. Die Hunderttausende von der Stadt angezogenen Besucher werden das Wachstum der gesamten Region fördern.

Ich bin überzeugt davon, dass es Kultur ist, durch die die EU weiter mit ihren Bürgern zusammenwachsen wird und durch die Bürger einander näher gebracht werden. Wenn wir von regionaler Identität in der Europäischen Union sprechen, dann ist es selbstverständlich, dass wir uns auf die Kultur berufen. Ich hoffe, dass es in dem Zeitraum nach der Lissabon-Strategie noch mehr Initiativen und Ressourcen für die Kultur und Bildung geben wird als jetzt. Der Wirtschaftsmotor der modernen, wissensbasierten Gesellschaft ist Erfindungsgeist und Originalität, das heißt: Innovation und Kreativität.

**Bernd Posselt (PPE-DE).** - Frau Präsidentin! Ich war vor dreißig Jahren dabei, als hier in Straßburg zum ersten Mal ein direkt gewähltes Europaparlament zusammengetreten ist. Die Alterspräsidentin war Louise Weiss, nach der dieses herrliche Gebäude, selbst ein großartiges Stück europäischer Kultur, benannt ist. Ihre Rede war das geistige Gründungsdokument des Europaparlaments. Sie sprach damals von den europäischen Menschen, die wir brauchen, auf der Basis der gemeinsamen europäischen Kultur.

Diese europäische Kultur ist nicht eine Neuerfindung, wie manche glauben, sondern eine Wiederentdeckung von etwas, das viel älter ist als die Nationalstaaten, Herr Kollege Heaton-Harris. Grenzen sind zumindest auf dem Kontinent meistens etwas sehr Künstliches. Die Kultur wurzelt tief in Regionen, die oft von künstlichen Grenzen durchschnitten sind. Die regionale Kultur ist von überragender Bedeutung als Bindeglied zwischen den Nationen. Eine der großen kulturellen Persönlichkeiten war der Böhmerwalddichter Adalbert Stifter, der in Bayern, Oberösterreich und Böhmen gewirkt hat, der Tschechen und Deutsche verbunden hat. Diese Tradition muss am Leben erhalten werden, die Kultur, die zerstört wurde durch Nationalismus und Vertreibung, die Kultur der Minderheiten, die Kultur der Regionen, die Kultur der grenzüberschreitenden Euroregionen, und nicht zuletzt die Vielfalt, die wir nur gemeinsam bewahren können.

Franz Josef Strauß, der große bayerische Europäer, hat gesagt: Wir werden nur dann Bayern und Basken, Deutsche und Briten bleiben können, wenn wir rechtzeitig Europäer werden – Europa nicht als zentralisierender Faktor, sondern als gemeinsames Dach gegen den Regen einer Globalisierung und Uniformierung.

**Iosif Matula (PPE-DE).** – (RO) Das Projekt Europäische Union, das ursprünglich eigentlich als ein Mechanismus für wirtschaftliche Integration gedacht war, schuldet der europäischen Kultur – seiner Grundlage – sehr viel. Gleichzeitig ist die Förderung der Vielfalt eines der Ziele der während dieser Legislaturperiode auf den Weg gebrachten europäischen Kulturagenda – zusammen mit der Stärkung von Kultur als Mittel für wirtschaftliches Wachstum sowie ihrer Berücksichtigung in den Beziehungen mit Drittländern.

Kultur muss aus einer etwas anderen Perspektive betrachtet werden, wenn wir über die Tatsache nachdenken, dass dieser Sektor beispielsweise mehr Wohlstand generiert als die europäische chemische Industrie und Millionen von Menschen beschäftigt.

Dieser Sektor kann durch Zuschüsse für kulturelle Zusammenarbeitsprojekte im Bereich Kunst und Kultur zur Entwicklung benachteiligter Regionen beitragen. Rumänien hat beispielsweise durch das Programm Sibiu, Kulturhauptstadt Europas 2007, das große wirtschaftliche Auswirkungen auf die Region hatte, bewiesen, dass das Land große Projekte in Partnerschaft mit europäischen Regionen implementieren kann.

Gleichzeitig müssen wir Programme unterstützen, die die grenzüberschreitende Mobilität jener fördern, die im Bereich Kultur arbeiten und kulturelle sowie künstlerische Veranstaltungen auf transnationaler Ebene organisieren.

Ich sage dies als Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung und des Ausschusses für regionale Entwicklung, aber auch als ehemaliger Vorsitzender einer europäischen Grenzregion.

**Zbigniew Zaleski (PPE-DE).** – (PL) Frau Präsidentin, Menschen müssen essen, sich fortbewegen und Schutz vor Kälte oder Regen suchen. Dies sind die Elemente der Produktion und des Handels, die dazu dienen, die Grundbedürfnisse zu decken. Welche Art von Gabel wir jedoch zum Essen benutzen und wie unser Fahrrad oder das Dach unseres Hauses aussieht, hat nichts mit Wirtschaft zu tun, sondern ist Ausdruck von Kultur. Menschen haben das spirituelle Bedürfnis, etwas zu schaffen, einfach nur des Schaffens willen. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, wenn andere, die sie sehen oder berühren, ihre Wertschätzung ausdrücken oder sich aufgrund ihrer Arbeit besser fühlen. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Tatsache, dass kulturelle Vielfalt häufig mit Regionen verknüpft ist. Wir sollten nie diese Regionen und ihre Kultur vereinheitlichen, sondern ihre Vielfalt fördern. Die Kultur ist Ausdruck der Seele der Regionen. Die EU wäre ohne ihre heutige kulturelle Vielfalt höchst uninteressant. Die Bewahrung von Kultur ist teuer, und unsere Rolle ist es, Kultur zu unterstützen. Ohne sie gibt es in der Europäischen Union keine Wirtschaft oder zufriedenen Menschen.

**Ewa Tomaszewska (UEN).** – (PL) Frau Präsidentin, der kulturelle Reichtum Europas kommt durch die großartige Vielfalt der Regionen zustande. Diese Vielfalt muss geschützt werden. Die aus Koniaków stammende Spitze unterscheidet sich vollkommen von der Spitze aus Brügge. Die aus einer oberflächlichen Reproduktion von Ideen aus der Kultur geschaffene Mischung führt zu Verarmung. Wir müssen die Vielfalt aller Formen und Ausdrücke von Kultur bewahren, einschließlich der Mehrsprachigkeit und materiellen Kultur, weil unsere Vielfalt unsere Identität ist. Sie ist der Ursprung der kreativen Entwicklung und gegenseitigen Bereicherung. Sie gibt auch dem Kulturtourismus einen Sinn. Die Kultur der Regionen muss unterstützt und geschützt werden. Ich wende mich daher an die Europäische Kommission mit der Bitte, ein entsprechendes Programm zu entwickeln.

**Janusz Onyszkiewicz (ALDE).** – (PL) Frau Präsidentin, das Motto der Europäischen Union lautet „In Vielfalt geeint“. Diese Vielfalt macht die besondere Attraktivität der gesamten EU aus und bedeutet auch, dass wir uns von Ländern wie den Vereinigten Staaten sehr unterscheiden. Die kulturelle Vielfalt basiert unter anderem auf der enormen Vielfalt unserer regionalen Kulturen – eine Vielfalt, die diese Regionen und ganze Länder für Touristen sehr aktiv macht. Sie sind für uns Europäer attraktiv, und sie sind auch für andere äußerst attraktiv, die nach Europa kommen, um diese ungewöhnliche Vielfalt zu sehen, zu erleben und wertzuschätzen.

Die regionale Kultur sollte daher unterstützt werden – und wenn es nur aus diesem Grund ist. Wir sollten uns aber auch vor Augen halten, dass die regionale Kultur eine Brücke ist, die es den in den Regionen lebenden Menschen ermöglicht, an der Hochkultur teilzunehmen. Andernfalls ist es schwierig, von der Harmonisierung und Popularisierung bestimmter Kulturmodelle und ihrer Wahrnehmung zu sprechen.

**Czesław Adam Siekierski (PPE-DE).** – (PL) Frau Präsidentin, der große Wert unserer Gemeinschaft liegt darin, die Einheit Europas zu erreichen und dabei die Vielfalt, die Identität und das kulturelle Erbe zu bewahren. Die einzelnen Nationen, Regionen und unterschiedlichen lokalen Gemeinden pflegen und entwickeln ihre Kultur und Tradition und bringen dieses Erbe in ein geeintes Europa ein. Sie teilen ihre Kultur mit anderen Regionen und lernen im Gegenzug etwas über die Errungenschaften und Leistungen der anderen. Sie geben den anderen etwas und bekommen dafür etwas von den anderen.

Zur Erhaltung des kulturellen Erbes in Regionen und kleineren Gebieten ist es außerdem wichtig, dass EU-Mittel zur Verfügung stehen. Alle diejenigen, die ihre Kultur und Identität nach der Integration zu verlieren fürchteten, begreifen allmählich, dass das Gegenteil der Fall ist – nämlich dass die EU die regionale Kultur, Volkskultur und lokale Kultur unterstützt.

**Christopher Beazley (PPE-DE).** – Frau Präsidentin, ich möchte meinen Kollegen Zbigniew Zaleski unterstützen.

Jemand hat mal gesagt: „Wenn ich das Wort ‚Kultur‘ höre, entsichere ich meinen Revolver.“ Ich denke, dass das Europäische Parlament – wie unsere nationalen Parlamente und Regierungen auch – heute die Wichtigkeit von Bildung und Kultur unterschätzt. Wir befinden uns dabei stets unten.

Man sagt: „Die Hand, die die Wiege schaukelt, ist die Hand, die die Welt regiert.“ Ich denke, und dies ist nur meine persönliche Auffassung, dass Griechenland die Wiege der europäischen Zivilisation war. Ein oder

zwei Engländer – Lord Byron und andere – haben auch etwas dazu geleistet. Vielleicht kann Kommissar Borg aus Malta, dem Land von George Cross, die folgende Frage beantworten: Warum können wir nicht ein bisschen mehr Geld für die Unterstützung der Zukunft unserer Kultur und unserer Zivilisation ausgeben? Ich will nicht wissen, wie viele Millionen oder Milliarden Euro wir für dieses und jenes ausgeben. Daher die Bitte im Namen von Musik, Dichtkunst, Geschichte und Harmonie: Geben Sie uns eine Chance!

**Joe Borg, Mitglied der Kommission.** – Frau Präsidentin, ich möchte den verehrten Damen und Herren Abgeordneten für die vielen von ihnen angesprochenen Punkte danken. Ich werde diese Punkte und die geäußerten Sorgen natürlich an Kommissar Figel weiterleiten. Ich möchte jedoch einige allgemeine Punkte und Reaktionen formulieren.

Frau Pack sprach über die Harmonisierung der Bestimmungen auf europäischer Ebene und deren Auswirkung auf die regionale Vielfalt. Ich möchte darauf hinweisen, dass eine Harmonisierung auf europäischer Ebene erforderlich ist, um für alle in der Europäischen Union gleiche Ausgangsbedingungen zu gewährleisten, damit die Bürger den Binnenmarkt voll ausschöpfen können. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine solche Harmonisierung die kulturelle Vielfalt mindert. Dies war in der Tat auch das Ergebnis des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs.

Des Weiteren fördert die Kommission durch ihre Regionalpolitik die kulturelle Vielfalt und investiert – sowohl direkt als auch indirekt – in Kultur, indem sie regionale Behörden und Akteure einbezieht. In zahlreichen Politikbereichen versucht die Kommission, die Vielfalt zu fördern und die regionalen Besonderheiten innerhalb der Europäischen Union zu berücksichtigen.

Bezüglich des angesprochenen Punkts zum Thema Kultur und Wirtschaftskrise sowie dem Gesamtbeitrag zu Wachstum und Beschäftigung möchte ich daran erinnern, dass die Kommission dieses Jahr eine Studie durchführt, um zu untersuchen, wie die kulturelle Dimension in die regionalen Entwicklungsstrategien für 2007-2013 einbezogen wurde. Die Ergebnisse dieser Studie werden den Wert der Investitionen im Bereich Kultur, einschließlich der Kultur- und Kreativwirtschaft, und den Zusammenhang zwischen solchen Investitionen, den jeweiligen regionalen Entwicklungszielen und der Lissabon-Strategie deutlich machen.

Bezüglich des Grünbuchs möchte ich Sie – wie ich zu Beginn sagte – darüber in Kenntnis setzen, dass dieses politische Dokument im ersten Quartal 2010 herausgegeben wird und dazu dient, einen offenen Konsultationsprozess einzuleiten. Damit werden drei politische Hauptziele verfolgt. Erstens soll ein strategischerer Ansatz gefördert werden. Zweitens soll das Potenzial der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft freigelegt werden. Drittens soll schließlich ein Beitrag zur Entwicklung von Strategien geleistet werden, die die Förderung der besseren Verbindung zwischen der Kultur- und Kreativwirtschaft und anderen wirtschaftlichen Sektoren zum Ziel haben, um somit Kultur und Kreativität mit Innovation und der Wirtschaft insgesamt zu verbinden. Die regionale Dimension wird in diesem Kontext natürlich vollständig berücksichtigt.

Ich möchte abschließend gern auf die Aussage von Herrn Posselt verweisen, dass Kultur häufig durch Nationalismus zerstört wird. Aber gewiss nicht durch die Europäische Union: Sie glaubt fest an Einheit und Vielfalt und hält diese Werte hoch.

**Die Präsidentin.** – Ich habe gemäß Artikel 108 Absatz 5 der Geschäftsordnung drei Entschließungsanträge erhalten.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung erfolgt während der nächsten Tagung.

## **9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

## **10. Beschlüsse betreffend bestimmte Dokumente: siehe Protokoll**

## **11. In das Register eingetragene schriftliche Erklärungen (Artikel 116 GO): siehe Protokoll**

## **12. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**

**13. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll****14. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

*(Die Präsidentin schließt die Sitzung um 15.50 Uhr.)*